

# die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



Staatlicher Norddienst der Ukraine, CC BY 4.0 <<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>>, via Wikimedia Commons

**DIE WAFFEN NIEDER!  
BESATZER RAUS!**

## INHALT

|   |           |
|---|-----------|
| <i>Ökologie</i>   |           |
| <b>Schneller und heftiger als erwartet, Daniel Tanuro</b> .....   | <b>3</b>  |
| <b>Zur Entwicklung eines ökosozialistischen Programms, Ökologiekommision der IV. Internationale</b> .....               | <b>6</b>  |
| <i>Dossier Ukraine</i>  |           |
| <b>Krieg gegen die Ukraine, Ein Dossier mit 8 Beiträgen</b> .....   | <b>13</b> |
| <b>Die kalten Krieger im Aufwind, Galia Trépère</b> .....   | <b>14</b> |
| <b>Bei einer militärischen Eskalation der USA gegen Russland gäbe es keine Sieger, Interview mit Noam Chomsky</b> ..... | <b>17</b> |
| <b>Waffenstillstand sofort!, Koordination der ISO</b> .....   | <b>22</b> |
| <b>Auch für Afrika eine Katastrophe, Paul Martial</b> .....   | <b>24</b> |
| <b>Wir befinden uns mehr denn je im Zeitalter der „bewaffneten Globalisierung“, Interview mit Claude Serfati</b> .....  | <b>25</b> |
| <b>Zur Logik von Putins Ukraine-Krieg und den Folgen, Jakob Schäfer</b> .....   | <b>28</b> |
| <b>Die Unabhängigkeit der Ukraine, gestern und heute, Helmut Dahmer</b> .....   | <b>33</b> |
| <b>Die ukrainische Frage, Leo Trotzki</b> .....   | <b>38</b> |
| <i>Welt-Ernährungssicherheit</i>  |           |
| <b>„Sozialversicherung für Ernährung“ als Modell?, Ökologiekommision der NPA</b> .....                                  | <b>43</b> |
| <i>Ökonomie</i>   |           |
| <b>Gemeineigentum vs. Big Pharma, Eric Toussaint</b> .....  | <b>46</b> |
| <i>Buchbesprechung</i>  |           |
| <b>Markt und Plan – ein fundamentaler Widerspruch, Jakob Schäfer</b> .....  | <b>56</b> |
| <i>Nachruf</i>  |           |
| <b>Alain Krivine (1941–2022)</b> .....  | <b>59</b> |
| <i>letzte Seite</i>   |           |
| <b>Ökosozialistische Konferenz 2022</b> .....   | <b>64</b> |

## IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss\*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (bfs/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor\*innen wieder.

Redaktion:  
Wilfried Dubois, Jochen Herzog,  
Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich  
Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis  
(V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-  
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 40,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

[www.intersoz.org](http://www.intersoz.org)

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:  
die internationale  
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln  
Vertrieb:  
[internationale-vertrieb@intersoz.org](mailto:internationale-vertrieb@intersoz.org)

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:  
ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln,  
[iso@intersoz.org](mailto:iso@intersoz.org)
- Österreich:  
SOAL, Sozialistische Alternative,  
[office@soal.at](mailto:office@soal.at)
- Schweiz:  
BFS/MPS, [info@bfs-zh.ch](mailto:info@bfs-zh.ch),  
<https://sozialismus.ch/>

# SCHNELLER UND HEFTIGER ALS ERWARTET

---

Der Bericht der Arbeitsgruppe II des Weltklimarats über Auswirkungen und Anpassung an den Klimawandel ist alarmierend: Die Katastrophe ist schlimmer als in den Modellen vorhergesagt, macht sich früher bemerkbar und alle Risiken nehmen zu. Die Autorinnen und Autoren fordern einen inklusiven Ansatz, um die Gesellschaft auf allen Ebenen umzugestalten.

■ Daniel Tanuro

---

Ökosysteme werden überall durch den Klimawandel beeinträchtigt. Für einige von ihnen sind die Grenzen der Anpassung überschritten (insbesondere in den Polar- und Äquatorregionen) – sie werden sich nicht auf natürliche Weise regenerieren können.

## Was schon ist ...

Einige Extremereignisse übersteigen die für das Ende des Jahrhunderts projizierten Durchschnittswerte. Arten sterben bereits jetzt aufgrund der Erwärmung aus.

Die Folgen für den Menschen sind besorgniserregend. Wald- und Moorbrände, die Trockenlegung von Feuchtgebieten und die Entwaldung führen dazu, dass einige Kohlenstoffsinken zu CO<sub>2</sub>-Emittenten werden (insbesondere der Amazonas-Regenwald). Die Produktivität der Land- und Forstwirtschaft, der Wälder und der Fischerei nimmt ab, wodurch die Ernährungssicherheit bedroht wird. Das Urteil der Wissenschaftler ist eindeutig: Das globale Ernährungssystem erweist sich als unfähig, die Probleme der Ernährungsunsicherheit und Unterernährung auf nachhaltige Weise zu bewältigen.

Besonders besorgniserregend ist die Wasserproblematik. Während die Hälfte der Weltbevölkerung mindestens einen Monat im Jahr unter starkem Wassermangel leidet, lebt eine halbe Milliarde Menschen in Regionen, in denen die durchschnittlichen Niederschlagsmengen mittlerweile

auf einem Niveau liegen, das früher nur alle sechs Jahre erreicht wurde. Das Schmelzen von Berggletschern führt zu Überschwemmungen oder späteren Verknappungen und zusätzliche Millionen Menschen in Asien, Afrika und Mittelamerika leiden unter wasserbezogenen Krankheiten.

Die gesundheitlichen Folgen der Erwärmung sind generell schwerwiegend und verstärken die Ungleichheiten. In Ländern, die durch die globale Erwärmung stark gefährdet sind (in denen 3,3 Milliarden Menschen leben), ist die Sterblichkeit aufgrund von Überschwemmungen, Dürren und Stürmen fünfzehn Mal höher als anderswo auf der Erde. Einige Regionen der Erde nähern sich einem Grad an Hitzestress, der mit der Arbeitstätigkeit unvereinbar ist, oder erleben ihn bereits. Mehrere mit der Erwärmung verbundene Phänomene (Hitze, Kälte, Staub, bodennahes Ozon, Feinstaub, Allergene) begünstigen chronische Atemwegserkrankungen. Die Zerstörung natürlicher Lebensräume und die Artenwanderung begünstigen die Übertragung von Infektionskrankheiten von Tieren auf Menschen.

Der Klimawandel ist zu einem wichtigen Faktor für die Migration und Vertreibung der menschlichen Bevölkerung geworden. Seit 2008 sind jedes Jahr 20 Millionen Menschen gezwungen, aufgrund extremer Wetterereignisse (insbesondere Stürme und Überschwemmungen) umzusiedeln. Diese menschlichen Tragödien betreffen vor

allem Süd- und Südostasien, Afrika südlich der Sahara und kleine Inselstaaten. Andere Menschen sind aufgrund fehlender Mittel oder aus anderen Gründen nicht in der Lage, unwirtlich gewordene Regionen zu verlassen.

Die großen städtischen Ballungsräume im globalen Süden sind besonders anfällig für die Folgen des Klimawandels und sozialer Verelendung. Dies gilt vor allem für die informellen Siedlungen in Randgebieten – ohne Wasserversorgung und Kanalisation, oft an erdrutschgefährdeten Hängen – (wo Frauen und Kinder in der Mehrheit sind). In Afrika südlich der Sahara leben 60 % der städtischen Bevölkerung in informellen Siedlungen; 529 Millionen Asiat\*innen leben unter denselben prekären Bedingungen.

### ... und was noch kommen kann

Die Prognosen sind noch besorgniserregender als die aktuellen Beobachtungen.

Die Autor\*innen gehen davon aus, dass jede weitere kurzfristige Erwärmung die Risiken für die Ökosysteme in allen Regionen erhöht. Der prognostizierte Anteil der Arten, die bei 1,5 °C, 2 °C und 3 °C stark vom Aussterben bedroht sind, liegt bei 9 %, 10 % bzw. 12 % (NB: der Unsicherheitsbereich ist groß, die Realität könnte noch schlimmer sein), mit einem qualitativen Sprung zwischen +1 °C und +3 °C (9 % Artensterben bedeutet mehr als das Tausendfache der natürlichen Rate). Extreme Wetterereignisse und andere Stressfaktoren werden in ihrem Ausmaß und ihrer Häufigkeit zunehmen, was die Schädigung der Ökosysteme und den Verlust von Ökosystemleistungen beschleunigt. Bei einer Erwärmung um 4 °C wird beispielsweise die Häufigkeit von Bränden um 50 bis 70 % zunehmen. Veränderungen in der Schichtung des Meeresswassers werden die Nährstoffflüsse verringern. Zeitliche Verschiebungen in der Entwicklung des Phytoplanktons können die Fischbestände verringern.

Jede zusätzliche Erwärmung wird auch den Druck auf das Ernährungssystem und die Ernährungssicherheit erhöhen. Die negativen Auswirkungen der Erwärmung werden auf allen Nahrungsmittelsystemen lasten und die regionalen Ungleichheiten bei der Nahrungsmittelsicherheit werden zunehmen, so die Forscher\*innen. Je nach Szenario wird die globale Biomasse der Ozeane im Zeitraum 2080 bis 2099 im Vergleich zu 1995 bis 2014 um 5,7 % bis 15,5 % zurückgehen, und die Zahl der unterernährten Menschen wird bis 2050 um mehrere Dutzend Millionen ansteigen.

Die Problematik einer nachhaltigen Wasserversorgung wird sich weiter zuspitzen. Bei mittleren Szenarien

werden bis 2100 in Asien 50 % der Hochgebirgsgletscher verschwinden. Bei einer Erwärmung um 1,6 °C wird die Zahl der durch Überschwemmungen vertriebenen Menschen in Afrika um 200 % steigen (und um 600 % bei 2,6 °C). Bei 2 °C werden extreme landwirtschaftliche Dürren im Mittelmeerraum, in Westchina und in den hohen Breitengraden Nordamerikas und Eurasiens um 150 bis 200 % zunehmen. Bei 2,5 °C werden 55 % bis 68 % der Süßwasserfischarten, die in Afrika kommerziell genutzt werden, vom Aussterben bedroht sein.

Der Anstieg des Meeresspiegels wird immer bedrohlicher: Die Risiken in Küstenregionen werden ab 2050 besonders stark zunehmen und auch danach weiter steigen, selbst wenn die Erwärmung zum Stillstand kommt. Das Risiko steigt bei einem Anstieg um 15 cm um 20 %, bei einem Anstieg um 75 cm um das Doppelte und bei einem Anstieg um 1,4 m um das Dreifache (NB: Ein solcher Anstieg ist in diesem Jahrhundert wahrscheinlich). Auch Afrika ist hierdurch stark gefährdet: 108 bis 116 Millionen Menschen werden ab 2030 betroffen sein, bis 2060 sogar 245 Millionen. Auch die Industrieländer sind nicht immun: In Europa wird sich das Risiko bis zum Jahr 2100 verzehnfachen, bei gleichbleibender Politik sogar noch schneller und stärker.

Die Auswirkungen auf die Gesundheit sind entsprechend hoch und werden durch die „Verschlechterung und Zerstörung der Gesundheitssysteme“ noch verschärft. Ein Szenario mit hohen Emissionen könnte die jährliche Zahl der Klimatoten im Jahr 2100 um 9 Millionen erhöhen. Bei einem mittleren Szenario könnte diese Zahl bis 2050 um 250 000 pro Jahr steigen. Die Zahl der Opfer von Unterernährung wird steigen, vor allem in Afrika, Südasiens und Mittelamerika. In allen Szenarien werden Regionen der Erde, die heute dicht bevölkert sind, unsicher oder unbewohnbar werden.

Wenn die Politik sozialer Ungleichheit anhält, wird die Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben, bereits 2030 von 700 Millionen auf eine Milliarde ansteigen. Die Autor\*innen sprechen in diesem Zusammenhang von der Überschreitung „sozialer Kippunkte“.

### Die Hauptrisiken

Wie in den vorherigen Berichten nennt die Arbeitsgruppe II fünf globale Besorgnisgründe (Major Reasons for Concern, RFC): bedrohte einzigartige Ökosysteme wie Korallenriffe und Bergregionen (RFC 1); extreme Wetterereignisse (RFC 2); die soziale Verteilung der Auswirkungen (RFC 3); aggregierte globale Auswirkungen wie die

Zahl der Klimatoten (RFC 4); große Einzelereignisse wie das Auseinanderbrechen der Eiskappen (RFC 5).

Für jede dieser RFCs vergleichen die Autoren das aktuelle Risikoniveau mit dem Risikoniveau, das sich aus dem letzten Sachstandsbericht von 2014 ergeben hat. Das Risikoniveau bezieht sich auf das Ziel der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC), die 1992 in Rio verabschiedet wurde, nämlich „eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems“ zu verhindern. Die Schlussfolgerung dieses Vergleichs sollte alarmieren: Das Risiko ist für die fünf RFCs in allen Szenarien hoch bis sehr hoch geworden (auch wenn die Erwärmung nur mäßig zunimmt). Wenn wir unter 1,5 °C bleiben, würde das Risiko für die RFCs 3, 4 und 5 „moderat“ bleiben, aber für RFC 2 ist es bereits hoch, und für RFC 1 steigt es von hoch auf sehr hoch.

Es ist bekannt, dass einige Emissionsminderungsszenarien auf eine „vorübergehende Überschreitung“ der 1,5 °C setzen, auch wenn sie „deutlich unter 2 °C“ (Pariser Abkommen) bleiben. Dies würde zu schweren Risiken und irreversiblen Auswirkungen führen, sagen die Forscher\*innen. Außerdem würde das Risiko steigen, dass große Mengen des in den Ökosystemen gespeicherten Kohlenstoffs freigesetzt werden (durch Brände, schmelzende Permafrostböden usw.), was die Klimakatastrophe beschleunigen würde.

### Weder sozial noch nachhaltig

Die Regierungen behaupten, ihre Politik an den unvermeidlichen Teil des Klimawandels anzupassen, so wie es in internationalen Abkommen vorgesehen ist. Der Bericht der Arbeitsgruppe II zieht folgende Bilanz:

- 1 Die Anpassungspolitik ist ungerecht und ineffizient und kommt wohlhabenden Einkommensgruppen stärker zugute als den Ärmsten;
- 2 Statt die notwendige drastische und schnelle Reduzierung der Treibhausgasemissionen zu ergänzen, dient sie als Ersatz, so dass die Erwärmung weiter zunimmt und die Anpassungsmöglichkeiten zum Nachteil der Armen eingeschränkt werden;
- 3 Diese Handlungsspielräume werden durch Maßnahmen zur Umgehung der Emissionsbeschränkung weiter eingeschränkt (z. B. Kohlenstoffabscheidung und -speicherung, Aufforstung, große Staudämme zur Wasserkraftgewinnung) auf Kosten der indigenen Völker, armen Bevölkerungsgruppen und Frauen.

Der Bericht stellt klar, dass „die vorherrschenden Entwicklungsstrategien einer nachhaltigen Entwicklung

der Klimapolitik entgegenstehen“. Dafür werden mehrere Gründe angeführt: zunehmende Einkommensunterschiede, unkontrollierte Urbanisierung, Migration und Zwangsvertreibung, weiterhin steigende Treibhausgasemissionen, anhaltende Landnutzungsänderungen und die Umkehrung des langfristigen Trends einer steigenden Lebenserwartung.

Den Autor\*innen zufolge ist die Entwicklung einer inklusiven und – auch sozial – gerechten Politik von entscheidender Bedeutung, insbesondere gegenüber indigenen Völkern, deren Wissen aufgewertet werden muss. Die Stärkung marginalisierter Gemeinschaften ist entscheidend für die gemeinsame Schaffung einer nachhaltigen Klimapolitik. Die fehlende soziale Gerechtigkeit der Regierungspolitik wird als größtes Hindernis bezeichnet, insbesondere angesichts des Problemkomplexes von Ernährung, Energie und Wasser.

Gesundheit, Bildung und soziale Grundversorgung sind lebenswichtig, um das Wohlbefinden der Menschen und die Nachhaltigkeit der Entwicklung zu steigern, heißt es in dem Bericht. Daher ist es vorrangig, die Finanzmittel für den globalen Süden zu erhöhen, wo die Kosten für die Anpassung an die Erderwärmung sehr schnell die 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr übersteigen werden, die der Norden für den Grünen Klimafonds zugesagt (aber nicht eingezahlt) hat. Der Bericht nennt Beträge von 127 bis 290 Milliarden US-\$/Jahr im Zeitraum 2030 bis 2050, die bis zu einer Billion US-Dollar steigen können.

Der Bericht der Arbeitsgruppe II des Weltklimarats liefert natürlich keine soziale Strategie zur Bekämpfung der kapitalistischen Klimakatastrophe: geprägt ist er vielmehr von guten Absichten und dem Wunschdenken, dass alle sozialen Akteur\*innen einbezogen werden sollen. Aber für die Aktivist\*innen der sozialen Bewegungen sind daraus zwei Dinge nützlich für ihren Kampf: die wissenschaftliche Bestätigung der extremen Tragweite der Auswirkungen der Erderwärmung und die schonungslose Aufdeckung der systemimmanenten Ungerechtigkeit der Klimapolitik.

28. Februar 2022

Aus: *gauche anticapitaliste* vom 1.3.2022

■ Übersetzung: W. D.



# ZUR ENTWICKLUNG EINES ÖKOSOZIALISTISCHEN PROGRAMMS

Dieser Text – unter dem vollständigen Titel „Zur Entwicklung eines ökosozialistischen Programms angesichts der notwendigen Reduzierung der globalen materiellen Produktion“ – war einer von dreien, die zur Eröffnung einer Diskussion über die internationale Lage auf der Sitzung des Internationalen Komitees im Februar 2022 vorgelegt wurden.

Zusammen bilden sie die Grundlage für unsere weitere Ausarbeitung.<sup>1</sup>

## ■ Ökologiekommision der IV. Internationale

Die ökozidale Akkumulation des Kapitals bedroht die Bedingungen menschlichen Lebens auf dem Planeten. Dies wird durch die Covid-Pandemie insofern bestätigt, als der Anstieg der Zoonosen in den letzten vierzig Jahren der Zerstörung der Ökosysteme geschuldet ist.

### 1. Die Notbremse ziehen

Die ökologischen Grenzen auf der Erde sind für eine nachhaltige menschliche Entwicklung in mehreren Bereichen (Klima, Biodiversität, Stickstoff und Bodennutzung) überschritten. Bei der Verschmutzung durch Chemikalien und Kunststoffe werden sie gerade überschritten. Gleichzeitig herrscht große Unsicherheit bei anderen Schlüsselfaktoren für Nachhaltigkeit (Süßwasserressourcen, Feinstaubbelastung, Phosphorkreislauf usw.). Der kapitalistische Fortschritt stand schon immer im Widerspruch zu einer vernünftigen Steuerung des Stoffaustauschs der Menschheit mit der übrigen Natur, doch die derzeitige Situation ist beispiellos. Der grundsätzliche Produktivismus des Systems (der zwangsläufig Konsumismus mit sich bringt) ist zu einer die Erde zerstörenden Kraft geworden und hat sie in ein neues geologisches Zeitalter geführt: das Anthropozän. Die Gefahren sind enorm, doch das Kapital setzt seinen

Kurs entgegen allen wissenschaftlichen Mahnrufen fort. Die Katastrophe spitzt sich zu. Auf der einen Seite trifft sie immer härter die unteren Schichten der Bevölkerung, vor allem im Globalen Süden. Auf der anderen Seite nutzen die Besitzenden die ökologische Krise, um ihre Privilegien schamlos zu vermehren, wobei sie zu deren Verteidigung zunehmend auf Gewalt setzen. Eine neue extreme Rechte setzt als „Ausweg“ aus der ökologischen Krise auf die Eliminierung der Armen. Es wächst das malthusianische Gespenst eines Absturzes in die Barbarei. Nur konvergierende Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrückten können dies verhindern. Diese Kämpfe werden jedoch in wachsendem Maß von der ökologischen Krise bestimmt, die objektiv eine radikale Reduzierung des Material- und des Gesamtenergieverbrauchs erfordert. Diejenigen, die für Emanzipation kämpfen, müssen daraus die erforderlichen Konsequenzen ziehen. Deshalb muss die alte Perspektive, die darin bestand, „die kapitalistischen Hindernisse für die (quantitative) Entwicklung der Produktivkräfte zu beseitigen“, explizit aufgegeben werden. In der Ära des Anthropozäns muss der Antikapitalismus die zerstörerische Kraft des kapitalistischen Produktivismus, seinen Extraktivismus, seinen Kolonialismus und die patriarchale Ideologie der „Herrschaft

über die Natur“ brechen. Wir müssen die Notbremse ziehen, um sowohl die sozialen Ungleichheiten zu bekämpfen als auch den Weg für eine qualitative Entwicklung zu ebnet, die sich mittels Befriedigung realer menschlicher Bedürfnisse auf die Menschen konzentriert. Heute sind die Bedürfnisse durch die Warenwirtschaft entfremdet. Es geht darum, sie demokratisch zu bestimmen und gleichzeitig mit Umsicht die Ökosysteme zu respektieren.

## 2. Das Fiasko kapitalistischer Politik

Die globale Erwärmung beeinflusst den Großteil der kapitalistischen Umweltzerstörung und beschleunigt sich. Dadurch droht eine rasche Umwälzung, die das Leben von Hunderten Millionen Menschen, die Lebensbedingungen von einigen Milliarden Menschen und das Überleben von Ökosystemen, die das Produkt von Millionen Jahren Naturgeschichte sind, gefährdet. Klimaforscher schlagen seit über 30 Jahren die Alarmglocken, aber die kapitalistischen Entscheidungsträger haben nichts unternommen, um die Katastrophe zu verhindern oder auch nur einzudämmen. Schlimmer noch, ihre Klimapolitik verschärft die Ungleichheiten zwischen Nord und Süd sowie zwischen Arm und Reich innerhalb der Länder. Die Treibhausgasemissionen nehmen zu. Seit 1990 sind sie um 60 % gestiegen. In den drei Jahrzehnten (1990–2019) – mit nicht weniger als 25 „Klimagipfeln“ – wurde mehr fossiles CO<sub>2</sub> ausgestoßen als in den 240 Jahren von 1750 bis 1990. Das Rahmenübereinkommen über Klimaänderungen (UNFCCC) wurde in Rio (1992) mit dem Ziel verabschiedet, „gefährliche anthropogene Störungen des Klimasystems zu verhindern“.<sup>2</sup> Es dauerte bis 2015 (Paris, COP21), bis die Regierungen die Obergrenze von 1,5 °C Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter verabschiedeten, auf dem Papier. Der Grundsatz der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeiten und Fähigkeiten ist das Herzstück des Rahmenübereinkommens. Es hätte die gerechte Aufteilung des noch verfügbaren „Kohlenstoffbudgets“ zwischen Nord und Süd leiten sollen, doch die USA und die EU haben dies in Kopenhagen de facto zerrissen. In der Folge wird nun jede Regierung ermuntert, weniger zu tun als die anderen, sodass die auf der COP26 (Glasgow) kommunizierten Verpflichtungen die Welt auf den katastrophalen Weg von mindestens 2,4 °C Erwärmung setzen. Der britische Konferenzvorsitz versucht, den Mythos aufrechtzuerhalten, dass das COP-System noch dazu führen kann, dass das 1,5°C-Ziel eingehalten wird, aber niemand kann damit hinteres Licht geführt werden. Die COP26 konnte nicht einmal einen sofortigen Kohleausstieg beschließen (dieser Ausstieg wird sogar von der kapitalistischen Internationalen Energieagen-

tur befürwortet). Glasgow ist in Wirklichkeit ein völliger Misserfolg: Die Präsidentschaft ist gescheitert; der in Paris ausgedachte Bottom-up-Prozess zur „Erhöhung der Ambitionen“ der Staaten ist gescheitert; die neoliberalen Versuche, die Erderwärmung durch Marktmechanismen zu bekämpfen, sind gescheitert; und die Klimaökonomien, die ihre neoliberalen Dogmen in mathematische Modelle hüllen, um sie als Wissenschaft erscheinen zu lassen, sind gescheitert. Grundsätzlich ist es das Versagen des Kapitalismus, der behauptet, die Weltwirtschaft könne weiterhin wachsen, also immer mehr Energie verbrauchen – um immer mehr zu produzieren – und gleichzeitig sich dekarbonisieren, indem sie das zu 80 % auf fossilen Brennstoffen basierende Energiesystem durch ein neues – auf erneuerbaren Energien basierendes – Energiesystem ersetzt. Bei gleichbleibenden Bedingungen erfordert der Aufbau des neuen Systems jedoch zwangsläufig einen höheren Verbrauch an fossilen Energieträgern und damit einen höheren Ausstoß an Treibhausgasen: Man kann also nicht gleichzeitig „das Wachstum befördern“ und keine „Nettoemissionen“ aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe mehr haben, denn das ist eine physikalische Unmöglichkeit. Aber die Gesetze des Profits haben für die kapitalistischen Verantwortlichen Vorrang vor denen der Physik. Das Scheitern ihrer Klimapolitik ist die deutlichste und dramatischste Illustration des Versagens dieses produktivistischen Systems, seiner monströsen Irrationalität und seines kriminellen Klassencharakters.

## 3. Gefährliche Scheinlösungen

In seiner Logik der Wertakkumulation bleibt dem Kapital als „Lösung“ nur der Versuch, die physischen Barrieren durch eine technologische Flucht nach vorn zu verschieben. Es pervertiert das Ziel der „Kohlenstoffneutralität“ oder „Netto-Null-Emissionen“ und verdreht die reale, aber begrenzte Möglichkeit, den Teil der Kohlenstoffemissionen zu absorbieren, der unvermeidlich bleiben wird. Um die Emissionen um jeden Preis zu reduzieren und zu versuchen, das überschüssige CO<sub>2</sub> aufzufangen, während sie weiterhin Profite scheffeln und totes Kapital anhäufen, wetteifern die produktivistischen Zauberlehrlinge mit ihren Rezepten. Aus technischer Sicht ist jede ihrer Pseudolösungen mit spezifischen Widersprüchen behaftet: Erdgas als „Übergangsenergie“ ist natürlich eine Farce; abgesehen von den immer möglichen Unfällen und der Gefahr der Verbreitung von Atomwaffen ist das einzige „Nachhaltige“ an der zivilen Kernenergie ihr Abfall; die geologische Abscheidung und Wegschleißung erfordert Arbeiten pharaonischen Ausmaßes und eine riskante Wette auf die Dichtigkeit der Behälter; der sehr energieintensive Wasserstoff dient nur dazu, die Chemie-, Öl- und Atomindustrie grün zu

malen; die massive Anpflanzung von Bäumen als temporäre und eher lächerliche Notlösung erhöht den ohnehin schon zu hohen Druck auf die Bodennutzung und die Süßwasserreserven, womit die menschliche Ernährung, die Artenvielfalt und der Klimaschutz miteinander konkurrieren; auf der Erde die Kernfusion vorzunehmen, die von der Sonne weit entfernt und sicher (und unter Wiederverwertung der Abfälle) durchgeführt wird, ist nur aus der Perspektive der zunehmenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals und seiner Macht sinnvoll (diese Technologie käme, wenn überhaupt, ohnehin zu spät, um auf das drängende Problem des Klimawandels zu reagieren).

Aus sozialer Sicht – Neoliberalismus verpflichtet – wird die Umsetzung dieser Rezepte vollständig der „grünen“ Finanzwirtschaft überlassen, die im Namen des „Netto-Null 2050“ enorme Möglichkeiten für Spekulationen, Greenwashing und Aneignung durch Enteignung bekommt, was vor allem auf Kosten indigener Völker und ländlicher Gemeinschaften geht. Gleichzeitig greifen die Regierungen zunehmend auf neoliberale Mechanismen (Anreize, Steuern usw.) zurück, um den Konsum der Massen mit erhöhten Abgaben zu belasten und so dem grünen Kapitalismus Absatzmärkte zu eröffnen, was die Ungleichheiten weiter vertieft.

Um mit der Erderwärmung unter 1,5 °C zu bleiben, ohne dass es zu einer Überschreitung kommt, müssen die Emissionen dringend und in bedeutendem Maß reduziert werden. Die Chancen für das Erreichen dieses Ziels bis 2030 liegen bei 1:2, wenn die Emissionen im weltweiten Durchschnitt 5 % pro Jahr sinken; die Chancen liegen bei 2 zu 3, wenn die Emissionen jährlich um 10 % sinken. Damit sind die o. g. Pseudolösungen zum Scheitern verurteilt. Deshalb wächst die Gefahr, dass das System sich auf die schlimmste aller technokratischen Verrücktheiten einlässt: Geoengineering, also den Einsatz von Geräten, die die in die Atmosphäre eindringende Sonnenstrahlung reduzieren sollen. Dieses Geoengineering würde die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre nicht verringern (und damit auch nicht die Versauerung der Gewässer stoppen, die das Leben im Meer bedroht), aber es würde neue Anlagefelder für die Kapitalverwertung eröffnen. Es würde auch die Rivalität zwischen den imperialistischen Mächten verschärfen, die das Klima entsprechend ihrer geostrategischen Interessen auf dem Rücken der ärmsten Völker manipulieren könnten.

#### **4. Die objektive Notwendigkeit der Revolution**

Alle Bedingungen scheinen gegeben, um die Katastrophe zu einem Kataklysmus [sintflutartige Vernichtung, d. Red.] werden zu lassen. Nur eine weltweite ökosozialistische Revolution kann sie aufhalten, aber diese steht nicht auf der

Tagesordnung. Das Kapital verstärkt überall seine Macht, die Gewerkschaften klammern sich an den kapitalistischen Aufschwung wie an einen Rettungsanker, die sozialen Bewegungen sind in der Defensive, demokratische und soziale Rechte werden zurückgedrängt, die politische Landschaft driftet in den meisten Ländern nach rechts und extrem rechts ...

Nicht das erste Mal hat der Kapitalismus die Menschheit in eine derart düstere Lage versetzt, erinnert sei vor allem an den Vorabend des Ersten Weltkriegs. Während die Massen von nationalistischer Hysterie erfasst wurden und die Sozialdemokratie, die ihr Versprechen, auf den Krieg mit Revolution zu antworten, verriet und grünes Licht für das Gemetzel gab, definierte Lenin die Situation als „objektiv revolutionär“ in dem Sinne, dass nur die Revolution dem Gemetzel ein Ende bereiten könne. Daher die Losung „Brot, Land, Frieden“. Die Geschichte gab ihm Recht: Die Revolution in Russland und ihre Tendenz zur Ausweitung zwangen die Bourgeoisie, dem Massaker ein Ende zu setzen. Der Vergleich hat natürlich seine Grenzen. Eine Sache ist es, heroisch dem Tod zu trotzen, um nicht länger sein Leben zu riskieren, indem man andere Menschen für den Profit von Kanonenhändlern, für die imperialistische Aufteilung der Welt und für den Ruhm der Generäle tötet. Etwas anderes ist es, sich gegen das Kapital zu erheben, denn: Indem es sich die Mehrwert produzierende Arbeitskraft einverleibt, entmenschlicht das Kapital die Proletarier so weit, dass sie zu entfremdeten Instrumenten der Zerstörung ihres „anorganischen Körpers“ werden und damit künftige Generationen gefährden. Die Vermittlung der Problemlage und die Ermutigung zur revolutionären Aktion sind hier unendlich komplex. Dennoch ist ein vergleichbarer Bewusstseinschub notwendig. Angesichts der ökologischen Krise ist eine anti-kapitalistische Revolution objektiv sogar noch notwendiger. Diese grundlegende Bewertung muss der Ausgangspunkt für die Ausarbeitung eines Programms, einer Strategie und einer Taktik dienen, denn es gibt keinen anderen Weg.

Angesichts der Besonderheit der Klimakrise gibt es also zwei Fallen, die es zu vermeiden gilt: die eines abstrakten revolutionären Maximalismus einerseits und die eines von unmittelbaren Antworten besessenen Pragmatismus andererseits. Die erste führt im Namen der ideologischen Reinheit zu sektierischem Propagandismus und zur Isolation; die zweite neigt im Namen der Machbarkeit dazu, sich dem grünen Reformismus anzupassen, also dem grünen Kapitalismus als solchem – auch in seiner imperialistischen Beziehung zum globalen Süden.

#### **5. Ein Übergangsprogramm für heute**

Um die enorme Kluft zwischen dem, was objektiv notwendig ist, und dem, was subjektiv möglich erscheint, zu



überbrücken, bedarf es eines Programms, das eine Brücke zwischen der gegenwärtigen Situation und der Eroberung der Macht schlägt. Ein Programm, das sowohl eine Reihe von Vorschlägen enthält, die eine umfassende antikapitalistische Antwort auf die objektive Situation skizzieren, als auch Aktionsformen, die auf der demokratischen Selbstorganisation der Ausgebeuteten und Unterdrückten beruhen. Ein Programm, von dem einige Forderungen im kapitalistischen Rahmen realisierbar sind, das aber aufgrund seiner Gesamtkohärenz mit dem normalen Funktionieren des Systems unvereinbar ist, sodass es zu der Schlussfolgerung führt, dass die politische Macht ergriffen werden muss, um die Gesellschaft von Grund auf umzuwälzen. Diese Methode des Übergangsprogramms ist aktueller denn je. Aber wenn man die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts benennt, muss man auch auf eine entscheidende neue Sachlage hinweisen: Das Programm muss eine umfassende Verringerung des Gesamtenergieverbrauchs und damit der materiellen Produktion und des Verkehrs- und Transportwesens vorsehen. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass die Energiebilanz der Erde wieder ins Gleichgewicht gebracht und damit das Klima stabilisiert wird.

Dieser Rückbau ist natürlich kein Gesellschaftsprojekt, es ist ein objektiver physischer Zwang, dem sich die Menschheit für eine gewisse Zeit beugen muss. Es ist zwar klar, dass bestimmte Produktionen wachsen müssen, um die gigantischen unbefriedigten Bedürfnisse sehr großer Teile der Menschheit zu befriedigen, aber sie können nur innerhalb eines abnehmenden Gesamtrahmens für den Gesamtenergieverbrauch wachsen. Dies ist eine unvermeidbare Tatsache: Sie muss von Anfang an in den Mittelpunkt des Programms gestellt werden, weil sie das Herzstück der Klima-/Ökokrise ist, die von nun an die gesamte sozial-politische Situation entscheidend bestimmt. „Nur die Wahrheit ist revolutionär“, sagte Rosa Luxemburg. Das bedeutet nicht nur, dass Lügen konterrevolutionär sind, sondern auch, dass die Wahrheit die Macht hat, die Massen auf die Revolution zu orientieren. Die Notwendigkeit der materiellen Schrumpfung ist ein Schlüsselement dieser Wahrheit, aber nur ein Teil davon. Die vollständige Wahrheit – die ganze Wahrheit – ist, dass es einen physischen Zwang zum Schrumpfen gibt, weil die kapitalistische Produktionsweise die Menschheit über die ökologischen Grenzen hinaus getrieben hat und sie in den Abgrund treiben wird, wenn die produktivistischen Illusionen nicht ausgerottet werden. Die notwendige Schrumpfung muss daher sowohl ökologisch als auch sozial – also ökosozialistisch – sein. Sie muss den sozialen Kampf stärken, um die wahren Verantwortlichen für die Katastrophe zur

Rechenschaft zu ziehen – die Kapitalisten, die sich auch in der Katastrophe bereichern und stärken. Sie muss den Kampf für die Teilung von Reichtum, Wissen und Macht zwischen Arm und Reich fördern, nicht nur zwischen Nord und Süd, sondern auch innerhalb der Gesellschaften des Nordens und des Südens. Es muss gezeigt werden, dass das Einmotten des Prinzips der unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und Fähigkeiten den Willen der Kapitalisten zum Ausdruck bringt, genau in die entgegengesetzte Richtung zu gehen. Es muss völlig klar sein, dass, wenn man diese Vampire gewähren lässt, wenn die Armen die Kapitalisten nicht für die Schrumpfung bezahlen lassen, die Schrumpfung durch die Menschheitskatastrophe erzwungen wird. Mit der Physik lässt sich nicht verhandeln ... Der politische Ausdruck dieser „Lösung“ ist der Faschismus. Die Wahl ist also klar: Ökosozialismus oder Barbarei. Die Schlussfolgerung auch: Wir brauchen ein ökosozialistisches Übergangsprogramm für ein gerechtes Degrowth, das Ausbeutung und Unterdrückung überwindet.

## 6. Die Reichen zerstören das Klima

Den Ideologen, die behaupten, dass die ökologische/klimatische Krise die Trennlinien zwischen den sozialen Lagern völlig verwischt, entgegenen wir, dass der Kampf um das Klima ein Klassenkampf im unmittelbarsten Sinne des Wortes ist: ein Kampf zwischen Arm und Reich. Unter 1,5 °C zu bleiben bedeutet, dass jeder Mensch im Jahr 2030 durchschnittlich 2,3 Tonnen CO<sub>2</sub>/Jahr ausstößt. Zusammengefasst emittiert die reichste 1% der Weltbevölkerung derzeit fast doppelt so viel wie die ärmsten 50%. Um unter Wahrung der unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und Kapazitäten auf 2,3 t/Person/Jahr zu kommen, müsste das eine Prozent seine Emissionen um das Dreifache senken, die ärmsten 50 Prozent könnten sie um das Dreifache steigern.

Die Klimapolitik der Regierungen seit der COP21 (Paris 2015) geht in die andere Richtung: Der Anteil des reichsten 1 Prozent an den globalen Emissionen ist von 13 % im Jahr 1990 auf 15 % im Jahr 2015 gestiegen; 2030 wird er bei 16 % liegen. Er wird dann um 25 % höher sein als 1990 und 16mal höher als der globale Durchschnitt. Der Anteil der ärmsten 50 Prozent wird unterdessen von 8 % auf 9 % im Jahr 2030 steigen, wobei die Pro-Kopf-Emissionen weit unter den 2,3 t CO<sub>2</sub> pro Jahr liegen werden. Tatsächlich sind die Reduktionsverpflichtungen bis 2030 umgekehrt proportional zum Einkommen: Das 1 Prozent wird ein Zwanzigstel, die 10 Prozent werden ein Achtel und die 40 Prozent mit mittlerem Einkommen ein Sechstel dessen erreichen, was für die

Klimagerechtigkeit notwendig wäre. Die kapitalistische Klimapolitik, die auf den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck des Massenkonsums abzielt, lässt den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck des Luxuskonsums (Superyachten, Privatjets, jeweils mehrere Häuser, SUVs, Weltraumtourismus usw.), der um Vieles größer ist als ihr Anteil an der Bevölkerung, im Dunkeln. 50 % der Flugreisen werden vom reichsten 1 Prozent unternommen, aber nur 1 Prozent der Klimamaßnahmen zielt auf den Flugsektor ab. Das 1 Prozent profitiert zudem von der Undurchsichtigkeit des Finanzwesens, um den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck seiner kapitalistischen Investitionen zu verstecken. Angesichts dessen besteht die größte Ungerechtigkeit darin, dass die 50 Prozent (die eine marginale Verantwortung für die Erwärmung haben!) im Jahr 2030 nur ein Dreizehntel des Kohlenstoffbudgets nutzen werden, das ihnen bei Einhaltung des Prinzips der „differenzierten Verantwortlichkeiten“ zustehen würde. Diese Ungerechtigkeit wird noch dadurch gesteigert, dass der Imperialismus sich weigert, jährlich 100 Milliarden Dollar in den Grünen Klimafonds einzuzahlen, um die „Verluste und Schäden“ in den Ländern des Südens zu kompensieren. Die Ungerechtigkeit zugunsten der Reichen im Norden und im Süden trifft in unterschiedlichem Maß alle Schichten der einfachen Bevölkerung. Die unteren 50 Prozent befinden sich in relativ ähnlichen Situationen: Bis 2030 werden in vier von fünf großen Emittenten (USA, EU, GB, China) die Emissionen der jeweils ärmsten 50 Prozent etwas über oder etwas unter 2,3 t pro Person und Jahr bleiben (in Indien werden sie weit darunter bleiben). Auf globaler Ebene werden die proportional größten Emissionsreduktionen den Menschen mit dem niedrigsten Einkommen in den Industrieländern auferlegt werden. Diese Daten deuten die Möglichkeit eines ökosozialen Mehrheitsblocks entlang einer Klassenlinie an. Sicherlich müssen die 40 Prozent der sogenannten „Mittelschicht“ ihre Emissionen in der EU und Großbritannien um mehr als die Hälfte, in China um die Hälfte und in den USA um etwa die Hälfte senken, damit wir unter 1,5° C bleiben. Die Eroberung einer gesellschaftlichen Mehrheit wird also nicht ohne Konflikte und manchmal schmerzhaft Revisionen ablaufen. Die strategische Schlussfolgerung aus den Zahlen besteht jedoch nicht darin, dass den Lohnabhängigen im Norden „unpopuläre“ Marktmaßnahmen aufgezwungen werden müssen, um dem Süden die Möglichkeit zu geben, sich zu entwickeln. Die Erfahrung zeigt, dass solche Maßnahmen unwirksam sind. Sie können nur diejenigen spalten, die es zu vereinen gilt, und spielen gleichzeitig den klimaegoistischen Demagogen in die Hände. Die strategische Schlussfolgerung ist, dass wir dafür kämpfen müssen, die Reichen im Norden und im

Süden zur Kasse zu bitten, und dass diese Kämpfe die Bedingungen klären, unter denen wir es mit der Zeit schaffen werden, einen ökosozialen Mehrheitsblock zu bilden. Dies hat die Gelbwestenrevolte in Frankreich gezeigt, die von der Ablehnung einer Kraftstoffsteuer ausging und sich so weit nach links verschoben hat, dass sie sich manchmal mit der Klimabewegung („Ende der Welt – Ende des Monats: derselbe Kampf“) und sogar mit der feministischen Bewegung gegen Gewalt gegen Frauen verbündet hat.

## 7. Einige ökosoziale Notfallmaßnahmen

Die Entwicklung dieser strategischen Schlussfolgerung setzt die Ausarbeitung eines antineoliberalen und antikapitalistischen Plans für Strukturreformen voraus. Die ökologische Krise erfordert natürlich ein spezifisch ökologisches Programm, das auf belastbaren wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht. Aber dieses Programm wird nichts lösen ohne ein Maßnahmenpaket, das die Reichen und Kapitalisten zur Kasse schleift, um die Gesellschaft, die Natur und die Beziehung zwischen Gesellschaft und Natur zu reparieren. Beim Konsum ist die Kohlenstoffintensität des Lebensstils der Reichen bei weitem höher als die des Lebensstils der unteren Klassen. In der Produktion ist die CO<sub>2</sub>-Effizienz des öffentlichen Sektors deutlich höher als die des privaten Sektors und die des ökologischen Landbaus unendlich viel höher als die des Agrobusiness. In der Sphäre der sozialen Reproduktion unterstützt die Förderung von Autonomie und Respekt eine Kultur der Fürsorge für das Leben, im Gegensatz zur kapitalistisch-patriarchalen Ideologie der Herrschaft und des Todes. Generell sind Forderungen, die die Abschöpfung des Mehrwerts durch die Reichen einengen – seien es solche, die ihren Konsum oder ihre Investitionen finanzieren, oder solche, die ihren Einfluss auf die Welt und unser Leben vergrößern oder neue Finanzmärkte schaffen – nicht nur eine Antwort auf die soziale, sondern auch auf die ökologische Herausforderung. Diese Maßnahmen sind Teil der realen Möglichkeit, dass alle Menschen ein gutes Leben führen können, indem sie wenig Energie verbrauchen und alle Auswirkungen auf die Ökosysteme reduzieren.

Sie lassen sich in fünf Bereiche unterteilen:

### 1. „Dringende Maßnahmen auf Kosten der Reichen und ihrer Geschäfte“.

Im Gegensatz zu den Regierungen und Medien, die uns ständig auffordern, „unser Verhalten zu ändern“, sollten wir Sofortforderungen stellen, die auf den Konsum der

Reichen abzielen: Privatjets, Superyachten, Weltraumtourismus, Formel 1 ... sollten geächtet werden; die Produktion von SUVs sollte unverzüglich eingestellt werden; Flugreisen sollten gerügt („flight shame“) und mit einer jährlichen Quote belegt werden. Angesichts des Versagens der Marktmechanismen muss nach dem Muster des Montrealer Protokolls vorgegangen werden (FCKW-Phasing-out mit Unterstützungsfonds, um die Anpassung in den südlichen Ländern zu unterstützen), um strenge Regulierungsmaßnahmen auf Kosten der Kapitalisten zu fordern: Stopp der Methanlecks (die Schließung dieser Lecks im Gasnetz, an Ölquellen und Kohlebergwerken ist ein „one shot“, aber technisch nicht schwierig und bewirkt eine Minderung der Erderwärmung um 0,5 °C), Stopp der Freisetzung von fluorierten Gasen (von 1990 bis 2019 stieg die Freisetzung dieser Gase um 250 %; ihre Strahlungskraft ist mehrere Hundert bis mehrere Tausend mal höher als die von CO<sub>2</sub> und sie verbleiben bis zu mehreren zehntausend Jahre in der Atmosphäre), null Abholzung und Stopp der Zerstörung von Feuchtgebieten. Verbot der Erkundung/Ausbeutung neuer fossiler Reserven, verbindliches Phasing-out von Kohle-, Gas- und Ölkraftwerken (entsprechend dem Timing von IEA und IPCC), sofortige agrarökologische Reform der Landwirtschaftspolitik (entsprechend dem Klimaprogramm von Via Campesina), Umgestaltung der Verkehrsmittel (Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel, Verringerung des Stellenwerts des Privatautos ...).

## **2 „Steuergerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit = Klimagerechtigkeit“.**

Ein Dollar in der Tasche der 1 Prozent = dreißigmal mehr CO<sub>2</sub> als ein Dollar in der Tasche der 50 Prozent und fünfzehnmal mehr als in der Tasche der 40 Prozent. Einführung eines Maximallohns und Anhebung des Mindestlohns. Ausweitung der sozialen Sicherung. Kostenlose Dienstleistungen (Wasser, Heizung, Beleuchtung, städtische Mobilität) für den Bereich der Grundbedürfnisse, mit rasch steigenden Preisen darüber hinaus, um Verschwendung und Luxuskonsum zu bekämpfen (die Anwendung dieses Modells auf Wasser zum Beispiel widerlegt die liberale Propaganda von der „Tragödie der Allmende“: Kostenlose Dienstleistungen regen zur Selbstkontrolle an, nicht zum Missbrauch!). Refinanzierung des öffentlichen Sektors.

Sofortige Auszahlung der 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr aus dem Grünen Klimafonds in Form von Zuschüssen (keine Kredite – Nein zur Strangulierung des Südens mittels Schulden!). Entschädigung für Verluste und Schäden. Hände

weg von den Ressourcen der Länder des Südens, Nein zum Prinzip der „CO<sub>2</sub>-Ausgleichsmaßnahmen“, Abschaffung der Schulden des Südens, Aufhebung der Patente auf grüne Technologien ... damit die Völker ihre Bedürfnisse mit erneuerbaren Energien, nachhaltiger Landwirtschaft und nachhaltiger Produktion befriedigen können: Die Ressource Sonne muss den Völkern zur Verfügung stehen. Um die gigantischen weltweiten Mittel freizusetzen, die für den Kampf gegen die Katastrophe notwendig sind: Abschaffung des Bankgeheimnisses, Vermögenskataster, Abschaffung der Steuerparadiese, Besteuerung großer Vermögen, Besteuerung von Finanztransaktionen, Wiedereinführung der Steuerprogression nach dem System, das in den USA unter dem New Deal galt (95%ige Abgabe auf die letzte Einkommensstufe).

## **3 „Demokratie, um die Kontrolle über unser Leben zurückzugewinnen; die Menschen und die Erde schützen“.**

Ökofeminismus: Die Sorge für die Menschen und das Leben in den Mittelpunkt stellen, die Arbeit in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Betreuung älterer und/oder abhängiger Menschen, Kleinkindbetreuung, Wiederherstellung von Ökosystemen – all dies sind lebensnotwendige und emissionsarme Tätigkeiten, die heute vom patriarchalen Kapitalismus unsichtbar gemacht und abgewertet werden; diese Tätigkeiten müssen anerkannt und aufgewertet werden; Recht auf freien sowie kostenlosen Zugang zu Abtreibung und Verhütung, Kampf gegen sexistische und sexuelle Gewalt.

Demokratie: Pflicht zur Volksbefragung bei Projekten mit Umweltauswirkungen (Extraktivismus, Kompensationen ...). Kontrolle und Vetorecht der Lohnabhängigen über die Organisation, den Inhalt und den Zweck der Arbeit (gegen geplante Obsoleszenz, reparierbare, recycelbare Produkte ...). Kontrolle und Vetorecht der indigenen Völker und ländlichen Gemeinschaften über ihre Gebiete und deren Reichtum.

## **4 „Weniger produzieren, weniger arbeiten, besser leben“.**

Abschaffung unnötiger (Werbung, Wegwerf-Gadgets) oder schädlicher Produktionen (Rüstung, beschleunigte Obsoleszenz). Krieg dem Krieg und Militarismus. Abschaffung der Armeen, die sowohl Kunden als auch bewaffneter Arm des fossilen Kapitals gegen die Völker sind. Maximale Regionalisierung der Produktion, um gesellschaftlich unnötige Transporte zu vermeiden. Absolute Garantie der

kollektiven Umschulung ohne Lohnverlust für die Lohnabhängigen zu sozial und ökologisch nützliche Tätigkeiten unter Kontrolle der Beschäftigten. Stopp der konsumistischen Entfremdung als miserable Kompensation für miserable menschliche Beziehungen. Geschlechtsneutrale Teilung und Vergesellschaftung von Aufgaben. Sobald die materiellen Bedingungen für ein komfortables Leben für alle garantiert sind, sind Zeit, soziale Beziehungen und das Eintauchen in die Natur der wahre Reichtum. Wiederaufnahme des antiproduktivistischen Kampfes für eine radikale kollektive Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust oder Erhöhung des Arbeitstempos. Nur eine Politik, die sich entschlossen für eine neue, wahrhaft menschliche Zivilisation einsetzt, kann die gesellschaftlichen Bedingungen schaffen, die eine breite Infragestellung unhaltbarer individueller Verhaltensweisen erleichtern, insbesondere im Bereich der Freizeit und der Ernährung (vor allem mit einer drastischen Reduzierung des Fleischkonsums).

##### **5. „Die Menschen entwaffnen, die das Leben nicht lieben“.**

Wir werden nicht aus dem Kapitalismus aussteigen und die Katastrophe verhindern, indem wir alternative lokale Erfahrungen vermehren. Die Rettung des Klimas und der Artenvielfalt wird ein Hirngespinnst bleiben, solange das Kapital die Kontrolle über die Schlüsselsektoren behält. Diese müssen enteignet und vergesellschaftet werden, angefangen bei der Energie- und Finanzbranche. Die Herausforderung der notwendigen demokratischen Planung auf allen Ebenen (von lokal bis global) unter Beachtung der „differenzierten Verantwortlichkeiten“ anzunehmen, erfordert die Eroberung der Macht und den vernetzten Aufbau einer Macht neuen Typs, die sich auf die Mobilisierung der breiten Bevölkerung stützt und von ihr kontrolliert wird. Ein Macht Netzwerk, das von der Erfahrung der Pariser Kommune inspiriert ist, um die demokratische Kontrolle über die Produktion der gesellschaftlichen Existenz wiederzuerlangen, die Emissionen aller gerecht zu reduzieren, die Ökosysteme zu reparieren und allen Menschen ein komfortables Leben mit geringem Energieverbrauch zu ermöglichen.

##### **8. Eine ökosozialistische Hegemonie aufbauen.**

Der „Beitrag zur Entwicklung eines ökosozialistischen Programms angesichts der notwendigen Reduzierung der globalen materiellen Produktion“ ist keine Propagandaübung, sondern ein Leitfaden für das Handeln. Handeln erfordert eine strategische Annahme. Es ist eine Binsenweisheit: Die Produktionsweise der gesellschaftlichen Existenz kann nicht

ohne die bewusste Beteiligung der Produzentinnen und Produzenten geändert werden. Wie kann man die abhängig Beschäftigten dazu bringen, dem Produktionswahn, von dem ihre tägliche Existenz abhängt, entgegenzuwirken? Das ist die entscheidende Frage. Die Antwort kann sich nur aus den Kämpfen und der Konvergenz der Kämpfe ergeben. Daran müssen wir systematisch arbeiten, was bedeutet, dass in den verschiedenen sozialen Bewegungen einflussreiche aktivistische Teams aufgebaut werden müssen, die in der Lage sind, Erfahrungen, Wissen und Know-how auszutauschen und zu sammeln. Trotz der sehr defensiven Situation muss diese Strategie mit einem ehrgeizigen Kampf um die Hegemonie in der Gesellschaft gekoppelt werden. Der doppelte historische Bankrott der Sozialdemokratie und des Stalinismus hat das sozialistische Projekt zwar in eine tiefe Krise gestürzt. Aber die ethische Botschaft, die diesem Projekt immer zugrunde lag, kann lauter denn je erklingen, aus dem einfachen Grund, dass die ökologische Krise unsere Gesundheit untergräbt und unser Überleben sowie das unserer Kinder gefährdet. Der Kapitalismus ist dabei, die Welt, ihre Schönheit und ihren Reichtum „in den eisigen Gewässern egoistischer Berechnung“ zu ertränken. Die unermüdliche Anprangerung dieser absurden und schrecklichen Realität kann sich bei passender Gelegenheit auf Massenebene in einen mächtigen kategorischen Imperativ verwandeln, der Breschen in die Klassenkollaboration der „wachstumsfixierten“ Gewerkschaftsführungen schlägt. Der Zufall allein wird über den Zeitpunkt entscheiden. Wir können uns nur darauf vorbereiten. Die Erfolgsaussichten werden von der kompromisslosen Radikalität der Kämpfe derjenigen abhängen, die heute praktisch an vorderster Front des ökosozialistischen Kampfes stehen: der Jugend, der indigenen Völker, der Bauern und Bäuerinnen und der Frauen.

23. Februar 2022

■ Übersetzung: Jakob S.

**1** Die anderen beiden Texte sind: „Die Weltwirtschaft auf einem krisengeschüttelten Planeten: Störungen der Lieferketten, Inflation, Krisenanfälligkeit des Finanzsektors. Wachsende Ungleichheit, Widerstand und Forderungen des Volkes“, <https://fourth.international/en/430>, sowie „Zur geostrategischen Weltlage“, <https://fourth.international/en/431>

**2** <https://unfccc.int/resource/docs/convkp/convger.pdf> (Anm. d. Red.)

# KRIEG GEGEN DIE UKRAINE

Bei Redaktionsschluss dieses Heftes ist in keiner Weise absehbar, wie lange der Krieg in der Ukraine noch anhalten wird. Die Gründe liegen in erster Linie bei Putins Siegeswillen, den er am 12. 4. nochmals bekräftigt hat. Aber eine Mitschuld tragen auch die westlichen imperialistischen Staaten, allen voran die USA, die Putin keine Rückzugsmöglichkeit ohne gravierenden Gesichtsverlust ermöglichen wollen. Damit stehen die Zeichen weiterhin eher auf Eskalation, mindestens aber auf einen längeren Zermübungskrieg.

In unserem Dossier gehen wir auf die Ursachen des Kriegs und die zu erwartenden Folgen ein, aber auch auf die historischen Hintergründe. Möge dieses Dossier zur Bereicherung der politischen Diskussion beitragen. Soweit es kritische Beiträge zu diesem oder jenem Aspekt gibt, sind sie gerne willkommen. Wir werden sie – solange es keine den Krieg befürwortenden sind – im Rahmen unserer Möglichkeiten im nächsten Heft abdrucken.

## Ein Dossier mit 8 Beiträgen

Die kalten Krieger im Aufwind  
**SEITE 14**

Bei einer militärischen Eskalation der USA gegen Russland gäbe es keine Sieger  
**SEITE 17**

Waffenstillstand sofort!  
**SEITE 22**

Krieg gegen die Ukraine: auch für Afrika eine Katastrophe  
**SEITE 24**

Wir befinden uns mehr denn je im Zeitalter der „bewaffneten Globalisierung“.  
**SEITE 24**

Zur Logik von Putins Ukraine-Krieg und den Folgen  
**SEITE 25**

Die Unabhängigkeit der Ukraine, gestern und heute  
**SEITE 33**

Die ukrainische Frage  
**SEITE 38**

# DIE KALTEN KRIEGER IM AUFWIND

Einen Monat nach ihrem Beginn gerät die mörderische Offensive der russischen Armee in der Ukraine angesichts des Widerstands der ukrainischen Truppen und der Bevölkerung ins Stocken, wobei Berichte über eine hohe Zahl toter russischer Soldaten kursieren und sich die Belagerung der Hauptstadt Kiew durch die Bodentruppen als Fehlschlag erweist. **Galia Trépère**

In einer wahnsinnigen und barbarischen Flucht nach vorn ließ Putin den Artillerie- und Raketenbeschuss sowie die Luftangriffe auf zahlreiche Städte wie Charkiw und Odessa verdoppeln. Mariupol und Mykolajew im Süden des Landes wurden quasi dem Erdboden gleichgemacht. Mit jedem Tag des Krieges steigt die Zahl der Toten und Verletzten, darunter vor allem Zivilisten, sowie die Zerstörung von Wohngebäuden und Infrastrukturen, weswegen die Menschen in den belagerten Städten ohne Wasser, Strom und Lebensmittel auskommen müssen und gezwungen sind, ihr Leben unter der Erde zu fristen oder zu fliehen, wie es bereits über 13 Millionen gemacht haben.

Da er durch die von ihm verursachten Katastrophe und ihre tragischen Konsequenzen in die Enge getrieben und militärisch in eine Sackgasse geraten ist, kündigt Putin an, seine Angriffe auf den Donbass konzentrieren zu wollen. Vielleicht sucht er nach einem Ausweg, der auf Verhandlungen hinauslaufen könnte, die bislang durch die Eigen-dynamik des Kriegs von Russland gegen die Ukraine und der NATO gegen Russland blockiert wurden. Was auch immer seine wahren Ziele sein mögen, es ist sehr unwahrscheinlich, dass auf diese Ankündigung richtiggehende Gespräche folgen werden. In diesem Krieg geht es nicht um das Schicksal des Donbass oder der Ukraine, sondern um geostrategische Fragen, um die Kräfteverhältnisse zwischen den Weltmächten und insbesondere um die Position

der USA und ihrer Verbündeten in der NATO und der Europäischen Union in diesen Kräfteverhältnissen.

Dieser Krieg ist nicht bloß dem Wahnsinn des großrussischen Autokraten geschuldet, oder zumindest gehorcht dieser Wahnsinn einer verrückten historischen Logik, einer Verkettung von Ereignissen, die aus den Klassen- und Machtkämpfen, den Kräfteverhältnissen zwischen den Staaten, ihren wirtschaftlichen und sozialen Interessen und denen der herrschenden Klassen und der globalisierten kapitalistischen Konkurrenz resultieren. Genauer gesagt, aus dem internationalen Kräfteverhältnissen zwischen den Großmächten seit dem Zusammenbruch der UdSSR 1991, in dessen Zentrum die Politik der USA um den Ausbau oder die Wahrung ihrer Vorherrschaft in der Welt steht.

Vor diesem Hintergrund hat US-Präsident Biden an den Gipfeltreffen der NATO, der G7 und des Europarates am 24.3. in Brüssel an vorderster Stelle teilgenommen, um anschließend nach Polen zu reisen, wo er in einer Rede kaum einen Zweifel an seinen Zielen ließ, nämlich das Putin-Regime zu stürzen und Russland unter dem Deckmantel der Verteidigung der Demokratie zu unterwerfen. „Wir stehen hier vor einem sehr langen Kampf. [...] Die Ukraine hat tapfer gekämpft, um die demokratischen Prinzipien zu verteidigen“ erklärte er. Und „wir stehen an eurer Seite“, im Klartext: Ihr habt für uns gekämpft, um die Demokratie zu verteidigen, mit anderen Worten die Weltherrschaft der USA. Er fügte hinzu, dass Putin „nicht an der Macht bleiben“ dürfe. Das Weiße Haus hielt es zwar danach für angebracht, diese Aussage zu relativieren, aber es gibt dennoch gute Gründe zu der Annahme, dass Biden, das Weiße Haus und das Pentagon mit der Einwerbung der ukrainischen Armee und der wirtschaftlichen Blockade Russlands dieselben Ziele verfolgen wie Bush 2003 im Irak gegen Saddam Hussein.

„Jetzt ist die Zeit gekommen, in der sich die Dinge ändern. Es wird eine neue Weltordnung geben und wir müssen sie anführen“, twitterte Biden bei seiner Ankunft in Brüssel am Abend des 23. März. Mit diesen Äußerungen beabsichtigte er, die nachfolgenden Gipfeltreffen unter die Fuchtel der USA zu bringen und ihr Ziel vorzugeben sowie die US-Offensive entlang der militärischen Entwicklung zu stärken und dafür Putins Aggression gegen die Ukraine als Anlass und Rechtfertigung zu nutzen.

Während viele in ihm das Gegenstück zu Trump sahen, dessen Paranoia bloß eines der vielen Gesichter der entrückten Logik ihrer barbarischen Welt ist, setzt er dessen Politik fort, die Verteidigung der US-Vorherrschaft, „America is great!“ oder hier besser gesagt „America comes

back“. In Worten ist er gewählter, aber in der Politik macht er einen weiteren Schritt bei der diplomatischen und militärischen Eskalation der Weltmacht Nr. 1 nach ihrer Niederlage in Afghanistan.

### **Vitalisierung eines „Hirntoten“ ...**

Der Gipfel der NATO, der von den USA geführten Militärallianzen, geriet dann auch direkt zum Kriegsrat. Ihr Generalsekretär Stoltenberg erläuterte detailliert die neuen Truppenverlegungen in die nahe Russland gelegenen NATO-Mitgliedsländer: Polen und die baltischen Staaten, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und die Slowakei. Damit steigt die Zahl der Soldaten unter direktem NATO-Kommando auf 40 000, die von Luft- und Seestreitkräften vom hohen Norden bis zum Mittelmeer unterstützt werden.

Zu diesen 40 000 Soldaten aus verschiedenen NATO-Ländern kommen noch die US-Soldaten hinzu. *Le Monde* titelte am selben Tag: „Krieg in der Ukraine: Die große Rückkehr der US-Amerikaner nach Europa“ und präzisierte die Zahl der in Deutschland, Italien, Spanien, Belgien und Polen stationierten Truppen: „Vor dem Ukrainekrieg hatte die US-Armee, die über insgesamt 1,4 Millionen aktive Soldaten verfügt, etwa 67 000 Soldaten dauerhaft an den verschiedenen Standorten stationiert – zuzüglich 13 000 Mann in zusätzlichen rotierenden Einheiten. Diese Truppen wurden in diesem Jahr um weitere 20 000 Soldaten aufgestockt.“ Insgesamt sind also 100 000 US-Soldaten in Europa stationiert.

Macron gab zu Beginn seiner Pressekonferenz im Anschluss an die Treffen vom 24. März einen Überblick über die Zahl der in Europa stationierten französischen Soldaten und ihre Ausrüstung: 3200 Soldaten im Rahmen des Nato-Manövers „Cold Response“ in Norwegen (an dem im März und April 30 000 Soldaten beteiligt sind), 350 in Estland, 550 in Rumänien, eine Luftüberwachungseinheit in Polen und Marinefliegertruppen vor Bulgarien, Rumänien und auch Bosnien. Er betonte die Bereitschaft der 27 EU-Mitgliedsstaaten, ein „verteidigungsbereites Europa“ zu bilden, das ein „Bestandteil der NATO“ sei, „und keinesfalls als Ersatz oder Konkurrenz“ gedacht sei – also weit entfernt von seinen Äußerungen vom 7. November 2019 in *The Economist*, in denen er für eine eigenständige Verteidigungsbereitschaft Europas plädiert hatte, weil die NATO „hirntot“ sei.

Realiter jedoch ist dieses „verteidigungsbereite“ Europa, das es der Europäischen Union ermöglichen würde, in den internationalen Beziehungen einen eigenen Part zu übernehmen, eine Fiktion. Die europäischen Staaten

sind viel zu sehr auf ihre jeweiligen Vorrechte bedacht, als dass sie sich über ein gemeinsames Verteidigungsbündnis verständigen könnten, zumal ein solches Bündnis für die USA nur unter ihrer Führung vorstellbar wäre, d. h. im Rahmen der NATO, die für die Ziele der USA aus ihrem angeblichen Dornröschenschlaf erweckt wurde.

Angeblich deswegen, weil die NATO nach dem Zusammenbruch der UdSSR 1991, gegen deren angebliche Bedrohung sie gegründet worden war, niemals verschwunden war. In den 1990er Jahren wurden ihre strategischen Ziele von den USA neu definiert, um ihr Recht auf unilaterale militärische Interventionen zu legitimieren, um dadurch „den ungehinderten Zugriff auf wichtige Märkte, Energieversorgung und strategische Ressourcen zu gewährleisten“. Die NATO intervenierte 1999 im Irak und im ehemaligen Jugoslawien, indem sie Serbien bombardierte, 2001 in Afghanistan, 2011 in Libyen etc. Inzwischen zählt sie 30 Mitgliedsstaaten, darunter die USA, Kanada und 28 europäische Länder, und mehr als 3 Millionen Soldaten. Nach 1999 wurde sie trotz der Proteste Russlands um 12 osteuropäische Länder erweitert, die früher unter dem Einfluss der UdSSR gestanden hatten.

### **... im Dienste der USA**

Während Trump noch vergeblich die europäischen Staaten dazu aufgefordert hatte, ihren Militärhaushalt auf 2 % des BIP zu erhöhen, hat Biden inzwischen viel mehr erreicht. Vor der Annexion der Krim im Jahr 2014 waren es nur drei Länder des Bündnisses, die 2 % ihres BIP für den Verteidigungshaushalt ausgegeben haben. Heute sind es elf von dreißig. Finnland ist zum NATO-Beitritt bereit und hat einen Kaufvertrag über ca. 60 US-amerikanische F-35-Kampfflugzeuge abgeschlossen. Schweden könnte das nächste Land sein. Der wichtigste – und bedenklichste – Schritt in dieser militärischen Eskalation ist die Selbstverpflichtung Deutschlands, das sich bisher rüstungspolitisch zurückgehalten hatte, seinen Verteidigungshaushalt auf 2 % des BIP zu erhöhen und in den kommenden fünf Jahren über 100 Milliarden Euro dafür aufzubringen. Zum Leidwesen der französischen Flugzeughersteller wurden bereits 35 F-35-Kampfflugzeuge geordert, angeblich um somit die Vorgabe der USA zu befolgen, wonach US-Atomwaffen nur von US-Flugzeugen transportiert werden dürfen.

Auf dem EU-Gipfel ging es um die Sanktionen gegen Russland und deren Folgen sowie um dringende erforderliche neue Energie- und sonstige Rohstoffquellen. Die USA, die zusammen mit Kanada und Großbritannien ein

Embargo gegen russisches Öl und Gas verhängt haben, drängten darauf, dass sich auch die EU dem Embargo anschließt. Die 27 Mitgliedsstaaten konnten sich jedoch in dieser Frage nicht einigen, vor allem weil Deutschland und Ungarn als Großabnehmer von russischem Gas dagegen waren.

Russland liefert als weltweit zweitgrößter bzw. größter Öl- und Gasproduzent 25 % des nach Europa importierten Öls und 40 % des Gases. Die OPEC-Staaten wurden bisher vergeblich unter starken Druck gesetzt, ihre Produktion zu erhöhen, um das russische Öl und Gas zu ersetzen, und auch die Preise zu senken, die aufgrund der hohen Nachfrage und der Spekulation – genauso wie die Gewinne der Ölkonzerne – explodiert sind. Nicht umsonst haben die USA wieder Verhandlungen mit dem Iran und Venezuela sowie unter der Hand mit dem diktatorischen Oberhaupt von Saudi-Arabien, Mohammed bin Salman (MBS), aufgenommen.

Neue Versorgungsquellen für Öl und Gas zu erschließen, erweist sich momentan als schwierig, zumal sich China, Japan und Indien über langfristige Verträge mit den Förderländern enorme Mengen gesichert haben.

Doch am 25. März konnte Biden auf einer Pressekonferenz zusammen mit der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, verkünden, dass sich die EU-Länder auf gemeinsame Käufe verständigt und mit den USA ein Abkommen über die Lieferung von 15 Mrd. m<sup>3</sup> Flüssigerdgas (LNG) geschlossen haben. Zudem könnte diese Menge bald auf 50 Mrd. Kubikmeter erhöht werden, was einem Drittel der russischen Gaslieferungen nach Europa entspricht. Abgesehen davon, dass es sich bei dem US-amerikanischen LNG zum großen Teil um Schiefergas handelt, das durch Fracking gewonnen wird und dabei den Untergrund und das Grundwasser ruiniert, ist das ein Bombengeschäft für die US-Konzerne.

### **Internationale Solidarität statt Revanchismus**

„Es entsteht gerade eine neue Welt“, schrieb der Journalist Thomas Wolf am 21. März in der *Financial Times*. „Die Hoffnung auf friedliche Beziehungen schwindet. Stattdessen haben wir Russlands Krieg gegen die Ukraine, Drohungen mit einem nuklearen Armageddon, die Aufrüstung des Westens, eine Allianz von Autokratien, beispiellose Wirtschaftssanktionen und eine Verknappung und Preisexplosion in der Energie- und Nahrungsmittelversorgung. Niemand weiß, was passieren wird. Aber wir wissen, dass sich eine Katastrophe anbahnt.“

Wenn man diesem Szenario noch weitere Folgen des

bankrotten Kapitalismus hinzufügt, nämlich die rasch fortschreitende Klima- und Umweltkatastrophe, die Wirtschafts- und Nahrungsmittelkrise aufgrund der durch die Corona-Pandemie und nun durch Krieg unterbrochenen Lieferketten, den Zusammenbruch des Finanzsystems durch das Platzen der überblähten Finanzblasen, die Verschärfung der Konkurrenz mit einer Vervielfachung der Konflikte, die Kriege zwischen kapitalistischen Regionalmächten und damit die Vorbereitung einer kommenden Konfrontation zwischen den USA und China – dann gibt es allen Grund, nicht „für ein Wunder in Moskau zu beten“, wie der Journalist am Ende des Artikels rät, sondern sich daran zu machen, diese globalisierte kapitalistische Unordnung zu verstehen, um die Welt schleunigst zu verändern.

Dafür muss man zunächst einmal verstehen wollen, dass sich die Zeiten geändert haben und wir nicht mehr einen relativen Frieden erleben in dem Teil der Welt – Europa, Nordamerika, Japan und Australien –, dessen Bourgeoisien die größten Kriegstreiber sind, die den Rest des Planeten verwüsten.

„Die weltweiten Militärausgaben haben im Jahr 2020 zwei Billionen US-Dollar erreicht, was einem Anstieg von fast 80 % (in US-Dollar, inflationsbereinigt) seit 1995 entspricht“, schreibt Claude Serfati<sup>1</sup>. [...] „Die Aggression des russischen Imperialismus darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es weltweit mehr als 50 bewaffnete Konflikte gibt, von denen fast die Hälfte den afrikanischen Kontinent erschüttert. Diese „neuen Kriege“ sind ständige Begleiter der „Globalisierung“, und die „entwickelten“ Länder sind auf vielfache Art daran beteiligt: über ihre mächtigen Industriekonzerne, die die natürlichen Ressourcen ausbeuten, über ihre großen Banken, die das Vermögen der nationalen Eliten in ihren Steuerparadiesen recyceln, durch den Verkauf von Waffen, die die Konflikte anheizen usw. Wir befinden uns mehr denn je im Zeitalter der „bewaffneten Globalisierung“.“

Diese Erkenntnis setzt sich inzwischen allmählich bei vielen durch, auch wenn die einseitige und bellizistische Propaganda die Kriegereignisse zensiert und Lähmung verbreitet, auch weil es keine eigenständige oder fast gar keine Reaktion der Arbeiterbewegung gibt, die in den Fallstricken des Nationalismus gefangen ist und unter den fehlenden Perspektiven für eine Neuordnung der Gesellschaft krankt. Die Arbeiter\*innen und die Völker haben die Mittel, die Eskalation der Kriege zu verhindern, indem sie eine internationale Solidarität aufbauen gegen alle Kriegstreiber, die multinationalen Konzerne und die ihnen



dienenden Staaten. Und indem sie ihre gemeinsamen Interessen über Grenzen hinweg durchsetzen, die sehr wohl auch zwischen den Völkern der Ukraine und Russlands, zwischen den ukrainischen Flüchtlingen und den Flüchtlingen und Migrant\*innen auf der ganzen Welt bestehen. Es ist ihre Aufgabe, Putin zu stürzen, und nur sie sind in der Lage, eine fortschrittliche Perspektive zu eröffnen.

Wir wissen nicht, welche Form die Protestbewegungen gegen den Krieg, gegen Elend und Ungleichheit, gegen die Diktatur des hemmungslosen Profitstrebens auf Kosten der Menschen und der Natur annehmen werden. Aber die Europäische Union, die von den USA und der von ihr dominierten NATO in die Kriegsvorbereitung eingespannt werden soll – unter Ausnutzung des natürlichen Mitgefühls für die angegriffene ukrainische Bevölkerung – wird wahrscheinlich ein Schauplatz für solche Kämpfe sein, so wie in Griechenland zur Zeit der Wirtschaftskrise 2008/09 und der Schuldenkrise nach 2011. Dabei können Verknüpfungen zwischen den sozialen Bewegungen verschiedener Länder entstehen, die über ihren eigenen Staat hinaus mit den Instanzen der Europäischen Union und der EZB im Widerstreit stehen – was ein Meilenstein für die Wiedergeburt einer internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung wäre.

Der Kampf für den Frieden ist untrennbar mit der Perspektive verbunden, den Kapitalismus auf internationaler Ebene zu stürzen und die parasitäre Finanzoligarchie, die die Welt und die Menschheit in den Untergang treibt, zu entmachten.

Ein demokratisches Europa, ein Europa des Friedens, das Europa der Arbeiter\*innen wird ein unverzichtbarer Hebel dafür sein. Uns an diesem Kampf voll und ganz zu beteiligen und die Kräfte zu vereinen, die diese Ziele teilen, das muss im Zentrum unserer Solidarität mit den Menschen in der Ukraine und in Russland stehen.

■ Übersetzung: MiWe

1 s. den Artikel von C. Serfati in dieser Ausgabe

# BEI EINER MILITÄRISCHEN ESKALATION DER USA GEGEN RUSSLAND GÄBE ES KEINE SIEGER

Russlands Invasion in der Ukraine hat einen Großteil der Welt überrascht. Sie war ein unprovokierter und ungerechtfertigter Angriff, der als eines der größten Kriegsverbrechen des 21. Jahrhunderts in die Geschichte eingehen wird, sagt **Noam Chomsky** im folgenden Exklusivinterview für *Truthout*.

*Politische Betrachtungen, wie der russische Präsident Wladimir Putin sie anführt, können nicht als Argumente gelten, um eine Invasion gegen eine souveräne Nation zu rechtfertigen. Angesichts dieser schrecklichen Invasion müssen die USA jedoch dringend Diplomatie statt militärischer Eskalation wählen, da letztere ein „Todesurteil für unsere Spezies wäre, bei der es keinen Sieger gibt“, so Chomsky.*

*Noam Chomsky gilt international als einer der wichtigsten Intellektuellen unserer Zeit. Seine intellektuelle Größe wurde mit der von Galileo, Newton und Descartes verglichen, da seine Arbeit einen enormen Einfluss auf eine Vielzahl von Bereichen der wissenschaftlichen und wissenschaftlichen Forschung hatte, darunter Linguistik, Logik und Mathematik, Informatik,*

*Psychologie, Medienwissenschaft, Philosophie, Politik und internationale Angelegenheiten. Er ist Autor von rund 150 Büchern und Träger zahlreicher hoch angesehener Auszeichnungen, darunter des Sydney Peace Prize und des Kyoto Prize (Japans Gegenstück zum Nobelpreis), sowie von Dutzenden von Ehrendokortiteln der renommiertesten Universitäten der Welt. Chomsky ist emeritierter Professor am MIT und derzeit Laureat-Professor an der University of Arizona. Redaktion Truthout.*

**C.J. Polychroniou: Noam, Russlands Invasion in die Ukraine hat die meisten Menschen überrascht und zu weltweitem Entsetzen geführt, obwohl es viele Anzeichen dafür gab, dass Putin ziemlich verärgert war über die NATO-Osterweiterung und Washingtons Weigerung, seine „rote Linie“ bei Sicherheitsforderungen bezüglich der Ukraine ernst zu nehmen. Warum hat er sich Deiner Meinung nach entschieden, gerade jetzt eine Invasion zu starten?**

**Noam Chomsky:** Bevor wir uns der Frage zuwenden, sollten wir einige unbestreitbare Tatsachen klären. Die wichtigste ist, dass die russische Invasion in der Ukraine ein schweres Kriegsverbrechen ist, neben der US-Invasion im Irak und der Hitler-Stalin-Invasion in Polen im September 1939, um nur zwei herausragende Beispiele zu nennen. Es ist immer sinnvoll, Erklärungen zu suchen, aber es gibt keine Rechtfertigung, keine Entschuldigung.

Wenden wir uns nun der eigentlichen Frage zu. Es gibt viele vor Selbstsicherheit strotzende Spekulationen über Putins Verstand. Die übliche Version ist, dass er in paranoide Fantasien verstrickt sei, allein handele, umgeben sei von unterwürfigen Höflingen der Art, wie wir sie hier [in den USA, d. Üb.] von den Überresten der Republikanischen Partei kennen, die bis ans Ende der Welt laufen würden, um den Segen ihres Führers zu empfangen.

Diese Flut von Schmähungen mag zutreffend sein, aber vielleicht kommen noch andere Erklärungen in Betracht. Vielleicht hat Putin genau das gemeint, was er und seine Gefährten seit Jahren laut und deutlich sagen. Zum Beispiel: „Da Putins Hauptforderung die Zusage ist, dass die NATO keine weiteren Mitglieder aufnehmen wird und insbesondere nicht die Ukraine oder Georgien, hätte es keine Grundlage für die gegenwärtige Krise gegeben, wenn

es keine Erweiterung nach dem Ende des Kalten Krieges gegeben hätte oder die Erweiterung im Einklang mit dem Aufbau einer Sicherheitsstruktur in Europa stattgefunden hätte, die Russland einschließt.“<sup>1</sup> Der Autor dieser Worte ist der ehemalige US-Botschafter in Russland, Jack Matlock, einer der wenigen ernsthaften Russland-Spezialisten im diplomatischen Korps der USA; er schrieb dies kurz vor der Invasion. Er kommt weiter zu dem Schluss, dass die Krise „durch Anwendung gesunden Menschenverstandes leicht gelöst werden könnte ... Nach allen Maßstäben des gesunden Menschenverstandes liegt es im Interesse der Vereinigten Staaten, Frieden zu fördern, nicht Konflikte. Der Versuch, die Ukraine vom russischen Einfluss zu lösen – das erklärte Ziel derer, die für die „farbigen Revolutionen“ agitierten – war ein dummes und gefährliches Unterfangen. Haben wir die Lehren aus der Kubakrise so schnell vergessen?“

Matlock ist mit seiner Meinung nicht allein.<sup>2</sup> CIA-Chef William Burns, ein weiterer der wenigen wirklichen Russland-Spezialisten, kommt in seinen Memoiren zu den gleichen Schlussfolgerungen über die tiefer liegenden Probleme. Die noch stärkere Position [des Diplomaten] George Kennan wurde mit etwas Verzögerung häufig zitiert und vom ehemaligen Verteidigungsminister William Perry und außerhalb der diplomatischen Reihen von dem bekannten Gelehrten für internationale Beziehungen John Mearsheimer und zahlreichen anderen Persönlichkeiten unterstützt, die zweifelsfrei der politischen Mitte zuzuordnen sind.<sup>3</sup>

Nichts davon ist geheimnisvoll. Interne US-Dokumente, die von *WikiLeaks* veröffentlicht wurden, enthüllen, dass das leichtsinnige Angebot von Bush II an die Ukraine, der NATO beizutreten, sofortige scharfe Warnungen Russlands hervorrief, dass die expandierende militärische Bedrohung nicht toleriert werden könne.<sup>4</sup> Verständlicherweise.

Wir könnten nebenbei auf die seltsame Vorstellung von „der Linken“ hinweisen, die regelmäßig in der Verurteilung „der Linken“ wegen angeblich unzureichender Skepsis gegenüber der „Kreml-Linie“ auftaucht.

Tatsache ist, ehrlich gesagt, dass wir nicht wissen, warum die Entscheidung getroffen wurde, auch nicht, ob sie von Putin allein oder vom russischen Sicherheitsrat getroffen wurde, in dem er die führende Rolle spielt. Es gibt jedoch einige Dinge, die wir mit ziemlicher Sicherheit wissen, einschließlich der von den gerade Genannten, die innerhalb des Planungssystems an hohen Stellen saßen, eingehend überprüften Abläufe. Kurz gesagt braut sich die Krise seit 25 Jahren zusammen, als die USA russische Sicherheitsbedenken verächtlich zurückwies, insbesondere ihre klaren roten Linien: Georgien und ausdrücklich die Ukraine.

Es gibt guten Grund zu der Annahme, dass diese Tragödie bis zur letzten Minute hätte vermieden werden können. Wir haben es schon häufiger gesagt. Darüber, warum Putin gerade jetzt die kriminelle Aggression gestartet hat, können wir beliebig spekulieren. Aber der unmittelbare Hintergrund ist nicht geheimnisvoll – er wird verschwiegen, aber nicht bestritten.

Es ist leicht zu verstehen, warum diejenigen, die unter einem Verbrechen leiden, es als inakzeptable Nachsicht betrachten, nachzuforschen, warum es passiert ist und ob es hätte vermieden werden können. Verständlich, aber falsch. Wenn wir auf die Tragödie auf eine Weise reagieren wollen, die den Opfern hilft, und sich abzeichnende, noch schlimmere Katastrophen abwendet, ist es klug und notwendig, so viel wie möglich darüber zu erfahren, was schiefgelaufen ist und wie der Verlauf hätte korrigiert werden können. Heroische Gesten mögen befriedigend sein. Sie sind nicht hilfreich.

Wie häufig zuvor werde ich an eine Lektion erinnert, die ich vor langer Zeit gelernt habe. Ende der 1960er Jahre nahm ich an einem Treffen in Europa mit einigen Vertreter\*innen der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams („Vietcong“ im US-Sprachgebrauch) teil. Es war während der kurzen Zeit intensiver Opposition gegen die entsetzlichen US-Verbrechen in Indochina. Einige junge Leute waren so wütend, dass sie das Gefühl hatten, dass nur eine gewalttätige Reaktion eine angemessene Antwort auf die sich entfaltenden Ungeheuerlichkeiten wäre: Einschlagen von Fenstern in den Hauptstraßen, Bomben auf ROTC-Zentren [zur Rekrutierung und Ausbildung von Offizieren an den Universitäten – d. Üb.]. Alles darunter käme einer Mitschuld an schrecklichen Verbrechen gleich. Die Vietnames\*innen sahen das ganz anders. Sie widersetzten sich entschieden allen derartigen Maßnahmen. Sie stellten ihr Modell eines wirkungsvollen Protestes vor: ein paar Frauen, die im stillen Gebet an den Gräbern von in Vietnam getöteten US-Soldaten stehen. Sie interessierten sich nicht dafür, wie man amerikanischen Kriegsgegner\*innen dazu verhilft, sich gerecht und ehrenhaft zu fühlen. Sie wollten überleben.

Es ist eine Lektion, die ich oft in der einen oder anderen Form von Opfern abscheulichen Leidens im Globalen Süden gehört habe, dem Hauptziel imperialer Gewalt. Eine, die wir uns zu Herzen nehmen sollten, angepasst an die jeweiligen Umstände. Heute bedeutet dies, sich zu bemühen, zu verstehen, warum sich diese Tragödie ereignet hat und was hätte getan werden können, um sie abzuwenden, und diese Lehren auf das anzuwenden, was als Nächstes kommt.

Die Frage geht sehr in die Tiefe. Es ist keine Zeit, diese äußerst wichtige Angelegenheit hier tiefer zu behandeln, aber immer wieder bestand die Reaktion auf reale oder eingebildete Krisen darin, nach dem Revolver statt nach dem Ölzug zu greifen. Es ist fast ein Reflex und die Folgen sind meist schrecklich – für die üblichen Opfer. Es lohnt sich immer, zu versuchen, die wahrscheinlichen Folgen von Handeln oder Nichthandeln zu verstehen und ein oder zwei Schritte vorauszudenken. Natürlich sind es Binsenweisheiten, aber es lohnt sich, sie zu wiederholen, weil sie in Zeiten berechtigter Leidenschaft so leicht abgetan werden.

Die Optionen, die nach der Invasion verbleiben, sind düster. Das kleinste Übel wäre die Unterstützung für die noch bestehenden diplomatischen Optionen, in der Hoffnung, ein Ergebnis zu erreichen, das nicht allzu weit von dem entfernt ist, was vor ein paar Tagen sehr wahrscheinlich erreichbar war: Neutralisierung der Ukraine nach österreichischem Vorbild, eine Art Minsk-II-Föderalismus im Inneren. Jetzt viel schwerer zu erreichen. Und (notwendigerweise) mit einem Rückzugsweg für Putin, oder die Ergebnisse werden für die Ukraine und alle anderen noch schlimmer sein, vielleicht fast unvorstellbar.

Weit entfernt von der Gerechtigkeit. Aber wann hätte sich Gerechtigkeit in internationalen Angelegenheiten je durchgesetzt? Müssen wir die erschreckende Bilanz wirklich noch einmal durchgehen?

Ob es uns gefällt oder nicht, die Alternativen sind jetzt auf das eine oder andere hässliche Ergebnis reduziert, das Putin für seinen Aggressionsakt eher belohnt als bestraft – oder die realistische Möglichkeit eines allerletzten Kriegs. Es mag sich befriedigend anfühlen, den Bären in eine Ecke zu treiben, aus der er verzweifelt herausschlägt – so gut er kann. Aber es ist kaum weise.

In der Zwischenzeit sollten wir alles in unserer Macht stehende tun, um diejenigen sinnvoll zu unterstützen, die ihr Heimatland tapfer gegen grausame Angreifer verteidigen, diejenigen, die den Schrecken entkommen, und die Tausende von mutigen Russ\*innen, die unter großem persönlichen Risiko öffentlich die Verbrechen ihres Staates kritisieren, was für uns alle beispielhaft ist.

Und wir sollten auch versuchen, Wege zu finden, um einer viel umfassenderen Klasse von Opfern zu helfen: dem gesamten Leben auf der Erde. Diese Katastrophe ereignete sich zu einem Zeitpunkt, an dem alle Großmächte, ja wir alle, zusammenarbeiten müssen, um die große Geißel der Umweltzerstörung zu kontrollieren, die bereits einen grausamen Tribut fordert, wobei noch viel Schlimmeres bevorsteht, wenn nicht sehr schnell große Anstrengungen

unternommen werden. Um das Offensichtliche deutlich zu machen, hat das IPCC gerade den neuesten und bei weitem bedrohlichsten seiner regelmäßigen Sachstandsberichte veröffentlicht, die zeigen, wie wir auf eine Katastrophe zusteuern.<sup>5</sup>

Inzwischen werden die notwendigen Maßnahmen blockiert, ja sogar ins Gegenteil verkehrt, da dringend benötigte Ressourcen der Zerstörung zugeführt werden und die Welt nun auf dem Weg ist, die Nutzung fossiler Brennstoffe, einschließlich des gefährlichsten und bequemsten unter ihnen, der Kohle, auszuweiten.

Ein groteskeres Zusammentreffen könnte auch ein böswilliger Dämon kaum erfinden. Es kann nicht ignoriert werden. Jeder Augenblick zählt.

**Die russische Invasion verstößt eindeutig gegen Artikel 2 Absatz 4 der UN-Charta, der die Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Integrität eines anderen Staates verbietet. Putin versuchte jedoch, die Invasion während seiner Rede am 24. Februar juristisch zu rechtfertigen, und Russland führt Kosovo, Irak, Libyen und Syrien als Beweis dafür an, dass die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten immer wieder das Völkerrecht verletzt haben. Kannst Du Dich zu Putins juristischen Rechtfertigungen für die Invasion der Ukraine und zum Status des Völkerrechts in der Zeit nach dem Kalten Krieg äußern?**

Zu Putins Versuch, seine Aggression juristisch zu rechtfertigen, gibt es nichts zu sagen. Das hält einer Überprüfung nicht stand.

Natürlich ist es richtig, dass die USA und ihre Verbündeten das Völkerrecht verletzen, ohne auch nur mit der Wimper zu zucken, aber das ist keine Entschuldigung für Putins Verbrechen. Kosovo, Irak und Libyen hatten jedoch direkte Auswirkungen auf den Konflikt um die Ukraine.

Die Irak-Invasion war ein Lehrbuchbeispiel für die Verbrechen, für die Nazis in Nürnberg gehängt wurden: reine, unprovokierte Aggression. Und ein Schlag ins Gesicht Russlands.

Im Falle des Kosovo wurde die NATO-Aggression (d. h. die US-Aggression) als „rechtswidrig aber gerechtfertigt“ bewertet (beispielsweise von der Internationalen Kosovo-Kommission unter dem Vorsitz von Richard Goldstone), weil die Bombardierung durchgeführt wurde, um die ständigen Gräueltaten zu beenden. Für eine solche Bewertung muss man aber die Chronologie umkehren. Die Beweise sind überwältigend, dass die Flut von Gräueltaten die Folge der

Invasion war: vorhersehbar, vorhergesagt, erwartet. Darüber hinaus standen diplomatische Optionen zur Verfügung, die jedoch wie üblich zugunsten von Gewalt ignoriert wurden.<sup>6</sup>

Hohe US-Beamte bestätigen, dass es in erster Linie die (unangekündigte) Bombardierung des russischen Verbündeten Serbien war, die die russischen Bemühungen umkehrte, mit den USA irgendwie zusammenzuarbeiten, um nach dem Kalten Krieg eine europäische Sicherheitsordnung aufzubauen, eine Umkehr, die mit der Invasion in den Irak und der Bombardierung Libyens beschleunigt wurde, nachdem Russland zugestimmt hatte, kein Veto gegen eine Resolution des UN-Sicherheitsrates einzulegen, gegen die die NATO sofort verstoßen hat.

Ereignisse haben Folgen; doch Tatsachen können innerhalb eines dogmatischen Systems ausgeblendet werden.

Der Status des Völkerrechts hat sich in der Zeit nach dem Kalten Krieg nicht geändert, nicht einmal in Worten, geschweige denn in Taten. Präsident Clinton machte deutlich, dass die USA nicht die Absicht hatten, sich daran zu halten. Die Clinton-Doktrin erklärte, dass sich die USA das Recht vorbehalten, „wenn nötig einseitig“ zu handeln, einschließlich des „einseitigen Einsatzes militärischer Macht“, um so lebenswichtige Interessen wie „die Gewährleistung des ungehinderten Zugangs zu Schlüsselmärkten, Energieversorgung und strategischen Ressourcen“ zu verteidigen. Ebenso seine Nachfolger und alle anderen, die ungestraft gegen das Gesetz verstoßen können.

Das soll nicht heißen, dass das Völkerrecht wertlos ist. Es hat einen weiten Anwendungsbereich und ist in mancher Hinsicht ein nützlicher Standard.

**Das Ziel der russischen Invasion scheint darin zu bestehen, die Selenskyj-Regierung zu stürzen und an ihrer Stelle eine pro-russische zu installieren. Unabhängig davon, was passiert, handelte sich die Ukraine jedoch eine beängstigende Zukunft ein mit ihrer Entscheidung, eine Spielfigur in Washingtons geostrategischen Spielen zu werden. Wie wahrscheinlich ist es in diesem Zusammenhang, dass Wirtschaftssanktionen Russland dazu veranlassen werden, seine Haltung gegenüber der Ukraine zu ändern? Oder zielen die Wirtschaftssanktionen auf etwas Größeres ab, wie etwa die Untergrabung von Putins Kontrolle in Russland und in den Beziehungen zu Ländern wie Kuba, Venezuela und möglicherweise sogar China selbst?**

Die Ukraine hat vielleicht nicht die vernünftigsten Entscheidungen getroffen, aber sie hatte nicht die Möglichkei-

ten, die den imperialen Staaten zur Verfügung stehen. Ich vermute, dass die Sanktionen Russland in eine noch größere Abhängigkeit von China treiben werden. Ohne ernsthafte Kursänderung bleibt Russland ein kleptokratischer Petrostaat, der sich auf eine Ressource verlässt, aus der wir schnell aussteigen müssen, wenn wir nicht alle untergehen wollen. Es ist nicht klar, ob sein Finanzsystem einen scharfen Angriff durch Sanktionen oder andere Mittel überstehen kann.<sup>7</sup> Ein Grund mehr, einen Rückzugsweg mit Wahrung des Gesichts anzubieten.

**Westliche Regierungen, die großen Oppositionsparteien einschließlich der Labour Party in Großbritannien und bürgerliche Medien haben gleichermaßen eine chauvinistische, antirussische Kampagne gestartet. Zu deren Zielen gehören nicht nur Russlands Oligarchen, sondern auch Musiker, Dirigenten und Sänger und sogar Fußballbesitzer wie Roman Abramovich vom FC Chelsea. Russland wurde nach der Invasion sogar von der Eurovision 2022 ausgeschlossen. Gewiss haben die bürgerlichen Medien und die internationale Gemeinschaft im Allgemeinen gegenüber den USA nach ihrer Invasion und anschließenden Zerstörung des Iraks die gleiche Reaktion gezeigt – oder etwa nicht?**

Ironische Kommentare sind durchaus angebracht. Und wir können so weitermachen, wie es uns nur allzu vertraut ist.

**Wird die Invasion eine neue Ära anhaltender Auseinandersetzungen zwischen Russland (möglicherweise im Bündnis mit China) und dem Westen einleiten?**

Es ist schwer zu sagen, wohin die Asche fallen wird – und es könnte sich erweisen, dass es sich dabei nicht nur um eine Metapher handelt. Bisher bleibt China gelassen und wird wahrscheinlich versuchen, sein umfangreiches Programm zur wirtschaftlichen Integration eines Großteils der Welt in sein expandierendes globales System weiterzuverfolgen, so wie es vor einigen Wochen Argentinien in seine „Neue Seidenstraße“-Initiative aufgenommen hat, während es zuseht, wie seine Rivalen sich selbst zerstören.<sup>8</sup>

Wie bereits gesagt, wäre ein Schlagabtausch das Todesurteil für unsere Spezies, ohne Sieger. Wir befinden uns an einem entscheidenden Punkt in der Menschheitsgeschichte. Das kann nicht geleugnet werden. Das kann nicht ignoriert werden.

Quelle: <https://truthout.org/articles/noam-chomsky-us-military-escalation-against-russia-would-have-no-victors/>  
Das Interview wurde geführt von C.J. Polychroniou und ist

das erste einer ganzen Serie. Übersetzung und Wiedergabe mit freundlicher Genehmigung der Redaktion *Truthout*.  
Copyright: *Truthout*.

■ *Übersetzung aus dem Englischen: Björn Mertens*

**C.J. Polychroniou** ist Politikwissenschaftler/Politologe, Autor und Journalist, der an zahlreichen Universitäten und Forschungszentren in Europa und den USA gelehrt und gearbeitet hat. Derzeit sind seine Forschungsschwerpunkte Politik und politische Ökonomie der Vereinigten Staaten, die europäischen Wirtschaftsintegration, Globalisierung, Klimawandel und Umweltökonomie sowie die Analyse des politisch-ökonomischen Projekts des Neoliberalismus. Er ist regelmäßiger Mitwirkender von *Truthout* und Mitglied des „Public Intellectual Project“ von *Truthout*. Er hat Dutzende von Büchern und über 1000 Artikel veröffentlicht, die in einer Vielzahl von Zeitschriften, Zeitungen und Nachrichten-Websites erschienen sind. Viele seiner Veröffentlichungen wurden in viele verschiedene Sprachen übersetzt, darunter Arabisch, Chinesisch, Kroatisch, Niederländisch, Französisch, Deutsch, Griechisch, Italienisch, Japanisch, Portugiesisch, Russisch, Spanisch und Türkisch. Seine jüngsten Bücher sind *Optimism Over Despair: Noam Chomsky On Capitalism, Empire, and Social Change* (2017); *Climate Crisis and the Global Green New Deal: The Political Economy of Saving the Planet* (mit Noam Chomsky und Robert Pollin als Hauptautoren, 2020); *The Precipice: Neoliberalism, the Pandemic, and the Urgent Need for Radical Change* (eine Anthologie von Interviews mit Noam Chomsky, 2021); und *Economics and the Left: Interviews with Progressive Economists* (2021).

1 <http://www.defenddemocracy.press/acura-viewpoint-jack-f-matlock-jr-todays-crisis-over-ukraine/>

2 <http://www.defenddemocracy.press/bidens-cia-director-doesnt-believe-bidens-story-about-ukraine/>

3 <https://www.mearsheimer.com/wp-content/uploads/2019/06/Why-the-Ukraine-Crisis-Is.pdf>

4 [https://wikileaks.org/plusd/cables/08MOSCOW265\\_a.html](https://wikileaks.org/plusd/cables/08MOSCOW265_a.html)

5 [https://www.washingtonpost.com/climate-environment/2022/02/28/ipcc-united-nations-climate-change-adaptation/?utm\\_campaign=wp\\_post\\_most&utm\\_medium=email&utm\\_source=newsletter&wpisrc=n1\\_most&carta-url=https%3A%2F%2Fs2.washingtonpost.com%2Fcar-ln-tr%2F362f1af%2F621cfc69d2fda34e7b0f74f%2F5977f250ae7e8a6816e8c2a1%2F12%2F72%2F621cfc69d2fda34e7b0f74f](https://www.washingtonpost.com/climate-environment/2022/02/28/ipcc-united-nations-climate-change-adaptation/?utm_campaign=wp_post_most&utm_medium=email&utm_source=newsletter&wpisrc=n1_most&carta-url=https%3A%2F%2Fs2.washingtonpost.com%2Fcar-ln-tr%2F362f1af%2F621cfc69d2fda34e7b0f74f%2F5977f250ae7e8a6816e8c2a1%2F12%2F72%2F621cfc69d2fda34e7b0f74f)

6 [https://www.abebooks.com/New-Generation-Draws-Line-Kosovo-East/30928511625/bd?cm\\_mmc=ggl-\\_-US\\_Shopp\\_Trade0to10-\\_-product\\_id=COM9781612050744USED-\\_-keyword=&gclid=Cj0KCQiA3-yQBhD3ARIsAHuHT65PV\\_Ga4SJ7xubwdXie7J6aSSy2cBjG9zI9Hyd4EMOdCXRpbL-QUAgUaAkWoEALw\\_wcB](https://www.abebooks.com/New-Generation-Draws-Line-Kosovo-East/30928511625/bd?cm_mmc=ggl-_-US_Shopp_Trade0to10-_-product_id=COM9781612050744USED-_-keyword=&gclid=Cj0KCQiA3-yQBhD3ARIsAHuHT65PV_Ga4SJ7xubwdXie7J6aSSy2cBjG9zI9Hyd4EMOdCXRpbL-QUAgUaAkWoEALw_wcB)

7 <https://www.ft.com/content/f7148532-36cd-4683-8f1b-ea79428488c4?segmentId=b0d7e653-3467-12ab-c0f0-77e4424cdb4c>

8 <https://thediplomat.com/2022/02/argentina-joins-chinas-belt-and-road/>

# WAFFENSTILL- STAND SOFORT!

Russische Armee raus aus der Ukraine! Die Kriegstreiber in Ost und West stoppen! Nein zu Krieg und Aufrüstung! **Koordination der ISO**

## Vorbemerkung

*Der Überfall russischer Streitkräfte auf die Ukraine bewegt Menschen weltweit. Diskussionen jeder Art entzündeten sich an diesem Krieg. In der veröffentlichten Meinung der kapitalistischen Staaten, in der politischen Linken, in den Friedensbewegungen, in Gewerkschaften und Parteien: Überall versuchen die Menschen die neue Situation zu verstehen. Auch in der ISO diskutieren wir lebhaft und engagiert miteinander.*

*Wir veröffentlichen deshalb in unregelmäßigen Abständen Erklärungen zum Krieg in der Ukraine. Wir sind – wie viele andere auch – in einem Prozess der Meinungsbildung. Wir verfügen über einen großen Vorrat an Erkenntnissen aus der Geschichte und der Geschichte unserer eigenen Strömung, aber wie immer sind dies keine unumstößlichen Weisheiten, die für alle Zeit in Stein gemeißelt sind. Die Lehren aus der Geschichte müssen jedes Mal neu auf die Wirklichkeit angewendet werden.*

*Dieser Herausforderung stellen wir uns, und dies spiegelt sich auch in einer laufenden Aktualisierung unserer Erklärungen wider.*

## Nein zum Überfall des Putin-Regimes auf die Ukraine

Der verbrecherische Überfall der russischen Kriegsmacht auf die Ukraine ist eine humanitäre Katastrophe. Tausende Menschen sind schon jetzt ermordet worden, Zehntausende verwundet, Millionen sind traumatisiert und auf der Flucht. Außer militärischen werden vermehrt auch zivile Objekte angegriffen und zerstört. Nur knapp ist bisher eine atomare Katastrophe verhindert worden. Ein Ende der Kriegsgräuel ist nicht in Sicht.

Von Carl von Clausewitz stammt der berühmte Satz: „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“ Für den Krieg in der Ukraine gilt: „Dieser Krieg ist die Fortsetzung der imperialen Klassenpolitik der Herrschenden Russlands mit anderen Mitteln.“

Putin ist der „starke Mann“ des russischen Oligarchenkapitalismus. Das strategische Ziel der Herrschenden

in Russland ist die Ausweitung ihres Einflusses. Putin setzt die Politik des Zarenreichs und der Diktatur Stalins gegenüber Nachbarstaaten Russlands fort. Deshalb propagiert Putin einen großrussischen Chauvinismus. Zudem wird auch in Russland selbst und in den von Russland abhängigen Staaten, wie vor wenigen Wochen in Kasachstan, jede Art von Protest, Opposition, Streik und Massenbewegung brutal unterdrückt.

Unsere Haltung zum Ukraine-Krieg ist eindeutig. Wir verurteilen ihn als menschenverachtenden Akt des kapitalistisch-oligarchischen Putin-Regimes. Wir sind für den umgehenden Abzug der russischen Armee aus der Ukraine.

Wir verteidigen das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine und der dort lebenden Völker. Die Ukrainer\*innen haben das Recht, sich gegen den Überfall zu verteidigen. Wir sind für uneingeschränkte humanitäre Hilfe für alle Opfer des Krieges und die Aufnahme aller Flüchtlinge.

Wir sind insbesondere mit den Kräften in der Ukraine solidarisch, die sich gegen Putins Überfall stellen, die die Menschen- und Grundrechte verteidigen und die gegen die Ausplünderung ihres Landes kämpfen.

Natürlich stehen wir auch auf der Seite der mutigen Antikriegsproteste in Russland und verurteilen die Verhaftungen und weitergehende Repression.

Weitere Waffenlieferungen und Aufrüstung werden den Krieg nicht beenden – im Gegenteil. Wir beteiligen uns deshalb aktiv an antimilitaristischen Protesten und treten für ihre Ausweitung ein.

Millionen von Menschen in aller Welt sind auf den Straßen gegen die Geißel der Menschheit, gegen die Schrecken des Krieges. Zurecht! Tod, Elend, Vertreibung, Flucht treffen in jedem Krieg die normalen Menschen. Die Verantwortlichen, die Befehlshaber und Profiteure des Krieges sitzen weit ab in Sicherheit.

Der imperialistische Krieg des Putin-Regimes gegen die Ukraine ist für die NATO und alle militaristischen Kräfte ein willkommenes Geschenk. Insbesondere in Deutschland hat dies dazu beigetragen, dass die pazifistische Grundstimmung derzeit in eine beachtliche Unterstützung für den Aufrüstungskurs der Bundesregierung gekippt ist.

## Gegen Aufrüstung und Krieg

Im Jahr 2020 betrug laut dem schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI die weltweiten Militärausgaben rund zwei Billionen US-Dollar. Die der NATO-Staaten Deutschland, Britannien und Frankreich beliefen sich im selben Jahr auf rund 165 Milliarden Dollar und die der USA auf 778 Milliarden. In der

Summe wären dies das Fünfzehnfache der russischen Rüstungsausgaben.

SIPRI zufolge hatte Deutschland bereits 2020 mit 52,8 Milliarden Dollar den siebtgrößten Rüstungsetat der Welt. Die BRD gab damit „nur“ 8,9 Milliarden weniger als Russland (62 Milliarden Dollar) aus. Die deutschen Militärausgaben stiegen in den letzten zehn Jahren um 28 Prozent.

Mit den globalen Militärausgaben könnten weltweit der Hunger beseitigt, Pandemien bekämpft, die Klimakatastrophe abgewehrt und Bildung für alle finanziert werden. Kriege um Macht und Einfluss der Herrschenden fordern von den arbeitenden Klassen sinnlose Opfer, ob als uniformiertes Kanonenfutter oder als ziviles Bombenopfer.

Bundeskanzler Scholz schwadronierte jüngst im Bundestag von einer „Zeitenwende“. Mit seinem Coup leitete er die Wende zu noch massiverer Aufrüstung und Umverteilung von unten nach oben ein. Zusätzlich zu einem im Grundgesetz zu verankernden „Sondervermögen“ von 100 Milliarden Euro sollen jährlich mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Bundeswehr zur Verfügung gestellt werden. Der „Verteidigungshaushalt“ von 52,8 Milliarden US-Dollar (2020) stiege damit auf über 70 Milliarden pro Jahr.

Die Steigerung der Rüstungsausgaben wird diesen Krieg weder beenden noch verkürzen. Allerdings sind die Aktienkurse der deutschen Rüstungskonzerne in wenigen Tagen um bis zu 89 Prozent gestiegen. Und bezeichnenderweise sieht die Bundesregierung bisher dem hemmungslosen Treiben der Kriegsgewinnler (Öl-, Energie-, Chemie-, Rüstungskonzerne ...) tatenlos zu.

Die Herrschenden haben nicht nur in Deutschland einen massiven Wirtschaftskrieg gegen Russland begonnen. Dieses Vorgehen wird verharmlosend „Sanktionen“ genannt. Aber wird es durch diese Sanktionen für das Putin-Regime unmöglich, den Krieg weiter zu finanzieren? Das Geld, das in Steueroasen geparkt ist, hat keinen Pass auf dem „Russisch“ steht. Die Aktienpakete und Investmentfonds kennen kein „Vaterland“. Die Oligarchen Russlands sind auf Engste verschmolzen mit den Konzernen und Milliardären überall auf der Welt.

### Was tun?

Demos sind gut, aber nicht ausreichend. Warum sollten wir keine Friedenspausen in Betrieben, Schulen und Unis gegen den Ukraine-Krieg und gegen die Aufrüstung organisieren?

Es ist dringend erforderlich eine breite, internationale Bewegung gegen den Krieg in der Ukraine und gegen alle Kriegstreiber aufzubauen.

Heute steht das Ende des Krieges in der Ukraine im Vordergrund. Darüber hinaus sehen wir als internationale Sozialist:innen, dass es in einem sich verschärfenden Konflikt Russland – NATO keine gerechte Seite gibt.

Unsere Perspektive ist eine andere. Wir sind für:

- die sofortige Beendigung des russischen Angriffs auf die Ukraine
- den Rückzug der russischen Armee aus der Ukraine und ihren Grenzgebieten sowie der NATO-Truppen aus Osteuropa
- uneingeschränkte humanitäre Unterstützung der Zivilbevölkerung und die demokratisch kontrollierte Verteilung von Hilfsgütern
- die entschädigungslose Enteignung der Auslandsvermögen vor allem der russischen aber auch der ukrainischen Oligarchen, um damit die humanitäre Hilfe für alle Kriegsoffer zu bezahlen
- die politisch uneingeschränkte Unterstützung aller, die in Russland für ein Ende des Krieges und für die Einhaltung der Menschen- und Grundrechte eintreten
- die äußerst wichtige Solidarität mit den sozialen, demokratischen und sozialistischen Kräften in Russland und der Ukraine
- die Aufnahme aller Flüchtenden aus der Ukraine und einen sofortigen Stopp der ungleichen Behandlung anderer Flüchtender – gleiche Rechte für Alle
- unkomplizierte Aufnahme von Flüchtenden aus Russland und desertierender Soldaten
- die Unterstützung aller, die sich dem Krieg entziehen durch Flucht, Kriegsdienstverweigerung und Desertion
- die Vernichtung aller Atomwaffen und die Stilllegung aller Atomkraftanlagen
- den Rückzug aller deutschen Truppen aus dem Ausland
- den Stopp der weiteren Aufrüstung der Bundeswehr
- die Umwandlung des 100 Milliarden Euro umfassenden „Sondervermögens“ und des jährlichen Rüstungsbudgets von 70 Milliarden Euro in einen demokratisch kontrollierten öffentlichen Fonds für alternative Friedenssicherung, soziale Verteidigung, Bildung, Gesundheit und Klimaschutz
- die Vergesellschaftung und den Umbau der Rüstungsindustrie sowie für den Einzug der Extraprofite der

Kriegsgewinnler (Rüstungs-, Öl-, Gas- und Stromkonzerne ...) und ihre demokratisch kontrollierte Umverteilung für soziale und ökologische Zwecke

■ den Austritt Deutschlands aus der NATO und deren Auflösung

■ internationale Klassensolidarität gegen die „Oligarchen“ überall auf der Welt!

Wir wissen, dass diese und mögliche andere Forderungen nur durch eine starke und gut vernetzte antimilitaristische soziale Bewegung sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene durchzusetzen ist. Wir wissen auch, dass es dafür einer massiven Stärkung von organisierter und organisierender Gegenmacht der arbeitenden Klasse bedarf. Dafür setzen wir uns gemeinsam mit anderen ein.

Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!

27. März 2022

# AUCH FÜR AFRIKA EINE KATASTROPHE

Der Einmarsch von Putins Armee in die Ukraine wird Auswirkungen auf Afrika haben. Das größte Risiko besteht in einer Wirtschafts- und Nahrungsmittelkrise, die den Kontinent mit voller Wucht treffen könnte. Außerdem macht der Einmarsch die politischen Umbrüche sichtbar, die mit Frankreichs geschwächter Stellung in seinem afrikanischen Einflussgebiet zusammenhängen. **Paul Martial**

Laut der Website der Zeitung *Madagascar Tribune*<sup>1</sup> ist es Ende Februar im Präsidentenpalast in Anosy zu einem un-aufhörlichen Aufmarsch russischer und westlicher Diplomaten gekommen. Es ging dabei um den Versuch, Mada-

gaskar bei der Abstimmung in der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 2. März über die Verurteilung der Invasion in der Ukraine zu beeinflussen. Letztendlich schloss sich der große Inselstaat den 17 afrikanischen Ländern an, die sich der Stimme enthielten. Mali und die Zentralafrikanische Republik weigerten sich erwartungsgemäß, Russland, ihren wichtigsten militärischen Partner, zu verurteilen. Überraschender war, dass auch Senegal, Togo, Kamerun und die Republik Kongo in diesem Sinne stimmten und Burkina Faso und Guinea nicht an der Abstimmung teilnahmen. Früher standen diese Länder in Symbiose mit der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich. Die Internationale Organisation der Frankophonie (OIF), die als starker Arm der französischen Diplomatie gilt, wollte keine Stellung beziehen. Das verdeutlicht die spezielle Krise, in der sich der Trikolore-Imperialismus in Afrika befindet.

## Genug vom Westen

Die Tatsache, dass sich die Hälfte der afrikanischen Länder nicht zu einer Verurteilung Russlands entschließen konnte, zeugt von einem gewissen Ressentiment gegenüber dem Westen. Einige sprechen sogar von Rache gegenüber der NATO, die Libyen angegriffen hatte, um das Gaddafi-Regime zu zerschlagen – ein Regime, das eine zwar unverdiente, aber doch reale Popularität genoss. Die große Hilfsbereitschaft gegenüber der Ukraine macht viele zornig, denn etwas Vergleichbares kam auch bei so mörderischen Kriegen wie im Sudan, in Äthiopien oder Kamerun nie zum Tragen. Für manche ist es eine gewisse Genugtuung, einen Mann zu erleben, der sich der Macht der Europäischen Union und der USA entgegenstellt. Die skandalöse Behandlung afrikanischer und asiatischer Flüchtlinge an der ukrainischen Grenze und die unterschiedliche Behandlung von ukrainischen und anderen Flüchtlingen haben den Rassismus in Europa sichtbar gemacht. So ist ein Teil der afrikanischen Staatsführer der Stimmung ihrer Bevölkerung gefolgt, zumal viele Länder inzwischen sowohl mit Russland als auch mit den westlichen Ländern Handels- und Militärbeziehungen unterhalten oder sich darauf vorbereiten, dies zu tun.

## Wirtschaftskatastrophe im Anmarsch

Diese Vorsicht ist nachvollziehbar, denn die Wirtschaftskrise könnte den Kontinent stark treffen. Bereits jetzt finden die afrikanischen Volkswirtschaften nur schwer aus der durch Covid-19 verursachten Gesundheitskrise. Der Rückgang der weltweiten Nachfrage, der auch die Nachfrage



nach Rohstoffen gedämpft hat, der praktisch zum Erliegen gekommene Tourismus, die Schwächung der globalen Wertschöpfungsketten und der Rückgang der ausländischen Direktinvestitionen (ADI) um fast 40 Prozent haben die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der afrikanischen Länder geschwächt.

Der von Putin ausgelöste Krieg wird Auswirkungen auf alle afrikanischen Länder haben, auch wenn diese wohl unterschiedlich ausfallen. Öl- und gasproduzierende Länder wie Nigeria, Angola oder Algerien werden vom Preisanstieg profitieren, aber als große Lebensmittelimporteure könnten sie schon bald unter der Verknappung der Agrarprodukte leiden. Andere afrikanische Länder, die vor allem auf die Landwirtschaft ausgerichtet sind, werden von den extremen Preissteigerungen im Energiebereich betroffen sein. Angesichts der schlecht gefüllten Kassen der afrikanischen Staaten dürften die Auswirkungen für die Bevölkerungen auf jeden Fall heftig sein.

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) weist darauf hin, dass die Ernährungslage in mehr als dreißig afrikanischen Ländern ohnehin schon angespannt ist. Die Ursachen sind vielfältig. Einerseits handelt es sich um Konflikte wie in der Zentralafrikanischen Republik, in Niger, im Tschad, im Osten der Demokratischen Republik Kongo (DRK), in Äthiopien und im Südsudan. Andererseits führen Klimaveränderungen zu Dürren wie in Kenia, Somalia und dem Süden Madagaskars, zu sintflutartigen Regenfällen wie in Burundi, Dschibuti und Kongo oder zu Wirbelstürmen wie in Mosambik und dem Osten Madagaskars.

Das Welternährungsprogramm (WFP) hat davor gewarnt, dass im April in vielen Ländern eine angespannte Ernährungssituation herrschen werde. Nun besteht die Gefahr, dass der von Putin ausgelöste Krieg in Afrika zu einer großflächigen Hungersnot führt.

■ *Übersetzung: Alena Wehrli*

1 „Madagascar sommé de condamner l'invasion russe en Ukraine?“, madagascar-tribune.com, 1. März 2022.

## WIR BEFINDEN UNS MEHR DENN JE IM ZEITALTER DER „BEWAFFNETEN GLOBALISIERUNG“.

Interview mit **Claude Serfati**, Wirtschaftswissenschaftler und Experte für Rüstungsfragen

**Im Jahr 2020 sind die weltweiten Militärausgaben trotz der pandemiebedingten Rezession im Vergleich zu 2019 um 2,6 % angestiegen. Kannst du uns einen Überblick über dieses Thema geben?**

Nach Angaben des Internationalen Friedensforschungsinstituts SIPRI in Stockholm haben die weltweiten Militärausgaben im Jahr 2020 zwei Billionen US-Dollar erreicht, was einem Anstieg von fast 80 % (in US-Dollars, inflationsbereinigt) seit 1995 entspricht. Von diesen Steigerungen sind alle Teile der Welt betroffen. Im Jahr 2020 entfielen auf die USA fast 40 % und auf die NATO-Länder rund 60 % der weltweiten Militärausgaben.

Die Tragödie der Menschen in der Ukraine hat in der europäischen Bevölkerung verständlicherweise eine Welle der Empörung und Solidarität ausgelöst. Vor diesem Hintergrund ist die Haltung der führenden Politiker der EU-Mitgliedsstaaten noch verwerflicher, denn nicht nur die „illiberalen“ Regierungen Polens und Ungarns, sondern auch Frankreich hatten bei der Abschottung gegen Kriegsflüchtlinge aus Afrika und dem Nahen Osten eine führende Rolle gespielt.

Die Aggression des russischen Imperialismus darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es weltweit mehr als 50 bewaffnete Konflikte gibt, von denen fast die Hälfte den afrikanischen Kontinent erschüttert. Diese ‚neuen Kriege‘ sind ständige Begleiter der ‚Globalisierung‘, und die ‚entwickelten‘ Länder sind auf vielfache Art daran beteiligt:

über ihre mächtigen Industriekonzerne, die die natürlichen Ressourcen ausbeuten, über ihre großen Banken, die das Vermögen der nationalen Eliten in ihren Steuerparadiesen recyceln, durch den Verkauf von Waffen, die die Konflikte anheizen usw. Wir befinden uns mehr denn je im Zeitalter der ‚bewaffneten Globalisierung‘.

**Russlands Aggression gegen die Ukraine wird den Trend zur Militarisierung und zur Erhöhung der „Verteidigungs“-Ausgaben der NATO-Staaten verstärken.**

Die Militärbudgets der meisten NATO-Länder befanden sich bereits in den 2010er Jahren in einem Aufwärtstrend. Der Militärhaushalt der USA ist nach einem leichten Rückgang stark angestiegen: auf 616 Milliarden US-Dollar im Jahr 2019 und auf 715 im Jahr 2022. Noch vor der russischen Invasion wurden für das Jahr 2026 780 Mrd. US-Dollar prognostiziert. Die Verteidigungsbudgets der europäischen Länder belaufen sich aktuell auf insgesamt 378 Milliarden US-Dollar. Im Lauf des letzten Jahrzehnts sind sie in Westeuropa um 8,5 %, in den mitteleuropäischen Ländern um 31 % und in Osteuropa um 74 % angestiegen (Quelle: SIPRI).

**Der Fortbestand der NATO wurde trotz der Auflösung des Warschauer Pakts nicht in Frage gestellt. Zwar erklärte Macron im November 2021 die NATO de facto für „hirntot“, aber heute hat es den Anschein, dass sich alle westeuropäischen Staaten in ihren Schoß flüchten wollen. Neue US-amerikanische Truppen marschieren in Europa ein. Was soll man von Putins wiederholt geäußerten Befürchtungen halten, dass die Ausdehnung der NATO nach Osten eine Gefahr für Russland darstellt?**

Die NATO wurde 1949 als bewaffnete Organisation gegen die Bedrohung Europas durch die Sowjetunion gegründet. Sie unterstützte Frankreichs Krieg in Indochina, den Staatsstreich in Griechenland (1967), den Faschismus in Portugal und so weiter. Die Auflösung der UdSSR im Jahr 1991 hatte nicht den Untergang der NATO zur Folge, sondern eine Umgestaltung in zwei wesentlichen Fragen, und zwar bereits 1991 und dann auf dem Gipfeltreffen in Washington 1999 mit der Annahme eines neuen „strategischen Konzepts“. Zum einen hat die NATO ihr Interventionsspektrum auf den gesamten Planeten ausgeweitet. Das hat 1999 im Irak und im ehemaligen Jugoslawien mit der Bombardierung Serbiens begonnen und sich in Afgha-

nistan (2001), in Libyen (2011) und in zahlreichen anderen Regionen fortgesetzt. Zum anderen hat die NATO nach dem Niedergang der Sowjetunion die „Sicherheit“ als neue Devise ausgegeben – ein vager Begriff, dessen ideologischer Kitt jedoch das folgende Dreigestirn war: kapitalistische Marktwirtschaft = Demokratie = Frieden. Die potenziellen Feinde stehen sowohl auf militärischer als auch auf ziviler Seite, die Bedrohung geht von Staaten sowie von nichtstaatlichen Akteuren aus und die Sicherheit der Mitglieder des Atlantischen Bündnisses kann durch zahlreiche Risiken beeinträchtigt werden, darunter „die Unterbrechung des Zugangs zu unverzichtbaren wirtschaftlichen Ressourcen“. Die US-amerikanische Doktrin von 1997 hat diese Formel mit der Erklärung präzisiert, dass die USA sich das Recht vorbehalten, einseitig militärisch zu intervenieren, um „den ungehinderten Zugang zu lebenswichtigen Märkten, zur Energieversorgung und zu strategischen Ressourcen zu gewährleisten“. Die NATO ist also nach wie vor der bewaffnete Arm des von mir so bezeichneten „transatlantischen Blocks“, der die europäischen Länder unter der Vorherrschaft der USA wirtschaftlich, militärisch und auf Basis gemeinsamer „Werte“ (die des oben erwähnten Dreigestirns) zusammenhält.

Die Ausdehnung der NATO nach Osteuropa spiegelte das Kräfteverhältnis nach der Auflösung der UdSSR wider. Heute fordert Putin eine Neuverteilung der Karten zwischen den imperialistischen Ländern. Die Rivalitäten zwischen den Großmächten, die wirtschaftlichen Einfluss mit militärischer Stärke kombinieren, gibt es nach wie vor. Das Zeitalter des Imperialismus ist nicht vorbei.

Emmanuel Macron hat mit seinem Ehrgeiz, zum Retter des Planeten zu werden, einmal mehr seine Begabung, eine Sache und „gleichzeitig“ ihr Gegenteil zu behaupten, unter Beweis gestellt. Er sah sich bereits als westliche Alternative zu Donald Trump. Allerdings hatte Trump nie vor, die NATO zu zerstören, er bestand vielmehr darauf, dass die Europäer einen größeren Teil der „Last“ der Verteidigung der „freien Welt“ übernehmen sollten. Diese Position hatten bisher alle Präsidenten der USA vertreten. Trump lobte Macron für das militärische Engagement Frankreichs und tadelte Angela Merkel für ihre nur mäßige militaristische Begeisterung. Das Budget für die militärische Präsenz von US-amerikanischen Truppen in Europa (die Europäische Verteidigungsinitiative) wurde übrigens während Trumps Amtszeit erheblich aufgestockt: von 800 Millionen auf 6 Milliarden US-Dollar zwischen 2016 und 2020.

**Deutschland hat angekündigt, seine Militärausgaben auf über 2 % des BIP erhöhen zu wollen, obwohl es bisher eher abwartend war und sich damit die Kritik der USA zugezogen hatte. Nun beteiligt sich die Europäische Union an der Militärhilfe für die Ukraine. Ist das der Beginn einer neuen Phase in der Geschichte der EU?**

Offensichtlich ja. Der Krieg in der Ukraine wird die Militarisierung der EU (und des Vereinigten Königreichs) beschleunigen, denn die EU fängt nicht bei Null an. 2003 wurde eine Europäische Sicherheitsstrategie angenommen, die auf dem Papier der ein Jahr zuvor von der Regierung unter George W. Bush beschlossenen Strategie recht ähnlich ist. Das war ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die Kommission hat einen Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) eingerichtet, der im Jahr 2022 die Forschung und Entwicklung im Rüstungssektor mit zwei Milliarden Euro finanzieren wird.

Frankreich war seit jeher der vehementeste Befürworter einer Militarisierung der EU, was seit den 2010er Jahren und nach dem Brexit noch klarer ersichtlich wurde.

Die französische Armee – sowohl was bewaffnete Einheiten als auch die Rüstungsindustrie betrifft – ist mittlerweile eine der letzten Bastionen, wo Frankreich „die Nase vorn hat“, und die französische Führung nutzt diesen Vorsprung, um den anhaltenden Verlust der wirtschaftlichen Bedeutung des Landes zu kompensieren. Der Handel Frankreichs mit den meisten Mitgliedsstaaten ist defizitär. Die französische Industrie kann als „*kranker Mann Europas*“ bezeichnet werden.

Emmanuel Macron hat sich, seitdem er gewählt wurde, noch massiver für eine Militarisierung der EU eingesetzt: einerseits aus Überzeugung, aber auch, um angesichts der abnehmenden Bedeutung Frankreichs in entscheidenden wirtschaftspolitischen Fragen weiterhin Einfluss auf den Kurs der EU nehmen zu können.

Die russische Invasion stärkt die Position der Befürworter einer Militarisierung der EU. Die Rede von Bundeskanzler Scholz im Bundestag markiert zumindest auf der Ebene der Absichtserklärungen einen deutlichen Wandel in der deutschen Verteidigungspolitik. Es bleibt abzuwarten, wie schnell und in welchem Umfang die von ihm angekündigte Erhöhung des Verteidigungshaushalts um 113 Milliarden Euro umgesetzt wird.

Die NATO ist der „natürliche“ Rahmen für die Militarisierung der EU und wird zweifellos eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich nach

sich ziehen. Das haben alle führenden Politiker Frankreichs – Rechte und Linke gleichermaßen – längst akzeptiert. Hubert Védrine, Außenminister unter François Mitterrand, fasste die französische Position folgendermaßen zusammen: „*Die europäische Verteidigung ist nicht nur gut für Europa, sondern auch für das Atlantische Bündnis [die NATO]*“. Das ist die eigentliche Botschaft hinter Macrons Geschwafel von der „europäischen Souveränität“: Er erwartet sich Vorteile für die großen französischen Rüstungskonzerne.

**In Frankreich gibt es bereits einen Trend zu höheren Militärausgaben. Kannst du einen Überblick über diesen Trend und seine voraussichtliche Zunahme geben?**

Die Armee ist ein Kind der Fünften Republik. Zwischen 2000 und 2019 lag die Aufstockung des Verteidigungshaushalts deutlich über der Erhöhung der Budgets für soziale Zwecke (Bildung, Wohnbau usw.) und wurde nur von der Steigerung der budgetären Mittel für die Polizei übertroffen. Während der Amtszeit von Macron sind die Militärausgaben um 50 % gestiegen. Das ist erst der Anfang. Bereits vor dem Krieg in der Ukraine erhielt das Militär Zusagen für eine noch stärkere Erhöhung. Die beiden Abgeordneten Patricia Mirallès und Jean-Louis Thiérot, die mit der Umsetzung dieser Pläne beauftragt waren, gingen davon aus, dass die Militärausgaben im Zeitraum 2022–2030 um 40 bis 60 Milliarden [Euro; Anm. d. Übers.] steigen müssten. (Der Verteidigungshaushalt für das Jahr 2022 beläuft sich auf 50 Milliarden Euro.)

Die [bevorstehenden; Anm. d. Übers.] Präsidentschaftswahlen deuten darauf hin, dass das Weihnachtsfest für die Armee dieses Jahr in den April fällt. Im Namen der nationalen Einheit überbietet man sich an militaristischen Hochgefühlen, und diese Euphorie hat auch die Medienlandschaft im Handumdrehen erobert. Macron selbst hat verkündet, dass der Krieg „*unser demokratisches Leben von Grund auf erschüttert*“. Vorbehalte gegenüber der Demokratie sind in Frankreich jedoch nicht allein auf den Krieg zurückzuführen, sondern in der Fünften Republik fest verankert: Verteidigungsfragen sind ausschließlich die Domäne des Präsidenten. Und er spielt damit wie nie zuvor. „Ich werde euch beschützen“ („Je vous protégerai“) dient als Wahlprogramm und kündigt eine stärkere Zentralisierung der Macht an.

Eine Wiederwahl von Emmanuel Macron „durch stillschweigende Verlängerung“ wird die soziale Krise nicht aus der Welt schaffen. Die Weihnachtsgeschenke müssen

schließlich bezahlt, die explodierende Staatsverschuldung abgestottert und das Handelsdefizit finanziert werden. Der Versuch, die nationale Einheit und den „sozialen Krieg“ unter einen Hut zu bringen, um die französischen Unternehmen vor dem Untergang zu bewahren, kommt einer Gratwanderung gleich. Der Sicherheitsrausch, der seit den Terroranschlägen in Jahr 2015 13 Gesetze zur Einschränkung der persönlichen Freiheit (davon vier allein im Jahr 2021) zur Folge hatte, könnte sich zum Flächenbrand ausweiten.

■ *Aus dem Französischen von E.F.*

## ZUR LOGIK VON PUTINS UKRAINE- KRIEG UND DEN FOLGEN

Sicher hat die NATO-Osterweiterung die Blockkonfrontation aufrechterhalten und sogar verschärft. Doch die konkreten Gründe für den Krieg gegen die Ukraine liegen ausschließlich in der imperialistischen Politik der Herrschenden in Russland. **Jakob Schäfer**

Nicht nur in den Mainstream-Medien, sondern auch in weiten Kreisen der Linken wird die Erklärung des Konflikts in der Person Putins gesucht. Damit wird aber weder das Interesse der in Russland herrschenden Klasse erklärt noch die Blockkonfrontation verständlich gemacht, der Hintergrund für die Kriegsentscheidung des Kremls.

### Ursachen der Blockkonfrontation

Für das Verständnis der besonderen Spannungen zwischen Russland und der Nato muss man erklären, warum dies weit über die üblichen Differenzen und Spannungen zwischen Wettbewerbsstaaten hinausgeht. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1990/91 wurde eine

weitreichende Änderung der geopolitischen Konstellationen eingeleitet. Die Freude der Herrschenden im Westen war vor allem deswegen so groß, weil man davon ausging, dass sich daraus für das imperialistische Kapital nicht nur eine beträchtliche Markterweiterung ergibt, sondern sich auch neue Anlagefelder für Auslandsdirektinvestitionen (ADI) eröffnen. Nicht zuletzt versprach man sich einen direkten – sehr lukrativen – Zugriff auf die bedeutenden Energiequellen und andere Bodenschätze. Das Kalkül war: Die betriebswirtschaftlich unfähigen Bürokraten können solche großen Geschäfte gar nicht privatwirtschaftlich bewältigen und werden dem anlagesuchenden Kapital die Tore öffnen. In gewisser Weise lief dies in den anderen Comecon-Staaten so (vor allem in Ungarn, Tschechien, der Slowakei und Polen, und zwar in dieser Rangfolge), aber das war in seiner Größenordnung in keiner Weise vergleichbar mit dem, was man sich in Russland erhoffte.

Das auf Auslandsmärkte und Anlagefelder drängende imperialistische Kapital und die entsprechenden Regierungen (nicht nur in den USA) unterschätzten allerdings die Wandlungsfähigkeit der Staatsbürokratie in diesen Ländern, vor allem in Russland. Diese hatte schon vorher durch Korruption beträchtlichen Reichtum angesammelt und sich in eine kapitalistische Klasse transformiert. Entscheidend aber: Die Bürokraten waren nicht auf den Kopf gefallen und haben ihren Bereicherungstrieb in der Weise eingesetzt, dass sie sich mit Mafiamethoden Staatsvermögen aneigneten, indem sie große Anlagen für einen „Knopf und einen Klicker“ kauften. Damit wurden in kürzester Zeit neue Rechtsverhältnisse geschaffen.

Für diese neue Großbourgeoisie funktionierte der Übergang recht gut, weil mit dem Export von Rohstoffen gewaltige Summen eingespielt wurden, was sowohl den neuen Eigentümern viel einbrachte, als auch dem Staat genügend Mittel verschaffte, um seine innen- und außenpolitischen Ziele zu verfolgen. Die Staatsspitze und die sogenannten Oligarchen blieben eng vernetzt (unmittelbarer als in den westlichen „Demokratien“, weshalb der Begriff „Oligarchie“ überhaupt eine gewisse Berechtigung hat). Letztlich aber behielt bei dieser Konstellation die zentrale Staatsmacht die Kontrolle und konnte jederzeit einen Oligarchen entmachten, wenn er sich nicht mehr angepasst verhielt (siehe Michail Borissowitsch Chodorkowski, der 2003 entmachtet wurde und ins Gefängnis wanderte).

### Schocktherapie

Gleichzeitig zur Auflösung des Warschauer Pakts und des RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, international

auch Comecon) wurde nach den Regeln des Washington-Consensus des IWF eine regelrechte Schocktherapie durchgesetzt: Liberalisierung, Stabilisierung und Privatisierung. Besonders die Liberalisierung der Preise hatte mit dem gravierenden Anstieg der Inflation verheerende Folgen für breite Bevölkerungsschichten (mindestens 12 Prozent leben dauerhaft unter der Armutsgrenze).

Allerdings kamen damit drei Dinge zusammen:

*Erstens:* Entscheidende Teile der russischen Staatsbürokratie rissen sich wesentliche Teile des staatlichen Anlagevermögens unter den Nagel und setzten eine mafiöse Wirtschaftspolitik durch. Dies entsprach nicht dem Washington-Consensus und erst recht nicht den Wünschen des westlichen Kapitals.

*Zweitens:* In Russland setzte aufgrund der abrupten Brüche zunächst eine gravierende Wirtschaftskrise ein, die 1998/1999 ihren Tiefpunkt erreichte.

*Drittens:* Parallel dazu wurde zwar eine gewisse „Friedensdividende“ realisiert (die weltweiten Rüstungsausgaben gingen ein paar Jahre lang in Relation zum Welt-BIP zurück), aber die russische Staatsmacht behauptete sich nicht nur als innenpolitischer Garant der herrschenden Klasse in Russland, sondern auch als geopolitisch bedeutsamer Player. Dies war nur möglich, weil Russland seine Atomwaffen behielt (die in der Ukraine stationierten Atomwaffen wurden abgezogen).

Die Kombination dieser Faktoren ließ also eine Übernahme bedeutender russischer Rohstoffquellen (wovon die Gas- und Ölquellen nur die wichtigsten sind) durch das anlagehungrige Kapital des Westens nicht zu. So konnte sich zwar die neue russische Großbourgeoisie gut bereichern und im Verbund mit dem Kreml ihre Macht absichern. Gleichzeitig wurde dies aber auch zu einer starken Verengung der wirtschaftlichen Basis dieser Klasse. Wenn wir die wichtigsten Produkte zusammenrechnen, dann stellen die extraktiven Sektoren zusammen mindestens 75 % aller Exporte: Rohstoffe und Energie 53,8 %; Metall und Metallerzeugnisse 11,2 % (Russlands Weltmarktanteil an Palladium beträgt übrigens 40 %); Holz und Zellstoffe 3,6 %; Lebensmittel und Rohstoffe für deren Herstellung 7,2 %). Bei den 75 % sind die Exporte von chemischen Erzeugnissen (7,6 %), die ja ebenfalls zu einem großen Teil auf extraktiver Industrie beruhen, noch nicht mal mitgerechnet. Der Maschinen- und Anlagenbau kommt bei den Exporten gerade mal auf 6,3 % (alle Zahlen für 2021).<sup>1</sup> Die viel beachteten russischen Waffenexporte spielen zwar

geopolitisch eine gewisse Rolle, für die russische Wirtschaft bilden sie aber mit einem Exportanteil von 2 % keine bedeutende Stütze.

Aus der starken Konzentration auf extraktive Industrien ergibt sich die hohe Verwundbarkeit der russischen Wirtschaft, was letztlich einer der Gründe ist, warum der Ukrainekrieg für den westlichen Imperialismus zu einem gewissen Glücksfall geworden ist: Mittelfristig eröffnet sich ihm hiermit die Aussicht auf einen Zusammenbruch der russischen Wirtschaft, sodass sich dann die Chance eröffnet, doch noch den direkten Zugriff auf die Rohstoffe zu bewerkstelligen. Mindestens aber kann die hiesige Waffenindustrie (v. a. in den USA) auf absehbare Zeit einen gewaltigen Reibach machen, während des Kriegs die eigenen Waffen testen usw. Aus diesen Gründen können wir nicht davon ausgehen, dass die Regierungen vor allem in Washington, London und Paris an einer baldigen Waffenruhe interessiert sind (für London ist dieses mörderische Kalkül inzwischen mehrfach belegt worden). Und dass Biden auf einen Regimewechsel (System Change) setzt, hat er ja mit seiner Rede in Polen deutlich gemacht.

### **Die Logik der jeweiligen militärischen Machtpolitik**

Die jeweilige militärische Machtpolitik der NATO auf der einen und Russlands auf der anderen Seite basiert auf unterschiedlichen ökonomischen Expansionsmodellen. Der Westen (in dem Fall vor allem die NATO) wollte und will weiterhin Russland unter Druck setzen, ohne natürlich einen Weltkrieg zu riskieren. Dazu dient unter anderem die NATO-Osterweiterung, wobei dies dem Westen spätestens seit dem ersten Tschetschenienkrieg (1995–2000) sehr leicht gemacht wurde und wird. Damit war nämlich allen Anrainerstaaten (vor allem im Baltikum), aber auch in Ostmitteleuropa klar, dass der großrussische Chauvinismus und Imperialismus sich wieder verstärkt hatte. Im Grunde war dies den Bevölkerungen in Osteuropa immer präsent (Einmarsch in Ungarn 1956, Einmarsch in der Tschechoslowakei 1968; aber auch der Einmarsch in Afghanistan 1979 hatte seine politischen Auswirkungen in Osteuropa). Mit dem Tschetschenienkrieg war das großrussische, imperialistische Bestreben wieder so handgreiflich nah und hochaktuell, dass die Regierungen dieser Staaten von sich aus (da musste die NATO gar keine große Überzeugungsarbeit mehr leisten) in die NATO und in die EU drängten. Aktuell sind es aus gleichen Gründen gerade Moldawien und die Ukraine, Finnland stellt seine bisherige Neutralitätspolitik infrage usw.

In der Logik des Machtanspruchs der herrschenden Klasse in Russland bedeutete die Blockkonfrontation, dass Putin (der starke Mann der sog. Oligarchen) die Osterweiterung der NATO als eine Bedrohung begriff, vor allem im Zusammenhang mit der Entwicklung neuer Waffen, die letztlich darauf abzielen, Russland erpressbar zu machen. Die Stationierung solcher Waffen nahe der russischen Grenze verfolgte ohne jeden Zweifel genau dieses Ziel. Parallel zur Abwehrhaltung gegen die NATO-Osterweiterung verstärkte die russische Regierung ihre Einsätze im Nahen Osten und in Afrika (hier vor allem mit Hilfe der Söldner-„Gruppe Wagner“). Auch das Bündnis mit Erdogan ist Teil dieser Strategie, sich als geopolitischer Machtfaktor zu behaupten.

Es liegt in der Logik der Blockkonfrontation der zwei imperialistischen Blöcke mit ihren unterschiedlichen Kapitalverwertungsstrategien, dass Putin als Vertreter des wirtschaftlich, geopolitisch und militärisch schwächeren Blocks sein Einflussgebiet erweitern oder zumindest behaupten will. Er drückte es so aus: Russland müsse respektiert werden. Kurz: Die NATO ist an der Blockkonfrontation beteiligt, aber die konkrete Schuld an diesem Krieg liegt unmissverständlich beim Kreml!

### Die Folgen

**a** Die Folgen für die Weltwirtschaft sind Mitte April 2022 in ihren Dimensionen noch nicht zu überblicken, sind aber in jedem Fall gravierend. Sie betreffen durch die Energiepreisentwicklung die gesamte Weltwirtschaft (in Asien, Afrika und Lateinamerika möglicherweise noch mehr als in Europa). Eine konkretere Abschätzung der mittelfristigen Folgen wird einigermaßen verlässlich frühestens im Mai/Juni möglich sein.

Neben den Auswirkungen auf den Energiesektor gibt es eine zweite Ebene, die sich recht schnell auswirken kann. Der Unterschied der drohenden wirtschaftlichen Klemme Russlands zur Lage 1998 ist folgender: Am 17. August 1998 war der Staat pleite und musste die Bedienung der Binnenschulden einstellen. Heute ist die russische Wirtschaft nicht von sich aus in die Krise geraten: Schließlich konnten auf Basis der extraktiven Wirtschaft Zentralbankreserven in Höhe von über 630 bis 640 Mrd. US \$ angehäuft werden; diese sind aber fast bis zur Hälfte im Ausland angelegt und dort inzwischen im Rahmen der Sanktionen eingefroren. Heute wirkt das Abschneiden vom internationalen Zahlungsverkehr verheerend, auch wenn die Öl- und Gaslieferungen (Stand 13.4.) noch weiterlaufen. Das Ausschließen bestimmter russischer Banken vom internationalen Zah-

lungverkehr hat zur Folge, dass Russland im Rating bei Fitch, S&P und vor allem bei Moody's auf Ramschniveau oder nur unwesentlich darüber eingestuft ist. Trotz gegenteiliger Behauptungen westlicher Banken kann sich daraus sehr wohl ein internationaler Finanz-Crash entwickeln.

**b** Konkret für *Deutschland* bedeutet der Krieg neben den weltwirtschaftlichen und energiepolitischen Folgen einen Einschnitt auf zwei weiteren Ebenen, die hier gravierender sind als für das Kapital in den Ländern des Globalen Südens: Viele Lieferketten aus Russland und vor allem der Ukraine werden nachhaltig gekappt und können nicht von heute auf morgen (d. h. nicht innerhalb von Wochen, in vielen Fällen auch nicht einmal innerhalb von Monaten) einfach mal woanders aufgetan werden. Einige dieser ADI sind auf mittlere Sicht mehr oder weniger wertlos.

**c** Mit diesem Krieg hat der Rüstungswetlauf einen neuen Schub bekommen, nicht nur in Europa (gerade hat China eine Steigerung seiner Rüstungsausgaben um 7,1 Prozent beschlossen – und das trotz niedrigerem Wirtschaftswachstum). Je nach Verlauf des Ukrainekriegs könnte dies sogar eine direkte Auswirkung auf Pekings Übernahmegelüste in Richtung Taiwan und die damit verbundene Kriegsgefahr haben. Für Deutschland hat der SPD-Kanzler ein gewaltiges Aufrüstungsprogramm von 100 Mrd. € angekündigt. Schon bisher ist der deutsche Rüstungshaushalt (je nach Quelle) der siebt- bis sechstgrößte der Welt. Der Schub wird sich auch auf die Aufrüstung in anderen Ländern auswirken.

**d** Die Folgen für den Kampf gegen den Klimawandel sind verheerend, und zwar durch das unmittelbare Kriegsgeschehen, durch die enorm wachsende Staatsverschuldung wegen der Hochrüstung (nicht nur in Deutschland), durch die verstärkte Nutzung von Kohle und Atomenergie, was zu Lasten des Ausbaus erneuerbarer Energien geht, usw.

**e** Zurzeit (Mitte April) ist die spannendste Frage gleichzeitig diejenige, die am schwersten abzuschätzen ist: Wird Putin diesen Krieg überstehen? Neben dem außenpolitischen Druck (Sanktionen usw.) wirken in jedem Fall zwei Faktoren: Wie lange machen die Oligarchen mit? Für manche erscheint es jetzt schon als ein nicht zu vertretendes Abenteuer. Und: Wie wird sich der Widerstand in der Bevölkerung entwickeln? Selbst wenn Putin nicht in unmittelbarer Folge dieses Kriegs stürzt, seine politische Position wird mit diesem Krieg in jedem Fall stark untergraben, seine Stellung wird nicht mehr die sein wie vor dem Krieg.

### Die Motivationen bei den Anti-Putin-Protesten

Die Motivationen bei den Friedenskundgebungen sind extrem disparat und zu bestimmten Fragen völlig entgegen-

gesetzt. Es sind in vielen Fällen noch nicht mal wirkliche Anti-Kriegs-Proteste, sondern vorrangig Anti-Putin-Proteste. Unter dem Dach der Proteste gegen „Putins Krieg“ finden sich nicht wenige Menschen, die nach Waffenlieferungen für die Ukraine schreien, die die Aufrüstung der Bundeswehr gut finden, die die NATO-Osterweiterung vorbehaltlos unterstützen usw. Es ist klar, was sich bei diesem Teil der Kundgebungsteilnehmer\*innen alles mischt: Es ist auf der einen Seite zwar durchaus der Wille, dass der Krieg aufhöre, aber es ist ganz stark auch von – die Wirklichkeit verkennenden – antikommunistischen Motiven und von Russenfeindlichkeit (als eine besondere Form der Xenophobie) bestimmt. Am penetrantesten ist hier ein Großteil der ukrainischen Kundgebungsteilnehmenden, die beispielsweise nach einer Flugverbotszone – und damit nach einem faktischen direkten Kriegseintritt der Nato – rufen. Dennoch: Den Bürgerlichen und den Kriegstreibern das Feld bei den Antikriegsprotesten zu überlassen, wäre völlig falsch. Es muss eine in sich konsistente linke Antikriegsbewegung aufgebaut werden.

### Welche Aufgaben stellen sich uns?

Geschichtliche Vergleiche hinken meistens, in diesem Fall – angesichts der drohenden Gefahr einer Eskalation und/oder eines sich endlos hinziehenden Zermürbungskriegs – sind Versuche, Parallelen zu ziehen, zumeist sehr irreführend. Die geopolitisch anderen Konstellationen heute und vor allem die Zerstörungskraft moderner Waffensysteme verbieten es, die Frage der Bewaffnung des angegriffenen Staates als die entscheidende Stellschraube im Kampf gegen den Aggressor anzusehen.

Wer Menschenleben achtet und retten will muss sich folgende Fragen stellen: a.) Wie kann dieser hasserfüllte, mörderische Krieg so schnell wie möglich gestoppt werden? b.) Wie kann eine mittelfristige Lösung der durch den Krieg gesteigerten Ablehnung des jeweils anderen Landes gefunden werden? Anders ausgedrückt: Wie ist überhaupt eine Verständigung vorstellbar und auf mittlere Sicht realisierbar? – Ganz bestimmt nicht, indem der Krieg fortgesetzt und eskaliert wird (von der Zerstörung der Infrastruktur und der möglichen Beschädigung von Atomanlagen noch gar nicht zu reden).

Sich seit Jahrzehnten gegen Waffenexporte auszusprechen, aber ausgerechnet dann – wenn es um einen „heißen Konflikt“ geht – davon abzurücken, geht gar nicht. Wir müssen uns schon die Mühe machen,

- zu erklären, dass Waffenexporte nicht deeskalieren, sondern nur eskalieren (möglicherweise sogar bis zu einem Atomkrieg);
- zu erklären, was die Ursachen des Konflikts sind und wer hier welche Interessen vertritt;
- zu erklären, dass unsere Solidarität den Kriegsgegner\*innen in beiden Ländern (Ukraine und Russland) gilt und dass es um den Sturz nicht nur Putins, sondern der Herrschenden in Russland wie auch der korrupten ukrainischen Oligarchen geht;
- zu erklären, warum das Recht auf Wehrdienstverweigerung auch für die Menschen in der Ukraine gelten muss;
- zu erklären – und das ist die größte Aufgabe – dass es keine fortschrittliche militärische Lösung für diesen Konflikt gibt. Hier – mehr noch als in anderen Situationen – kommt es darauf an, die Linie des sozialen Widerstands zu vertreten.

Der soziale Widerstand setzt auf Aktionen zivilen Ungehorsams: Störung des Verwaltungsmaschinerie der Besatzungsmacht, Kundgebungen, Demonstrationen, Streiks. Ein solche Perspektive ist allerdings praktisch unmöglich, seitdem und solange die Menschen dem mörderischen Bombenhagel ausgesetzt sind. Dies hätte wohl eine größere Chance gehabt, wenn die Bevölkerung, vor allem die Arbeiter\*innenklasse, von vornherein so gut organisiert gewesen wäre, dass die ukrainische Armee gar nicht erst zum Zug gekommen wäre und nicht hätte schießen können. Dass ein sozialer Widerstand (der also nicht auf bewaffnete Auseinandersetzungen mit der eindringenden Armee gesetzt hätte) nicht von vornherein unmöglich ist, zeigen die Demonstrationen in der südukrainischen Großstadt Cherson am 11., 12. und 13. März (<https://t.me/suspilnekherson/9271>). Auf dem zentralen Freiheitsplatz schwenkten die Menschen ukrainische Flaggen und riefen „Cherson gehört der Ukraine“ und „Ruhm der Ukraine“. Als die Demonstranten an einer Kolonne russischer Armeefahrzeuge vorbeiliefen, riefen einige auf Russisch „Geht nach Hause“ und „Faschisten“. Der 13. März ist in der Großstadt mit rund 300.000 Einwohnern der Jahrestag der Befreiung von den Nationalsozialisten. Auch in Nova Kachowka, Berdjansk, and Melitopol gab es laut Suspilne Cherson Demonstrationen.

Den sozialen Widerstand als die wirkungsvollste, lebensschonende Gegenwehr zu propagieren, heißt nicht, den Menschen in der Ukraine das moralische Recht abzuspochen, sich auch bewaffnet zur Wehr zu setzen. Aber wie die Entwicklung nach sieben Wochen Krieg blutig

demonstriert hat, ist es in einem Krieg mit so vielen High-Tech-Waffen und so viel Zerstörungskraft kontraproduktiv, sich auf einen bewaffneten Krieg einzulassen. Damit sterben viele Menschen, ohne dass eines der politischen Probleme auch nur im Ansatz gelöst wird. Im Gegenteil, die Gräben zwischen den Bevölkerungen der beiden Länder werden damit nur tiefer, es sterben unzählige Menschen und das wird wohl auch so schnell nicht enden. Der Misserfolg der russischen Armee führte schon nach zwei Wochen zu einer mörderischen Bombardierung der Zivilbevölkerung. Was hat die ukrainische Bevölkerung damit gewonnen?

Auch der soziale Widerstand ist kein Spaziergang, aber er verhindert auf jeden Fall das Abschichten von Tausenden von Menschen in Mariupol und anderswo. Die Besatzungsmacht im Land politisch zermürben und den Schulterchluss mit der russischen Bevölkerung – und den russischen Soldaten! – zu suchen, wäre erfolgsversprechender gewesen, als das, was den Menschen heute widerfährt. Die unmittelbaren politischen Ziele sollten sein: Stopp aller Kampfhandlungen! Für eine neutrale Ukraine! Mittel- und langfristig geht es um den Sturz der Herrschenden in Russland und in der Ukraine! Sowie: Umfassende Abrüstung und zwar auf russischer wie auch auf NATO-Seite.

Noch ein klärendes Wort, um Missverständnisse zu vermeiden: Wenn Kurt Tucholsky schreibt: „Jeder Krieg ist eine Niederlage. Denn Krieg vernichtet Leben.“, dann ist dem – bezogen auf den Krieg zwischen Staaten – zuzustimmen. Im Unterschied zu den Pazifisten wollen wir aber festhalten, dass der bewaffnete Kampf einer Befreiungsbewegung gegen eine kolonialistische/imperialistische Macht nicht nur gerechtfertigt ist, sondern zumeist auch der einzige Erfolg versprechende Weg ist. Im Kampf der kurdischen Selbstverteidigungskräfte gegen die türkische Besetzung von Rojava darf es überhaupt kein Wackeln geben. Zu keinem Zeitpunkt haben die revolutionären Kräfte in Rojava ihren Kampf in der Erwartung geführt, dass Teile der Welt um ihretwillen in einem Inferno unterzugehen bereit sein müssten. Die herrschenden Klassen der Ukraine haben von Anfang an auf die letztendliche Überlegenheit der Nato über die russische Armee gesetzt – koste es die Menschen Europas, einschließlich ihrer eigenen Bevölkerung, was es wolle.

### Und bei uns?

Im Grund lässt sich aus der mit dem Krieg entstandenen Lage ein ganzes sozialpolitisches und ökologisches Programm ableiten, für das es zu kämpfen gilt. Nehmen wir

nur ein paar wenige Beispiele, die sich in der täglichen Argumentation gut begründen lassen:

- Organisation praktischer Hilfe für und Solidarität mit allen Kämpfer\*innen gegen den Krieg (auch Deserteur\*innen), den Flüchtenden und unter den Kriegsfolgen Leidenden.
- Für eine sofortige Einführung einer bundesweiten Geschwindigkeitsbegrenzung: 30 km/h innerorts, 80 auf den Landstraßen und 100 auf den Autobahnen. Dies würde nicht nur Energie sparen, sondern auch Menschenleben verschonen, weniger Krankheiten auslösen und insgesamt den Ausstieg aus der Autogesellschaft voranbringen.
- Für die Vergesellschaftung der Energiekonzerne unter Kontrolle der Beschäftigten und der Kund\*innen. Schließlich wäre das ein wichtiger Schritt im Kampf gegen die Teuerung der Lebenshaltungskosten.
- Mobilisierung gegen die Ersetzung russischer Gaslieferungen durch LNG aus den USA, das vorwiegend durch Fracking – und damit erheblich klima- und umweltschädlicher – gewonnen wird.
- Für die Vergesellschaftung der Rüstungskonzerne und Umbau der Produktion auf gesellschaftlich nützliche Dinge.
- Kampf für die Umwidmung des geplanten „Sondervermögens“ für soziale und ökologische Zwecke.

In den Gewerkschaften sollten wir uns für direkte Patenschaften mit gewerkschaftlichen Kollektiven in der Ukraine stark machen. Obenan muss aber – auch in den hiesigen Gewerkschaften – der antimilitaristische Kampf für Abrüstung und Austritt aus der NATO und deren Auflösung stehen.

13. 4. 2022

1 <https://de.rbth.com/wirtschaft/85738-welche-waren-russland-2021-exportierte>





# DIE UNABHÄNGIGKEIT DER UKRAINE, GESTERN UND HEUTE

Der erste Teil dieses Artikels wurde bereits am 19. 8. und am 27.9.2014 geschrieben, der zweite Teil am 1.3.2022. **Helmut Dahmer**

## Teil I

**1** Die Ukraine war und ist, wie der Name sagt und ein Blick in den historischen Atlas oder auf die heutige Landkarte bestätigt, ein Grenzland. Von Moldawien im Südwesten bis Russland im Osten und Südosten hat die heutige Republik Ukraine, nach Russland der zweitgrößte europäische Flächenstaat, gemeinsame Grenzen mit sieben Staaten (außer den genannten sind das Rumänien, Ungarn, die Slowakei, Polen und Weißrussland). Die Bevölkerungsmehrheit stellen – bei einer Gesamtbevölkerung von 52 Millionen – ethnische Ukrainer mit knapp 38 Millionen, die größte Minderheit bilden etwa 8 Millionen ethnische Russen. Es gibt etwa 100 weitere ethnische Minderheiten, und auf der Krimhalbinsel machen die (aus der Deportation nach Usbekistan zurückgekehrten) Tataren gegenwärtig etwa 12 Prozent der dortigen Bevölkerung aus. Kerstin Jobst<sup>1</sup> nennt die Ukraine eine „komplexe polyethnische Kontaktzone“. Zwei Drittel der Ukrainer beherrschen Russisch als Mutter- oder als Zweitsprache, „reines“ Ukrainisch wird vor allem in der Westukraine gesprochen, die meisten Ukrainer bedienen sich einer Ukrainisch-Russischen Mischsprache. In den vergangenen tausend Jahren gab es auf dem heutigen ukrainischen Territorium nur selten selbständige staatliche Gebilde: Das vom 10. bis zum 13. Jahrhundert bestehende Kiewer Reich – die Rus, auf die sich der russische wie der ukrainische Nationalstaat als auf ihren Ursprung berufen – geriet zunächst unter mongolische, dann unter litauische und polnische Herrschaft und wurde infolge der polnischen Teilungen (1772, 1793 und 1895) Russland zugeschlagen, während der kleinere, westliche Teil zu Österreich gehörte. Der in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts gebil-

dete kosakische „Hetmanstaat“ unterstand im langen 19. Jahrhundert dem Zarenreich. Verschiedene Versuche, nach 1917 eine unabhängige ukrainische Republik zu bilden, scheiterten; die 1919 proklamierte Ukrainische Sowjetrepublik wurde 1922 der UdSSR eingegliedert. 1939 und 1945 entstand durch Gebietserweiterungen das heutige ukrainische Staatsgebiet, das 1954 noch um die Halbinsel Krim erweitert wurde und 1991, nach dem Zusammenbruch der UdSSR, endlich die Unabhängigkeit erlangte.

**2** Die heutige Ukraine hat mehr als andere Gesellschaften an der unbewältigten Erbschaft des barbarischen 20. Jahrhunderts zu tragen. Mit den baltischen Staaten, Polen und Weißrussland gehörte sie zu den – von Timothy Snyder so genannten – „bloodlands“ oder „killing fields“, in denen die beiden großen Menschenfresser-Regime des vorigen Jahrhunderts, das deutsche und das russische, die diese Länder untereinander aufteilten und abwechselnd besetzt hielten, ihre entsetzlichen Untaten verrichteten, die etwa 14 Millionen zivile Opfer forderten.<sup>2</sup> Die damaligen Ukrainer, in ihrer Mehrheit Bauern, wurden im Gefolge der Zwangskollektivierung Opfer der ihr in den Jahren 1932/33 folgenden Hungersnot, die von der Moskauer Führung zur Brechung des bäuerlichen und nationalen Widerstands eingesetzt wurde, des sogenannten „Holodomor“.<sup>3</sup> Die politisch aktive Schicht fiel, soweit sie sich nicht in den Dienst der stalinistischen Repression und Propaganda stellte, dem großen stalinistischen Terror in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre zum Opfer, den Isaac Deutscher als einen „politischen Genozid“ charakterisiert hat.<sup>4</sup> 1941 hielten nicht wenige Ukrainer die deutschen Truppen für „Befreier“; nationalistische Gruppen hofften, eine neue staatliche Unabhängigkeit durch Kollaboration zu erkaufen. Den vielen ukrainischen Helfershelfern bei der Ausrottung der ukrainischen (und europäischen) Judenheit bei den Pogromen und Massenerschießungen unter dem deutschen Besatzungsregime – u. a. das entsetzliche Massaker an den Kiewer Juden in der Schlucht von „Babi Jar“ – und im NS-Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion (man erinnere sich der berüchtigten ukrainischen SS-Verbände) standen aber zahlenmäßig vielleicht noch mehr ukrainische Partisanen und Rotarmisten gegenüber, die gegen die zurückweichenden deutschen Truppen kämpften. (Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch, dass nationalistische ukrainische Partisanen noch bis in die fünfziger Jahre der sowjetischen Okkupation erbitterten Widerstand entgegensetzten.)

„Das Gebiet der heutigen Ukraine war während der ganzen Epoche der Massenmorde sowohl das Zentrum der

stalinistischen wie der nationalsozialistischen Mordkampagnen“, schreibt Timothy Snyder.<sup>5</sup> „Etwa 3.5 Millionen Menschen fielen den stalinistischen Mordmaßnahmen zwischen 1933 und 1938 zum Opfer und weitere 3.5 Millionen deutschen Mordmaßnahmen zwischen 1941 und 1944. Noch einmal rund drei Millionen Ukrainer fielen im Kampf oder starben infolge des Krieges.“

**3** Die Geschichte, die ja in hohem Maße eine Geschichte der Untaten, also eine Mordgeschichte ist, wird, ethnozentrischen Interessen entsprechend, stilisiert: teils beschönigt, teils verleugnet. So entstehen Legenden, die mit Zähnen und Klauen gegen Versuche, sie einer Realitätsprüfung zu unterziehen, verteidigt werden. Die noch immer nachwirkende spätstalinistische Geschichtslegende leugnete oder beschönigte den Holodomor, verschwiegen den Massenterror der dreißiger Jahre, verhehlte die geheimen Abmachungen über die Aufteilung Osteuropas im Molotow-Ribbentrop-Pakt (von 1939), die Deportationen aus den besetzten Gebieten und den Massenmord an polnischen Offizieren in Katyn; sie ignorierte den Holocaust. Von dem Vierteljahrhundert Stalinscher Herrschaft blieb im (von der KPdSU geschaffenen) Mythos als Deckerinnerung nur der Sieg über den Faschismus im „Großen Vaterländischen Krieg“ übrig.

In der 1991 unabhängig gewordenen Ukraine ist eine realistische Revision der sowjetischen Geschichtslegende, die bis 1991 für alle vormaligen Satellitenstaaten verbindlich war, von nonkonformen Historikern (vor allem im Hinblick auf die große Hungersnot der Jahre 1932/33) ins Werk gesetzt worden. Aber diese Revision ist noch längst nicht allgemein zu Bewusstsein gekommen. Was geschehen ist, aber nicht bewusst wird, wird zum Spuk. Über den „killing fields“ der Ukraine – wie über denen Polens, Weißrusslands und Russlands – suchen die Geister der ermordeten Millionen die gegenwärtig Lebenden heim. Nachdem von Stalins Nationalbolschewismus nur der Nationalismus übriggeblieben ist (Lenin sprach von „großrussischem Chauvinismus“), von der Sowjetunion nur das Projekt einer „eurasischen Union“, grassiert bei rechtsextremen paramilitärischen Schlägertrupps in Russland wie in der Ukraine die Identifikation mit dem Aggressor. Die Marginalisierten suchen ihre Ohnmacht zu kompensieren, indem sie (in Moskau oder in Kiew) noch einmal als SA und SS auftreten. Ostukrainer, die sich an der Moskauer Berichterstattung orientieren, wännen, es gelte abermals, die „Faschisten“ zurückzuschlagen, von denen sie behaupten, sie hielten Kiew besetzt und wollten auf Stalino-Donetsk vorrücken. Manche „Linke“ in Deutschland und

Österreich tun es ihnen gleich oder sehen in den Belegschaften, die der Oligarch Achmetow als Ordnungstruppe einsetzt, ein Erwachen der Arbeiterklasse.

**4** Nach der Auflösung der Sowjetunion vollzog sich auch in der unabhängig gewordenen Ukraine die Umwandlung des Staatseigentums in Privateigentum und die Verwandlung der politisch herrschenden Nomenklatura in eine kapitalistische Klasse, deren politisch-ökonomische Führung seither die sogenannten „Oligarchen“ stellen. Als „Kornkammer“, schwerindustrielles Zentrum (Donbass) und Kreuzpunkt der Handels- und Energieströme von Nord nach Süd und von West nach Ost war und ist die Ukraine für ihre Nachbarstaaten und für die Machtblöcke, denen diese angehören, ebenso von Interesse wie als Einflusszone. Wurde im 20. Jahrhundert vor allem militärisch um die Ukraine gekämpft, so ist seit der Erlangung staatlicher Unabhängigkeit zwischen West und Ost – im Rahmen des „Gleichgewichts des Schreckens“, nämlich eines möglichen Kriegs mit atomaren Waffen – ein Tauziehen um Handelsvorteile und politisch-militärischen Einfluss im Gange. Der Reichtum des Landes an fruchtbaren Böden und Bodenschätzen lockt – wie im vorigen Jahrhundert – die konkurrierenden Großmächte zur Intervention. Beide Seiten, die EU (und die Vereinigten Staaten) auf der einen, Russland auf der anderen Seite, versuchen mit Beratern und Agenten, mit Geld und Waffenlieferungen, Einfluss auf die ukrainische Politik zu nehmen. Da die ukrainische Wirtschaft seit der Erlangung der Unabhängigkeit – besonders im Gefolge der Wirtschaftskrise von 2008 – den Lebensstandard der Mehrheit nicht fühlbar verbessert hat und auch deren Möglichkeiten zu demokratischer Beteiligung und Elitenkontrolle sich nicht eben vermehrt haben, tendiert – in Ermangelung einer wirklichen innerukrainischen Alternative – ein Teil der aktiven Bevölkerung im Osten zum Wiederanschluss an Russland, ein Teil der aktiven Bevölkerung im Westen zu einem Wirtschaftsverbund mit der EU. Schon in der „orangenen Revolution“ (in den Jahren 2004/05) zeichnete sich ab, dass der West-Ost-Interessen-Konflikt in Verbindung mit zentrifugalen Kräften in der Ukraine selbst zu einer Zerreißprobe für die Republik werden könnte. Die Dnjepr-Linie, die die lange Zeit habsburgisch oder polnisch geprägte Westukraine kulturell von der russisch dominierten Ostukraine trennt, erwies sich dann als Sollbruchstelle. Die seit eh und je bestehende sprachliche und religiöse Differenz zwischen den Ukrainern des Westens und Ostens könnte, der disproportionalen narzisstischen Reaktion auf kleine Unterschiede der Lebensführung

(Freud<sup>6</sup>) entsprechend, zum Motiv für eine neuerliche Teilung der Ukraine werden.

**5** Nach der durch ein Referendum unter russisch-militärischer Kontrolle gestützten „Heimholung“ oder Annexion der (zuletzt im zweiten Weltkrieg heftig umkämpften) Halbinsel Krim im März 2014 (im Rahmen von Putins Projekt der „Sammlung der russischen Erde“) kam es in den letzten Monaten in der Ostukraine zu Kämpfen zwischen paramilitärisch organisierten (und wahrscheinlich durch russische Kämpfer und Waffen verstärkten) Sezessionisten und Truppen der Kiewer Regierung, die seither etwa 400 Tote gefordert haben. Die Stadtrepubliken Donezk und Lugansk haben sich jüngst (einen Gebietsnamen aus dem 18. Jahrhundert übernehmend) zur Republik „Neurussland“ zusammengeschlossen. Soweit diese Ereignisse in Deutschland und Österreich Beachtung finden, fällt auf, dass – wie in Zeiten des Kalten Krieges – jedermann sogleich für die eine oder andere Seite Partei nimmt. Die *Motive* der Parteinahme für die Putin-Regierung und die ostukrainischen Autonomisten-Sezessionisten oder für die Kiewer Regierung – beziehungsweise für die Adoption der in West oder Ost propagierten Deutung des Konflikts – sind in der Regel ebenso unklar wie die Kriterien, anhand deren der Konflikt beurteilt wird. Auch deutsche (und österreichische) Beurteiler der aktuellen Vorgänge in der Ukraine legen sie zunächst im Rahmen älterer Interpretationen und (russophiler oder russophober) Optionen aus. Nicht wenige der sogenannten „Putin-Versteher“ sehen in Putins (kapitalistischem) Russland den Nachfolgestaat der (nicht-kapitalistischen) Sowjetunion und meinen die territorialen Interessen Russlands gegen die „imperialistische Einkreisung“ durch EU und NATO verteidigen zu müssen. Sie interpretieren die politischen Ereignisse ausschließlich als nationalstaatliche oder Block-Konflikte und ignorieren die Interessen unorganisierter Bevölkerungsmehrheiten und (ethnischer) Minderheiten, also die Interessen sozialer Klassen und Schichten *innerhalb* der Nationalstaaten und Blöcke. Darum verkannten sie auch den demokratischen Charakter der Majdan-Proteste gegen den (prorussischen) Präsidenten Janukowitsch im Herbst 2013 und im Frühjahr 2014 und verwechselten diese zweite Welle des Massenprotests (nach der „orangenen Revolution“ von 2004) gegen den politisch-ökonomischen Status quo mit einem „Hitlerputsch“ – nämlich mit den Aktionen der militanten neofaschistischen Gruppen, die die Protestbewegung zu kidnappen suchten, aber, wie die nach-

folgenden Wahlen zeigten, in der Bevölkerung kaum Rückhalt fanden.

Zu einer Lösung der total verfahrenen Situation kann nur ein dauerhafter Waffenstillstand führen, und deshalb sollten wir Front machen gegen die Säbelrassler auf beiden Seiten.

Falls es ein Waffenstillstand ermöglicht, Referenden und Neuwahlen in Kiew und Donezk unter internationaler Kontrolle abzuhalten, um die aktuellen Interessen der Bevölkerungsmehrheit und der Minderheiten in der Ost- und in der Westukraine in Erfahrung zu bringen, hinge die Zukunft des Landes nicht mehr nur von den Oligarchen, den bewaffneten Gruppen und den Großmächten (EU, USA und Russische Föderation) ab. Die Chancen für die Aufrechterhaltung eines unabhängigen ukrainischen Gesamtstaats (West, Ost, Krim) schwinden, je länger die kriegerischen Auseinandersetzungen andauern und je mehr Zivilisten und Bewaffnete in der Ostukraine sterben. So steht am Ende vielleicht die Aufteilung des Landes in ein Protektorat mit Westanbindung und eines mit Ostanbindung, während die „heimgeholte“ Halbinsel Krim der Russischen Föderation zugeschlagen wird.

## Teil II

„Dem großrussischen Chauvinismus erkläre ich den Kampf auf Leben und Tod.“ (W. I. Lenin, 1922)<sup>7</sup>

Gegenwärtig, siebeneinhalb Jahre später, sieht es so aus, als werde die Ukraine, deren Souveränität 1994 im „Budapester Memorandum“ – von den Großmächten (USA, Großbritannien, Russland) als Kompensation für die Abgabe (bzw. Vernichtung) der dort stationierten Atomwaffen-Trägerraketen garantiert worden war<sup>8</sup>, zwischen den tektonischen Platten des Westens (der USA und ihrer Verbündeten) auf der einen, Russlands und seiner Verbündeten auf der anderen Seite zerrieben, nachdem bereits Teile der Ostukraine und die Halbinsel Krim an Russland gefallen sind.

Wie zu Zeiten der Sowjetunion sind die höchst entwickelten westlichen Wirtschaftssysteme mit ihren (parlamentarisch-)demokratischen oder autoritären staatlichen Überbauten den autoritären Regimen des vormaligen Ostblocks – was Arbeitsproduktivität, Rüstungsausgaben, Pro-Kopf-Einkommen, Lebenserwartung, Konsumchancen und Meinungsfreiheit angeht – überlegen. Darum versuchen Millionen von Kriegs-, Armut- und Verfolgungsflüchtlingen (auch die Hunderttausende, die die Ukraine jetzt verzweifelt verlassen), in irgendeine der westlichen

Wohlstandsoasen zu gelangen. Die Kremlführungen reagierten seinerzeit auf dies Gefälle mit Abschottung, Terror im Inneren und (atomarer) Abschreckung gegenüber den westlichen Imperialismen. Ihr Nimbus beruhte auf dem planmäßigen Einsatz der verstaatlichten Produktionsmittel, der – für einen entsetzlichen Preis, nämlich 15 bis 35 Millionen Menschenopfer in Friedenszeiten – eine Industrialisierung des Landes und den Sieg über Hitlers Invasionsarmeen ermöglichte (der 27 Millionen sowjetische Kriegstote kostete). Die Sowjetunion schien lange Zeit das Modell eines alternativen, nicht-kapitalistischen Entwicklungspfad zu repräsentieren.

Nach letzten Versuchen, durch Reformen von oben das System der bürokratischen Planwirtschaft zu retten (Konsumsteigerung, Glasnost und Perestroika) kollabierte das Ein-Partei-Regime – unter dem Druck des Wettrüstens – Anfang der neunziger Jahre; die Partei-Nomenklatura eignete sich (ohne auf nennenswerten Widerstand zu treffen) das Staatseigentum an und verwandelte sich in eine neue Bourgeois-Klasse (die der – inzwischen als „Terrorist“ verfehte – Korruptionsbekämpfer Nawalny, der im Straflager gerade seinem zweiten Pseudo-Prozess entgeht, kurzerhand eine „Diebesbande“ nennt). Die der Sowjetunion einverleibten Satellitenländer ergriffen die Flucht – wie am Ende des ersten Weltkriegs, als die unterdrückten Nationen dem zaristischen „Völkergefängnis“ zu entkommen suchten – und verselbständigten sich als unabhängige, teils westlich orientierte Nationalstaaten.

Mit den verbliebenen Nachbarländern ging Russland 1991 eine Föderation (die „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“) ein, in der die neureichen „Oligarchen“ den Ton angaben. Sie bedurften eines staatlichen Schlichters im Kampf um die profitabelsten Stücke des vormaligen „Volkseigentums“ und eines Machtzentrums zum Schutz ihres Eigentums gegenüber der eigentumslosen Bevölkerungsmehrheit und den westlichen Imperialismen. Dazu bot sich die Nachfolgeorganisation der Stalinschen Geheimpolizei, der FSB an, der die aus privaten und staatlichen Großunternehmen gemischte, noch immer vorwiegend *extraktive* Wirtschaft kontrolliert und personell seit mehr als zwei Jahrzehnten durch den früheren KGB-Offizier Putin repräsentiert wird. Dessen Regime beruht *ideologisch* zum einen auf der Verleugnung der stalinistischen Schreckenszeit, zum andern auf der Feier von Russlands Ruhm und Größe. Russland ist die Hochburg der (verordneten) kollektiven Amnesie<sup>9</sup>, die vor allem die Zeit des Hoch-Stalinismus (die Ära der riesigen Zwangsarbeitslager und der Massenerschießungen) betrifft. Doch ruft das heu-

tige politische Regime mit den Morden an „Dissidenten“ (Politkowskaja, Nemzow ...) und „Abtrünnigen“ (wie Litwinenko), mit den Märchenerzählungen über die Vergangenheit und den Phantasien über die „westliche“ Welt die verdrängte Vergangenheit stets wieder zurück. Der realen Rückständigkeit des Landes soll durch den Rückgewinn verlorener Provinzen des Zaren- und Stalinreichs abgeholfen, dem Verlust von internationalem Prestige und Einfluss durch die Errichtung von Militärstützpunkten in anderen Ländern (nach dem Vorbild der USA), die Stützung des Lukaschenko- und des Assad-Regimes und die Entsendung von Söldnertruppen nach Afrika begegnet werden.

Und damit sind wir wieder bei der Invasion in die (westlich orientierte) Ukraine, die sich für das Putin-Regime vielleicht als ebenso verhängnisvoll erweisen wird wie 1979 der Versuch Breschnews (und seiner Nachfolger bis zum Rückzug 1989), Afghanistan unter sowjetische Kontrolle zu bringen, für das spätstalinistische Regime. Die Restaurationskriege gegen Tschetschenien und Georgien, die Interventionen in Belarus und Kasachstan folgen derselben Logik wie die Niederschlagung der antistalinistischen Revolten in Ostdeutschland (1953), in Ungarn (1956) und in der Tschechoslowakei (1968) oder die Unterdrückung der polnischen Solidarność-Bewegung (1981). Es ging und geht stets um *Kontrolle*, nicht nur um die militärische Sicherung des territorialen Bestands und um die Erweiterung von Einflusszonen, sondern vor allem darum, ein Übergreifen der Unabhängigkeits- und Selbstverwaltungs-Bestrebungen in den Peripherie-Staaten („Satelliten“) auf das Zentrum, Russland, im Keim zu ersticken.

In diesem Zusammenhang ist eine historische Episode aus den ersten Jahren der bolschewistischen Herrschaft von Interesse. Beim Zusammenschluss der verschiedenen nationalen Teilrepubliken unter kommunistischer Führung in einer Föderation oder Union kam es 1922 zu einem Konflikt zwischen den auf Autonomie und Gleichberechtigung bedachten georgischen (ukrainischen, belorussischen und transkaukasischen) Parteiführern, die von Lenin und Trotzki verteidigt wurden, und den Zentralisten Stalin, Dserschinski und Ordschonikidse. Lenin, der als einer der ersten Bolschewisten das Rückläufigwerden der Revolution (die „thermidorianische“ Tendenz) spürte, führte seinen „letzten Kampf“ gegen die Bürokratisierung des Partei- und Staatsapparats<sup>10</sup>, die Aufgabe des Außenhandelsmonopols und das Ignorieren der Differenz zwischen dem Nationalismus unterdrück-

ter und unterdrückender Nationen.<sup>11</sup> 100 Jahre vor Putin schrieb er:

„Unter diesen Umständen ist es ganz natürlich, daß sich die Freiheit des Austritts aus der Union, mit der wir uns rechtfertigen, als ein wertloser Fetzen Papier herausstellen wird, der völlig ungeeignet ist, die nichtrussischen Einwohner Rußlands vor der Invasion jenes echten Russen zu schützen, des großrussischen Chauvinisten, ja im Grunde Schurken und Gewalttäters, wie es der typische russische Bürokrat ist.“<sup>12</sup>

Die Welt von heute ist eine andere: Die Sowjetunion ist Geschichte, und Russland ist eine ordinäre imperialistische Macht. Doch der Stalinist im Kreml ist eine Reinkarnation jenes „Dershimorda“, der „Halt’s Maul“- und „Hau drauf“-Figur Nikolai Gogols, mit dem Lenin seinerzeit die Hyper-Zentralisten seiner Partei verglich. Und dieser „Dershimorda“ hat, wie sein Gegenstück Trump in den USA, die Hand am Abzug der Nuklearwaffen, was einmal mehr deutlich macht, dass die bestehende Gesellschaft und ihre Staaten der Kernenergie nicht gewachsen sind. Lenin war Internationalist, und er ahnte, dass der Kampf unterdrückter Nationen um ihre Autonomie noch lange währen würde. 1922 ging es um Subordinations- und Autonomie-Ansprüche im Verhältnis von sozialistisch orientierten Republiken, und Trotzki plädierte noch 1939, im Jahr des Kriegsausbruchs und im Hinblick auf den Hitler-Stalin-Pakt, für die Unabhängigkeit der (sozialistischen) Ukraine gegenüber der (stalinisierten) Sowjetunion und legitimierte deren mögliche Separation.<sup>13</sup> Heute geht es um das Verhältnis imperialistischer Großmächte zu den von ihnen kontrollierten und kolonisierten Nationen und Minderheiten oder zu ökonomisch und militärisch schwächeren Nationalstaaten.

Darum treten wir ein für die Unabhängigkeit der Ukraine, solidarisieren uns mit dem ukrainischen Widerstand und den Anti-Kriegs-Demonstranten in Moskau, in anderen russischen Städten und in aller Welt, appellieren an die russische Bevölkerung, die Duma und die Armeeführung, Putin in den Arm zu fallen, Neuwahlen zu erzwingen und ihn abzusetzen.

**1** Jobst, Kerstin S. (2010): *Geschichte der Ukraine*. Stuttgart (Reclam), S. 50.

**2** Snyder, Timothy (2010): *Bloodlands*. Europa zwischen Hitler und Stalin. München (dtv) 2014, S. 419. Vgl. dazu auch Conquest, Robert (1986): *Ernte des Todes*. Stalins Holocaust in der Ukraine 1929-1933. [*The Harvest of Sorrow*. Soviet Collectivization and the Terror-Famine.] München (Langen Müller) 1988.

**3** „Die sowjetische [Ukraine] durchlitt in der Zwischenkriegszeit zwei verheerende Hungersnöte mit mehreren Millionen Toten, denen im Zweiten Weltkrieg unter der deutschen Besatzung eine dritte und in der unmittelbaren Nachkriegszeit (1946/47) eine vierte folgen sollte.“ Jobst (2010), a. a. O., S. 187.

**4** Deutscher, I. (1963): *Trotzki*, Bd. III. Stuttgart (Kohlhammer) Kap. 5, S. 388 f.

**5** Snyder (2010), a. a. O. (Anm. 2), S. 405.

**6** Sigmund Freud knüpfte (1918) an eine Bemerkung von V. Crawley an, wonach jedes Individuum sich durch ein „taboo of personal isolation“ von den anderen absondert. „Gerade die kleinen Unterschiede bei sonstiger Ähnlichkeit [begründen] die Gefühle von Fremdheit und Feindseligkeit zwischen ihnen [ ]. Es wäre verlockend, dieser Idee nachzugehen und aus diesem ‚Narzißmus der kleinen Unterschiede‘ die Feindseligkeit abzuleiten, die wir in allen menschlichen Beziehungen erfolgreich gegen die Gefühle von Zusammengehörigkeit streiten und das Gebot der allgemeinen Menschenliebe überwältigen sehen.“ „Das Tabu der Virginität“, *Gesammelte Werke*, Bd. XII, Frankfurt (Fischer) 1966, S. 169.

**7** „Notiz für das Politbüro über den Kampf gegen den Grossmachtchauvinismus“ [6.10.1922]. *Werke*, Band 33; Berlin (Dietz) 1963, S. 358 und S. 506 (Fn. 80).

**8** Das „Budapester Memorandum“ wurde am 5.12.1994 von den USA, Großbritannien und Russland unterzeichnet.

**9** Mitten im Krieg gegen die Ukraine ließ Putin (am 28.2.2022) „Memorial“, die (internationale) Menschenrechtsorganisation, die seit 1989 an der Exhumierung der verschütteten russischen Geschichte des 20. Jahrhunderts arbeitet, verbieten.

**10** „Man sagt, die Einheit des Apparats sei nötig gewesen. Woher stammen diese Behauptungen? Doch wohl von demselben russischen Apparat, den wir [ ] vom Zarismus übernommen und nur ganz leicht mit Sowjetöl gesalbt haben.“ „Zur Frage der Nationalitäten oder der ‚Autonomisierung‘“ (30.12.1922). Lenin, *Werke*, Band 36, Berlin (Dietz) 1962, S. 590 f.

**11** Vgl. dazu Lewin, Moshé (1967): *Lenins letzter Kampf*. Hamburg (Hoffmann und Campe) 1970.

**12** Lenin, a. a. O. (Anm. 10).

**13** „Gekreuzigt zwischen vier Staaten, ist die Ukraine heute in die gleiche Situation geraten wie [früher] Polen [ ]. Die ukrainische Frage wird in allernächster Zukunft eine gewaltige Rolle im Leben Europas spielen [ ]“, schrieb er 1939, und setzte – im Hinblick auf den Holodomor und die Terrorjahre – hinzu: „Nirgendwo haben Unterdrückung, Säuberungen, Repressalien und überhaupt alle Formen des bürokratischen Rowdiums derart mörderische Ausmaße angenommen wie im Kampf gegen das machtvolle, tiefverwurzelte Streben der ukrainischen Massen nach mehr Freiheit und Unabhängigkeit.“ Trotzki (1939): „Die ukrainische Frage“ (22. 4. 1939); in: *Schriften*, Band 1.2; Hamburg (Rasch und Röhring), Text 50, S. 1169 f. und S. 1173. Vgl. dazu ebd. auch die Texte 56, 57 und 60.

# DIE UKRAINISCHE FRAGE

Der folgende Text folgt den „Trotzki Schriften“ des Verlags Rasch & Röhring.<sup>1</sup> Von den dort sehr umfangreichen Anmerkungen der Herausgeber haben wir nur einen kleinen Teil übernommen.

## Leo Trotzki

Die ukrainische Frage, die viele Regierungen, viele „Sozialisten“, selbst viele „Kommunisten“ zu vergessen oder auf die lange Bank der Geschichte zu schieben suchten, steht wieder einmal auf der Tagesordnung, aber diesmal mit doppelter Dringlichkeit. Die neue Zuspitzung der ukrainischen Frage ist aufs engste verknüpft mit der Entartung von Sowjetunion und Komintern, den Erfolgen des Faschismus und dem Näherrücken des nächsten imperialistischen Krieges. Gekreuzigt zwischen vier Staaten, ist die Ukraine heute in der Entwicklung Europas in die gleiche Situation geraten wie seinerzeit Polen, doch mit dem Unterschied, dass die internationalen Beziehungen heute unvergleichlich gespannter sind und das Tempo der Entwicklung sich beschleunigt hat. Die ukrainische Frage wird in allernächster Zukunft eine gewaltige Rolle im Leben Europas spielen. Nicht umsonst hat Hitler so geräuschvoll die Frage nach der Schaffung einer „Großukraine“ gestellt, und nicht umsonst hat er diese Frage mit solch verstohlener Eile wieder fallen lassen.

Die Zweite Internationale, die die Interessen der Arbeiterbürokratie und -aristokratie der imperialistischen Staaten auszudrücken pflegte, ignorierte die ukrainische Frage vollkommen. Selbst ihr linker Flügel schenkte der Frage nicht die nötige Aufmerksamkeit. Man muss sich nur daran erinnern, dass Rosa Luxemburg bei all ihrem glänzenden Intellekt und wahrhaft revolutionärem Geist die Aussage für möglich hielt, die ukrainische Frage sei eine Erfindung einer Handvoll Intellektueller.<sup>2</sup> Diese Einstellung hinterließ selbst bei der polnischen kommunistischen Partei einen tiefen Eindruck.

Die ukrainische Frage erschien den offiziellen Führern der polnischen Sektion der Komintern eher als ein Hindernis denn als ein revolutionäres Problem. Daher

beständig die opportunistischen Versuche, dieser Frage auszuweichen, sie zu unterschlagen, mit Stillschweigen zu übergehen oder sie in eine unbestimmte Zukunft zu verschieben.

Der bolschewistischen Partei gelang es nicht ohne Schwierigkeiten und nur allmählich, unter dem ständigen Druck Lenins, eine richtige Herangehensweise an die ukrainische Frage zu finden. Das Recht auf Selbstbestimmung, d. h. das Recht auf Loslösung [von Russland], gestand Lenin den Polen und den Ukrainern gleichermaßen zu. Aristokratische Nationen erkannte er nicht an. Jede Neigung, das Problem einer unterdrückten Nationalität zu umgehen oder auf die lange Bank zu schieben, betrachtete er als Ausdruck großrussischen Chauvinismus.<sup>3</sup>

Nach der Eroberung der Macht begann in der Partei eine ernste Auseinandersetzung um die Lösung der zahlreichen, vom alten Russland ererbten nationalen Probleme. In seiner Eigenschaft als Volkskommissar für die Nationalitäten vertrat Stalin beständig die zentralistischste und bürokratischste Tendenz. Das zeigte sich besonders deutlich an der georgischen und der ukrainischen Frage. Die Korrespondenz über diese Angelegenheit ist bis heute nicht veröffentlicht worden. Wir hoffen, einen Teil davon zu veröffentlichen — den sehr kleinen Teil, der uns zur Verfügung steht. Aus jeder Zeile der Briefe und Vorschläge Lenins spricht das Bestreben, den in der Vergangenheit unterdrückten Nationalitäten so weit wie möglich entgegenzukommen. In den Vorschlägen und Erklärungen Stalins hingegen klingt unverändert die Tendenz zum bürokratischen Zentralismus an. Um „administrative Erfordernisse“, d. h. die Interessen der Bürokratie zu sichern, wurden die legitimsten Ansprüche der unterdrückten Nationalitäten zu einer Erscheinung des kleinbürgerlichen Nationalismus erklärt. Alle diese Symptome waren schon in den Jahren 1922/1923 zu beobachten. Seitdem wuchsen sie in ungeheuerlichem Maße und führten zur vollständigen Erdrosselung jeder unabhängigen nationalen Entwicklung der Völker der UdSSR.

Nach Auffassung der alten bolschewistischen Partei sollte die Sowjetukraine eine machtvolle Achse werden, um die herum sich die übrigen Teile des ukrainischen Volkes vereinigen sollten. Es ist unbestreitbar, dass die Sowjetukraine in der ersten Periode ihres Bestehens eine mächtige Anziehungskraft, auch in nationaler Hinsicht, entwickelte und Arbeiter, Bauern und revolutionäre Intelligenz der von Polen versklavten Westukraine zum Kampf anspornte. In den Jahren der thermidorianischen Reaktion wandelte sich jedoch die Lage der Sowjetukraine

und damit der Rahmen der ukrainischen Frage insgesamt deutlich. Je größer die einmal geweckten Hoffnungen waren, desto schmerzlicher war nun die Enttäuschung. Die Bürokratie unterdrückte und plünderte das Volk auch in Großrussland aus. Aber in der Ukraine komplizierte sich die Angelegenheit durch die Zerstörung nationaler Hoffnungen. Nirgendwo haben Unterdrückung, Säuberungen, Repressalien und überhaupt alle Formen des bürokratischen Rowdytums derart mörderische Ausmaße angenommen wie im Kampf gegen das machtvolle, tief verwurzelte Streben der ukrainischen Massen nach mehr Freiheit und Unabhängigkeit. Die Sowjetukraine wurde für die totalitäre Bürokratie zum Verwaltungsabschnitt einer Wirtschaftseinheit und einer UdSSR-Militärbasis. Die Stalinbürokratie errichtet Schewtschenko<sup>4</sup> zwar Denkmäler, aber nur, um das ukrainische Volk mit ihrem Gewicht zu erdrücken und es zu nötigen, der gewalttätigen Kreml-Clique Lobeshymnen in der Sprache Kobzars zu singen.

Gegenüber den ukrainischen Gebieten außerhalb der UdSSR verhält sich der Kreml so wie gegenüber allen unterdrückten Nationalitäten, allen Kolonien und Halbkolonien, d. h. der Kreml betrachtet sie als Wechselgeld für seine internationalen Abmachungen mit imperialistischen Regierungen. Auf dem kürzlich stattgefundenen 18. Parteitag der Stalinschen „Partei“ erklärte Manuilski, einer der widerlichsten Renegaten des ukrainischen Kommunismus, ganz offen, nicht nur die UdSSR, sondern auch die Komintern (ein „Krämerladen“ nach Stalins Worten) lehne es ab, die Befreiung der unterdrückten Völker zu fordern, wenn deren Unterdrücker keine Feinde der herrschenden Moskauer Clique sind. Indien wird heute von Stalin, Dimitroff und Manuilski gegen Japan, aber nicht gegen England verteidigt. Die Kremlbürokraten sind bereit, die Westukraine im Austausch gegen ein diplomatisches Abkommen, das ihnen gegenwärtig vorteilhaft erscheint, endgültig an Polen abzutreten.<sup>5</sup> Sie beschränken sich in ihrer Politik schon lange auf Männer im Rahmen der Tageskonjunktur.

Von dem früheren Vertrauen und der Sympathie der westukrainischen Massen für den Kreml ist keine Spur mehr übrig. Seit der letzten mörderischen „Säuberung“ in der Ukraine wünscht im Westen niemand mehr, sich der Kreml-Satrapie anzuschließen, die weiterhin Sowjetukraine genannt wird. Die Arbeiter- und Bauernmassen in der Westukraine, der Bukowina und der Karpato-Ukraine sind desorientiert: Wohin soll man sich wenden? Was soll man fordern? In dieser Situation gerät die Führung natürlich in die Hände der reaktionärsten ukrainischen

Cliquen, deren „Nationalismus“ sich darin ausdrückt, das ukrainische Volk mit dem Versprechen einer fiktiven Unabhängigkeit an den einen oder anderen Imperialismus zu verkaufen. Auf diese tragischen Verwirrungen gründet Hitler seine Politik in der ukrainischen Frage. Seinerzeit sagten wir: Ohne Stalin (d. h. ohne die verhängnisvolle Politik der Komintern in Deutschland) hätte es Hitler nicht gegeben. Dem können wir heute hinzufügen: Ohne die Vergewaltigung der Sowjetukraine durch die stalinistische Bürokratie gäbe es keine Hitlersche Ukrainepolitik.

Wir wollen hier nicht bei der Analyse der Motive verweilen, die Hitler dazu bewegten, seine Losung von einer Großukraine, zumindest vorläufig, aufzugeben. Diese Motive müsste man einerseits in den betrügerischen Bündnissen des deutschen Imperialismus suchen, andererseits in der Befürchtung, man werde einen bösen Geist rufen, den man dann nur schwer wieder loswerde. Hitler schenkte den ungarischen Henkern die Karpato-Ukraine. Das geschah zwar nicht mit der offenen Billigung Moskaus, aber doch in Erwartung einer solchen Billigung. Es war, als ob Hitler zu Stalin gesagt hätte: ‚Hätte ich die Absicht, morgen die Sowjetukraine anzugreifen, dann hätte ich die Karpato-Ukraine in eigener Hand behalten.‘ Als Antwort darauf übernahm Stalin auf dem 18. Parteitag öffentlich die Verteidigung Hitlers gegen die Verleumdungen der „westlichen Demokratien“. Hitler beabsichtigt, die Ukraine anzugreifen? Kein Gedanke! Gegen Hitler kämpfen? Nicht die geringste Veranlassung! Stalin interpretiert die Übergabe der Karpato-Ukraine an Ungarn offensichtlich als einen Akt der Friedensliebe. Das bedeutet, dass Teile des ukrainischen Volkes für den Kreml zum Wechselgeld in seinen internationalen Kalkulationen geworden sind.

Die Vierte Internationale muss sich klar sein über die gewaltige Bedeutung der ukrainischen Frage für das Schicksal nicht nur Südost- und Osteuropas, sondern ganz Europas. Es geht um ein Volk, das seine Lebensfähigkeit bewiesen hat, das zahlenmäßig der Bevölkerung Frankreichs gleichkommt<sup>6</sup> und ein außergewöhnlich reiches Territorium besitzt, ein Territorium, das zudem von höchster strategischer Bedeutung ist. Die Frage nach dem Schicksal der Ukraine stellt sich in ihrer ganzen Bedeutung. Wir brauchen eine klare und prägnante Losung, die der neuen Situation entspricht. Meiner Meinung nach kann es heute keine andere Losung geben als diese: Eine vereinigte, freie und unabhängige Sowjetukraine der Arbeiter und Bauern.

Dieses Programm steht vor allem zu den Interessen der drei imperialistischen Staaten Polen, Rumänien und

Ungarn in unveröhnlichem Widerspruch. Nur hoffnungslose, pazifistische Dummköpfe können sich vorstellen, dass die Befreiung und Vereinigung der Ukraine durch friedliche diplomatische Mittel, durch Referenden, Beschlüsse des Völkerbunds usw. erreicht werden kann. Keinen Deut besser sind freilich jene „Nationalisten“, die die ukrainische Frage dadurch lösen wollen, dass sie einem Imperialismus Handlangerdienste gegen den anderen leisten. Diesen Abenteurern erteilte Hitler eine unschätzbare Lehre, indem er den Ungarn die Karpato-Ukraine überließ (für wie lange wohl?), die auf der Stelle eine nicht geringe Anzahl gutgläubiger Ukrainer ermordeten. Da die Angelegenheit von der militärischen Stärke der imperialistischen Staaten abhängig ist, wird der Sieg dieser oder jener Gruppierung nichts anderes zu bedeuten haben, als eine erneute Zerstückelung und eine noch brutalere Unterjochung des ukrainischen Volkes. Das Programm für die Unabhängigkeit der Ukraine ist in der Epoche des Imperialismus unmittelbar und unlösbar mit dem Programm der proletarischen Revolution verbunden. Es wäre verbrecherisch, irgendwelche Illusionen in diesem Punkt zu hegen.

Aber die Unabhängigkeit einer vereinigten Ukraine würde doch die Loslösung der Sowjetukraine von der UdSSR bedeuten, werden die „Freunde“ des Kreml im Chor rufen. Was ist denn daran so schrecklich? — entgegen wir. Inbrünstige Verehrung von Staatsgrenzen ist uns fremd. Wir vertreten nicht die Position eines „vereinigten und unteilbaren“ Ganzen. Sogar die Verfassung der UdSSR erkennt den in der Föderation zusammengeschlossenen Völkern das Recht auf Selbstbestimmung, das heißt das Recht auf Loslösung zu.<sup>7</sup> Folglich wagt nicht einmal die derzeitige Kreml-Oligarchie, dieses Prinzip zu leugnen. Freilich steht es nur auf dem Papier. Der leiseste Versuch, offen die Frage nach einer unabhängigen Ukraine aufzuwerfen, würde die sofortige Erschießung wegen Hochverrats bedeuten. Aber gerade diese widerwärtige Zweideutigkeit, gerade diese erbarmungslose Hetzjagd auf jeden freien, nationalen Gedanken hat dazu geführt, dass die arbeitenden Massen der Ukraine, mehr noch als die Massen Großrusslands, die Kreml-Herrschaft als ungeheuer tyrannisch empfinden. Angesichts solcher inneren Verhältnisse kann von einem freiwilligen Anschluss der Westukraine an die UdSSR, so wie sie zur Zeit besteht, selbstverständlich keine Rede sein. Die Vereinigung der Ukraine setzt also die Befreiung der so genannten Sowjetukraine vom stalinistischen Joch voraus. Auch in dieser Frage wird die bonapartistische Clique das ernten, was sie gesät hat.

Aber würde das nicht eine militärische Schwächung der UdSSR bedeuten? — werden die „Freunde“ des Kreml entsetzt schreien. Die Schwächung der UdSSR antworten wir, ist Folge jener stetig anwachsenden zentrifugalen Tendenzen, die die bonapartistische Diktatur hervorbringt. Im Kriegsfall kann der Hass der Massen auf die herrschende Clique zur Vernichtung aller sozialen Errungenschaften des Oktober führen. Die Quelle der defätistischen Stimmungen liegt im Kreml. Eine unabhängige Sowjetukraine wäre andererseits, schon aufgrund ihrer eigenen Interessen, im Südwesten ein mächtiges Bollwerk für die UdSSR. [Eine Loslösung der Ukraine würde nicht eine Schwächung der Verbindungen mit den werktätigen Massen Großrusslands bedeuten, sondern lediglich eine Schwächung des totalitären Regimes, das Großrussland wie auch die anderen Völker der UdSSR unterdrückt.] Je eher die jetzige bonapartistische Kaste unterminiert, erschüttert, zerschlagen und hinweggefegt wird, desto solider wird die Verteidigung der Sowjetrepublik und desto gesicherter wird ihre sozialistische Zukunft sein.

Selbstverständlich könnte eine unabhängige Arbeiter- und-Bauern-Ukraine später der Sowjetföderation beitreten; aber freiwillig und zu Bedingungen, die sie selbst für akzeptabel hält, was wiederum eine revolutionäre Erneuerung der UdSSR selbst voraussetzt. Eine wirkliche Befreiung des ukrainischen Volkes ist undenkbar ohne die Revolution oder eine Reihe von Revolutionen im Westen, die letztendlich zur Gründung der Vereinigten Sowjetstaaten von Europa führen müssen. Eine unabhängige Sowjetukraine könnte und würde zweifellos dieser Föderation als gleichberechtigtes Mitglied beitreten. Die proletarische Revolution in Europa würde das widerliche Bauwerk des stalinistischen Bonapartismus Stein für Stein zerstören. In diesem Fall wäre das engste Bündnis der Vereinigten Sowjetstaaten von Europa mit der erneuerten UdSSR unvermeidlich und würde für den europäischen und den asiatischen Kontinent, natürlich einschließlich der Ukraine, unermessliche Vorteile bieten. Aber hier kommen wir bereits auf Fragen zweiter und dritter Ordnung zu sprechen. Ein Problem erster Ordnung ist eine revolutionäre Gewährleistung der Einheit und Unabhängigkeit einer Arbeiter- und-Bauern-Ukraine im Kampf gegen den Imperialismus einerseits und den Moskauer Bonapartismus andererseits.

Die Ukraine verfügt über eine besonders reiche Erfahrung an Irrwegen im Kampf um die nationale Befreiung. Hier wurde schon alles versucht: die kleinbürgerlichen Rada<sup>8</sup>, Skoropadski<sup>9</sup> und Petljura<sup>10</sup>, das „Bündnis“ mit



Hohenzollern sowie Kombinationen mit der Entente. Nach all diesen Experimenten können nur noch politische Kadaver weiterhin hoffen, dass irgendeine der Fraktionen der ukrainischen Bourgeoisie als Führerin des nationalen Befreiungskampfs in Frage kommen kann. Allein das ukrainische Proletariat ist fähig, diese — ihrem Wesen nach revolutionäre — Aufgabe zu lösen und die Initiative zu ihrer Lösung zu ergreifen. Nur das Proletariat kann die Bauernmassen und die wirkliche revolutionäre nationale Intelligenz um sich vereinen.

Zu Beginn des letzten imperialistischen Krieges versuchten die Ukrainer Meienewski („Basok“) und Skoropis-Jeltuchowski<sup>11</sup> die ukrainische Freiheitsbewegung dem Schutz des Hohenzollerngenerals Ludendorff zu unterstellen, wobei sie ihr Vorgehen mit linken Phrasen bemäntelten. Die revolutionären Marxisten beförderten diese Herren mit einem Fußtritt aus dem Weg. So müssen Revolutionäre auch künftig verfahren. Der näher rückende Krieg wird für alle möglichen Abenteurer, Wüschelrutengänger und solche, die das goldene Vlies<sup>12</sup> suchen, ein günstiges Klima schaffen. Diese Herren, die sich besonders gerne die Hände an der nationalen Frage wärmen, sollte man nicht einmal auf Kanonenschussweite an die Arbeiterbewegung heranlassen. Nicht den geringsten Kompromiss mit dem Imperialismus, weder dem faschistischen noch dem demokratischen! Nicht das geringste Zugeständnis an die ukrainischen Nationalisten, weder die klerikal-reaktionären noch die liberal-pazifistischen!<sup>13</sup> Keine „Volksfronten“! Völlige Unabhängigkeit der proletarischen Partei als Avantgarde der Arbeiter!

Das scheint mir die richtige Politik in der ukrainischen Frage zu sein. Ich spreche hier für meine Person und in meinem eigenen Namen. Die Frage bedarf einer internationalen Diskussion. Der vorderste Rang in dieser Diskussion gebührt den ukrainischen revolutionären Marxisten.<sup>14</sup> Wir werden ihnen mit größter Aufmerksamkeit zuhören. Doch sie sollen sich beeilen. Es bleibt uns nur wenig Zeit zur Vorbereitung!

Coyoacán, 22. April 1939

**1** Leo Trotzki, Schriften Band 1. „Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur“ Band 1.2 (1936–1940). Hamburg (Rasch und Röhring Verlag) 1988

**2** Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd. 4, Berlin/DDR 1974; Roman Rosdolsky, *Zur nationalen Frage, Friedrich Engels und das Problem der ‚geschichtslosen‘ Völker*“, Berlin (Olle & Wolter), 1979

**3** Lenin, „Die Kadetten über die ukrainische Frage“, 16.7.1913; Lenin Werke Bd.19 und „Noch einmal über ‚Nationalismus‘“ (20.2.1914), Lenin Werke 20, hier S. 100 f.

**4** Taras Schewtschenko (1814–1861), der Nationaldichter der Ukraine, veröffentlichte 1840 seine erste Gedichtsammlung „Der Kobzar“.

**5** Auf der Grundlage des deutsch-sowjetischen Vertrages wurde die Westukraine der Sowjetunion zugestanden und am 17.9.1939 von sowjetischen Truppen besetzt. Bei dieser Annexion blieb es auch nach 1945; Polen wurde durch deutsche Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie entschädigt.

**6** Ende 1938 lebten über 50 Millionen Ukrainer, aufgeteilt auf die UdSSR (31,9 Millionen innerhalb, 5,8 Millionen außerhalb der Sowjetukraine), Polen (10,2 Millionen), Rumänien (1,4 Millionen) und die ČSR (0,8 Millionen). (Vgl. *Encyclopedia of Ukraine*, Bd. *Map and Gazetteer*, Toronto [University of Toronto Press] 1984, S.3) Frankreich hatte 1936 41,9 Millionen Einwohner.

**7** Art. 17 der damaligen sowjetischen Verfassung lautete: „Jeder Unionsrepublik bleibt das Recht auf freien Austritt aus der UdSSR vorbehalten.“ („Verfassung [Grundgesetz] der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken“, in: *Rundschau*, Nummer 59, 23.12.1936, S. 2277–2284, hier S. 2278.)

**8** Die ukrainische Zentralrada (von ukr. „Rat“) entstand am 4. (17.) März 1917 in Kiew als die politische Vertretung der Ukraine durch Übereinkunft der wichtigsten ukrainischen Parteien: Progressisten (bürgerliche Liberale), Sozialrevolutionäre und Sozialdemokraten. Mitte Juni ernannte die Rada eine Regierung („Generalsekretariat“) und proklamierte die Autonomie. Nach der Oktoberrevolution, die von der Rada abgelehnt wurde, proklamierte sie am 7. (20.) November 1917 die „Ukrainische Volksrepublik“ als Teil einer zukünftigen russischen Föderation. Die Rada schickte eine eigene Delegation nach Brest-Litowsk. Am 11. (24.) Januar 1918 schließlich proklamierte sie ihre Unabhängigkeit. Am 18.2.1918 begann die deutsch-österreichische Offensive, die zur Besetzung der ganzen Ukraine führte.

**9** Pawlo Skoropadski (1873–1945) organisierte den „Bund der Landbesitzer“, einen Zusammenschluss der ukrainischen Großgrundbesitzer. Am 29. April 1918 putschte er mit deutscher Hilfe – die Ukraine war inzwischen von Deutschland besetzt worden – und ließ sich zum Hetman (der alte Titel der Anführer der Kosaken) ausrufen. Unter dem Hetmanat wurde die Ukraine faktisch eine Kolonie Deutschlands. Sein Regime brach unmittelbar nach dem Abzug der deutschen Truppen zusammen und wurde im Nov./Dez. 1918 durch ein Direktorium unter Symon Petljura abgelöst.

**10** Symon Petljura (1879–1926) war in der Rada für die Organisation einer ukrainischen Armee verantwortlich. Am 14. Dezember 1918 besetzten seine Truppen Kiew. Seine Truppen verübten Judenmorde (ca. 30 000 Opfer) in bis dahin unbekanntem Ausmaß. Petljura floh im Dezember 1919 nach Polen und schloss einen Pakt mit Pilsudski gegen die Sowjets, der auch den Verzicht auf die von Polen okkupierte Westukraine einschloss. Im April 1920 eröffneten polnische Truppen und die Überreste der Petljura-Armee den polnisch-sowjetischen Krieg und eroberten Kiew, wurden aber schließlich geschlagen.

**11** Marian Melenewski (1879–1938) und Olexander Skoropis-Joltuchowski (1880–1950) waren ukrainische Sozialdemokra-

ten. Melenewski und Joltuchowski lebten bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs im österreichischen Exil und gehörten zu den Mitbegründern des „Bundes zur Befreiung der Ukraine“. Diese Organisation existierte zwischen 1914 und 1918, finanziert von Deutschland und Österreich-Ungarn, und betrieb Propaganda unter den ukrainischen Kriegsgefangenen aus dem russischen Heer. Melenewski bemühte sich vergeblich um Lenins Unterstützung. Der „Bund“ strebte die Bildung einer ukrainischen Monarchie unter dem Protektorat der Mittelmächte an, die nur den russischen Teil des Landes umfassen sollte. Faktisch war der „Bund“ ein Werkzeug der Mittelmächte zur Zersetzung des russischen Reiches. Nach Bildung der Rada im März 1917 verlor er jede Bedeutung und wurde im folgenden Jahr aufgelöst.

**12** Das „Goldene Vlies“ des Widders war Ziel des „Argonautenzugs“ – einer (etwa eine Generation vor dem Trojanischen Krieg spielenden) mythischen Darstellung der milesischen Kolonisation der Schwarzmeerküste im 7. Jahrhundert v. u. Z.

**13** Zur bedeutendsten Organisation des ukrainischen Nationalismus hatte sich die 1929 gegründete „Organisation der ukrainischen Nationalisten“ (OUN) entwickelt. Ihr Erfolg war eine Folge der Enttäuschung über die Entwicklung der Sowjetukraine unter stalinistischer Herrschaft. Eine Gruppe, angeführt von Stepan Bandera (die dann als OUN-B – für „Banderisten“ bekannt wurde), begann sich von der Fixierung auf ein Bündnis mit Deutschland zu lösen, forderte die Vorbereitung auf einen langen Guerillakampf, hielt aber durchaus noch eine taktische Zusammenarbeit mit Nazi-Deutschland für möglich (so wurden mit deutscher Hilfe „ukrainische Legionen“ aufgestellt, die bis 1942 bestanden).

**14** Nach der Vernichtung der trotzkistischen Opposition in der gesamten Sowjetunion bestand noch eine kleine trotzkistische Gruppe in der Westukraine. Sie hatte sich Ende der zwanziger Jahre aus einer Strömung in der westukrainischen KP entwickelt. Zu dieser Gruppe gehörten auch Roman Rosdolsky und weitere Pioniere des Kommunismus in der Westukraine. Nach dem sowjetischen Einmarsch in die Westukraine am 17. September 1939 begann das NKWD sofort mit der Verfolgung dieser Gruppe. Viele ihrer Mitglieder kamen durch stalinistischen Terror um, anderen gelang die Flucht in das von den Nazis besetzte Polen, wo die Gestapo sie verfolgte. Zu Roman Rosdolsky vgl. das Vorwort von Emily Rosdolsky in: Rosdolsky, *Zur nationalen Frage...* (s. Fußnote 2), S. 5-15.



**Paul B. Kleiser**  
**Der Heimathorst  
 oder  
 Bayern ohne Lederhosen**

**Eine kritische Geschichte**

188 Seiten, 19,80 Euro

ISBN 3-89900-155-6

In der Präambel der »weiß-blauen Grundsätze der Bayernpartei« kann man lesen: »Bayern ist der älteste Staat des deutschen Sprachgebiets und einer der ältesten Staaten Europas. Das bayerische Volk hat ein echtes, ererbtes und gefestigtes Staatsbewusstsein. Aufgrund seiner Vielfalt und Traditionen haben die Bayern einen tiefen Grund, ihr Vaterland und ihre bairische, fränkische und schwäbische Heimat zu lieben.«

Die meisten Anhänger konservativer Parteien und Organisationen, vor allem der CSU, würden diesen Aussagen zustimmen und von 1 000 Jahren bayrischen Staatswesens sprechen. Der große Oberpfälzer Historiker Karl Bosl nannte diese Position zu Recht eine »pseudohistorische Ideologie«.

Die Mythenbildung ist in Bayern wohl wegen der langen Herrschaft der Wittelsbacher und wegen des katholischen Partikularismus besonders ausgeprägt. Das spezifische Sonderbewusstsein der Bayern entwickelte sich unter dem Eindruck der Reformen des Grafen Montgelas, der Befreiungskriege gegen Napoleon und der Kulturpolitik von König Ludwig I. erst langsam im Verlauf des 19. Jahrhunderts. Das Buch dekonstruiert den »Bayernmythos« und stellt ihm eine Geschichte der sozialen Kämpfe und Auseinandersetzungen bis heute entgegen. Es erklärt den Niedergang der CSU seit dem Tod von Franz Josef Strauß und dem Scheitern der WAA in Wackersdorf und beleuchtet die gegenwärtigen Umbruchprozesse, die tendenziell der bayerischen Sonderstellung ein Ende bereiten.

**Neuer ISP Verlag GmbH**

☎ (0721) 3 11 83

[neuer.isp.verlag@t-online.de](mailto:neuer.isp.verlag@t-online.de)

[www.neuerispverlag.de](http://www.neuerispverlag.de)

# „SOZIALVERSICHERUNG FÜR ERNÄHRUNG“ ALS MODELL?

Auch wenn es im deutschsprachigen Raum noch keine Initiative für eine „Sozialversicherung für Ernährung“ gibt, wirft dieses in Frankreich entstandene Modell interessante Fragen auf, die zur Nachahmung anregen könnten.

## ■ Ökologiekommision der NPA

„Das Essen ist Grundlage unseres Lebens, deshalb ist es so wichtig. Aufgeladen mit Kultur, Symbolen, materiellen und immateriellen Werten, spielen Lebensmittel eine soziale und politische Rolle, sowohl für diejenigen, die sie herstellen, als auch für diejenigen, die sie zu sich nehmen.“ (Bénédicte Bonzi, Sozialanthropologin)

Die Gesundheitskrise hat die Warteschlangen vor den Lebensmitteltafeln wieder anwachsen lassen. Zum ersten Mal seit mehreren Jahren ging 2021 der Konsum von Bio-Lebensmitteln in Frankreich zurück und gefährdet damit das an sich schon unzureichende Ziel des Landwirtschaftsministeriums, 18 % der landwirtschaftlichen Flächen bis 2027 biologisch zu bewirtschaften. Biolebensmittel spielen nach wie vor eine marginale Rolle.

Wenn wir uns mit Ernährung befassen, stellt sich zwangsläufig die Frage: Wer produziert die Lebensmittel? Und wie und warum?

Der Vorschlag einer sozialen Absicherung der Nahrungsmittelversorgung, der in diesem Dossier vorgestellt wird, ist eine mögliche Alternative: Vergesellschaftung der Lebensmittelversorgung, um sie aus der kapitalistischen Logik der kommerziellen Verwertung herauszubrechen und vergleichbar dem Prinzip der Sozialversicherung zu gestalten. Eine solche Organisation der Nahrungsmittel-

branche auf kollektiver und makroökonomischer Ebene lässt sich nur bei einem entsprechenden Kräfteverhältnis durchsetzen. Aber selbst wenn so ein Projekt noch mit vielen offenen Fragen angegangen wird, kann es zugleich Selbstvertrauen schaffen und uns für die kommenden Kämpfe stärken. In jedem Fall wäre dies eine mitreißende Aufgabe auch für uns als Antikapalist\*innen.

### Der Markt macht nicht satt

Der Kapitalismus hat Landwirtschaft und Nahrungsmittelversorgung aus dem Gleichgewicht gebracht und seiner Gewalt unterworfen. Die globalisierte Wertschöpfungskette der Nahrungsmittelkonzerne stützt sich auf koloniale Ausbeutungsstrukturen aus der Vergangenheit und die daraus entstandenen ungleichen Beziehungen zwischen den Ländern. Daneben sind Agrarrohstoffe zu beliebigen Spekulationsobjekten auf den Finanzmärkten geworden und die Corona-Krise hat zu Verwerfungen in der Nahrungsmittelproduktion und zu einem Anstieg der Weltmarktpreise um 40 % geführt.

### Nahrung als Waffe

Die Nahrungsmittelversorgung birgt schon insofern ein Unrecht in sich, als viele von (gesunder) Ernährung aus-

geschlossen sind und dadurch physische und moralische Nachteile erleiden. Dies ist insofern strukturelle Gewalt, als die Verantwortung dafür den betroffenen Menschen und nicht den herrschenden Verhältnissen angelastet wird und sie sich bloß um bessere Ernährung bemühen müssten, um gesundheitliche Folgeschäden wie Adipositas oder Diabetes zu vermeiden.

In Frankreich leiden 22 % der Haushalte mit Kindern [in Deutschland ca. 17 %] unter mangelhafter oder unzureichender Ernährung, zumal das Lebensmittelbudget nach unten angepasst wird, wenn die sonstigen Kosten für den Lebensunterhalt steigen. Überall auf der Welt dienen Nahrungsmittel den herrschenden Klassen als Mittel, ihre Macht durchzusetzen. Hunger kann als Waffe in Kriegen eingesetzt werden, obwohl das Recht auf Nahrung in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 festgelegt, in Frankreich jedoch nicht gesetzlich verankert ist.

Es handelt sich dabei um physische und psychische Gewalt, sowohl für die Empfänger\*innen von Lebensmittelhilfe als auch für die freiwilligen Helfer\*innen, wenn diese sich des herrschenden Systems bewusst werden.

### **Strukturelle Gewalt gegen Bäuerinnen und Bauern**

Strukturelle Gewalt erfahren auch die Bauern und Bäuerinnen sowie die Beschäftigten in der Wertschöpfungskette der Nahrungsmittelkonzerne. Dabei ist die gesamte Wertschöpfungskette zu betrachten, nicht nur die Produktion und der Konsum, sondern auch die Verarbeitung und der Vertrieb. Auf jeder dieser Ebenen wirken die Herrschafts-, Ausbeutungs- und Klassenverhältnisse: Viele sind Lohnabhängige, oft aus dem Ausland, und werden ausgebeutet (als Saisonarbeiter\*innen in der Landwirtschaft oder Arbeiter\*innen in Schlachthöfen und im Einzelhandel, durch Zwangsarbeit in einigen Ländern oder kostenlose Frauenarbeit).

Weltweit gibt es 570 Millionen Bauern und Bäuerinnen, wobei 70 % der Nahrungsmittel von Frauen erzeugt werden. In Frankreich sind sie isoliert, werden für ihre harte Arbeit schlecht bezahlt (ein Drittel der Bauern und Bäuerinnen verdiente 2016 weniger als 350 Euro im Monat), sind frustriert, weil sie die Bevölkerung nicht mehr angemessen ernähren können, und leiden damit unter extremer Gewalt. Im Jahr 2019 nahm sich jeden Tag ein Landwirt das Leben.

Die Spirale aus Mechanisierung der Landwirtschaft und Verschuldung zur Steigerung der Produktion bei zugleich vom Einzelhandel durchgesetzten niedrigeren

Einkaufspreisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse ist bekannt. Ein Viertel der landwirtschaftlichen Betriebe in Frankreich hat zwischen 2010 und 2015 seine Tätigkeit eingestellt [in Deutschland ging zwischen 1975 und 2010 die Zahl von 900 000 auf 300 000 zurück]. Der Erwerb von Grund und Boden ist für junge Menschen, die sich niederlassen wollen, sehr schwierig und gewährleistet nicht mehr den Generationenwechsel in der Landwirtschaft.

Das Bild des unabhängigen und freien Bauern ist ein Mythos: Die große Mehrheit der Landwirte verdient ihr Geld dank der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU. Ihr Einkommensanteil in der gesamten Agrar- und Lebensmittelwirtschaft liegt gerade mal bei 6,2 %.

Gegenwärtig ernährt sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung über die großen Einzelhandelsunternehmen. Der Lebensmitteleinzelhandel wird in Frankreich zu 90 % von sechs großen Konzernen dominiert: Auchan, Système U, Carrefour, Leclerc, Intermarché und Casino mit einem Umsatz von 165 Milliarden Euro<sup>1</sup> [in Deutschland entfallen auf die Top 4 166 Mrd. € und damit 75% des Gesamtumsatzes<sup>2</sup>].

### **Keine Klasse für die Masse**

Abgesehen von diesem Vertriebssystem ist die sogenannte bäuerliche Landwirtschaft in einem segmentierten Markt gefangen. Mit dem Aufkommen der Alternativen zur Agrarindustrie (die regionalen Erzeugerverbände AMAP, Bauernmärkte, Genossenschaften etc.) entwickelt sich ein zweigleisiges Lebensmittelsystem: auf der einen Seite qualitativ hochwertige Lebensmittel aus alternativen Produktions- und Vertriebsmethoden und auf der anderen Seite minderwertige Produkte, die der Gesundheit und Umwelt schaden.

Das Projekt einer sozialen Ernährungsversicherung besteht darin, ein Agrar- und Lebensmittelsystem zu schaffen, das den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht wird, den Zugang zu qualitativ hochwertigen, ausgewählten Lebensmitteln sicherstellt und dies mit dem Recht auf ein angemessenes Einkommen für die Beschäftigten im Lebensmittelsektor, von der Produktion bis zum Vertrieb, und dem Schutz der Umwelt verknüpft.

Nach dem Vorbild der 1945 verordneten Sozialversicherung soll über eine Lebensmittelkarte ein Budget von 150 Euro pro Monat und Person abgesichert werden, das in dafür vorgesehenen Geschäften genutzt werden kann, die nach demokratisch festgelegten sozialen und ökologischen Kriterien ausgewählt werden. Das erforderliche

Budget, das auf 118 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt wird, soll durch Unternehmer- und/oder Beschäftigtenbeiträge finanziert werden.

Das Projekt der sozialen Ernährungsversicherung wird von einem breiten Kollektiv getragen, wobei jedoch ISF-Agrista (Ingenieure ohne Grenzen), die Bauerngewerkschaft Confédération paysanne, das CIVAM-Netzwerk zur Aufwertung der Landwirtschaft (Centre d'initiatives pour valoriser l'agriculture et le milieu rural) und die Basisinitiative Réseau salariat<sup>3</sup> die am weitesten fortgeschrittenen Ausarbeitungen angestellt haben. Aber alle Aktivist\*innen betonen, dieses Projekt als „work in progress“ zu begreifen. Das gesamte Kollektiv greift in seiner „gemeinsamen Plattform“ weitgehend die grundlegenden Analysen von Bernard Friot auf, lässt allerdings die Debatte über viele wichtige Punkte offen.

### Wer entscheidet über unser Essen?

Die Lebensmittelbranche wird von einigen wenigen großen Akteuren beherrscht: Bigard (Fleischindustrie), Avril (Agrarkonzern mit Schwerpunkt Speiseöl und pflanzliche Proteine), Savéol (genossenschaftlich organisierter Produzent von Obst und Gemüse), Tereos (genossenschaftlich organisierter Produzent von Zucker und Ethanol), Agrial (genossenschaftlich organisierter Produzent von Milchprodukten etc.). Diese Konzerne und ihre Aktionäre treffen die grundlegenden Entscheidungen. Diese werden in enger Absprache mit den politischen Instanzen verschiedener auch supra-nationaler Ebenen incl. der Europäischen Union getroffen. Die offiziellen Bauernverbände passen sich mit ihrer Politik vollständig diesen katastrophalen Entscheidungen an: Die FNSEA stellt sich voll und ganz hinter das Prinzip des Produktivismus in der Agrarwirtschaft und sorgt für dessen breite Umsetzung.

Das System der Sozialversicherungskassen von 1946 bis 1967 war ein erster Schritt. Obwohl dieses Sozialversicherungssystem ständig infrage gestellt wird und kaputtgespart werden soll, ist es ein makroökonomischer Erfolg, dessen jahrzehntelang erfolgreiche Umsetzung die Aktivist\*innen zu der Idee einer „sozialen Ernährungsversicherung“ inspirierte. Diese soll als Hebel dienen, um die Macht der Aktionäre infrage zu stellen. Da Lebensmittel von allen Menschen zum Leben gebraucht werden, bietet sich diese Branche an, um gesellschaftlich wieder in die Offensive zu gelangen.

Dabei geht es um die Umsetzung des Prinzips, das durch die Einführung einer allgemeinen Sozialversiche-

### LEBENSMITTELHILFE

Die Zahl der Empfänger\*innen von Lebensmittelhilfe in Frankreich ist von 2,8 Millionen im Jahr 2008 auf 7 Millionen im Jahr 2020 gestiegen. Diese Hilfsgüter haben zumeist ihr Verfallsdatum überschritten oder sind nicht mehr frisch, sodass sie niemand mehr kauft und sie ansonsten im Müll landen würden. Die Ernährungsindustrie leistet sich also eine ständige Überproduktion und produziert damit essbare Abfälle.

Die Lebensmittelhilfe speist sich zu 95 % aus der Agrarindustrie. Ein Drittel davon (im Wert von 443 Millionen Euro) ist von der Steuer befreit und die anderen zwei Drittel speisen sich aus direkten öffentlichen Subventionen. Die Lebensmittelspenden tragen somit zur Rentabilität und zur Legitimierung des agrarindustriellen Systems bei.

Die soziale Ernährungsversicherung wurde, nämlich das Ziel einer Gesellschaft, in der der gesamte Mehrwert vergesellschaftet und als Ergebnis der Arbeit Aller anerkannt wird und in der der Profit keine Daseinsberechtigung mehr hat. In einer solchen Gesellschaft werden die Entscheidungen – „Wer produziert was?“ und „Wie wird der Mehrwert (genauer: das Mehrprodukt) verteilt?“ – kollektiv getroffen.

Die soziale Ernährungsversicherung soll aus einem Netz von Kassen bestehen, die auf der Ebene der jeweiligen Lebensräume angesiedelt und untereinander verbunden sind, um sich gegenseitig mit unterschiedlichen Produkten zu versorgen und die Überschüsse zu verteilen. Hierfür sollen sich Einwohner\*innen und Beschäftigte aus den beteiligten Betrieben zusammenschließen.

Entscheidungen sollen – wenn immer möglich – unter direkter Beteiligung Aller getroffen werden. Für die Verwaltung der Kassen werden Personen per Los für eine einmalige Amtszeit bestimmt und für ihre Tätigkeit entlohnt und entsprechend ausgebildet.

Natürlich wird man Zulassungskriterien brauchen, um die Nahrungsmittelversorgung jenseits des produktivistisch-kapitalistischen Systems zu gewährleisten und eine Anpassung an die Bedürfnisse vor Ort sicherzustellen. Die Unternehmen werden aus entlohnten Miteigentümer\*innen ihrer Arbeitsmittel bestehen und der erzeugte Mehrwert wird sozialisiert, indem er in das Budget der Sozialversicherung eingezahlt wird. Die Sozialversicherungskassen sind natürlich angehalten, in den Ausbau dieses Versorgungssystems zu investieren.

Das Projekt ist internationalistisch ausgerichtet. Es basiert derzeit auf dem Modell des allgemeinen französischen Sozialversicherungssystems. Eine wirkliche Transformation kann jedoch nur auf supra-nationaler Ebene stattfinden. Daher müssen wir uns für eine Ausweitung dieses Systems über die nationalen Grenzen hinaus einsetzen.

### **Weiterentwicklung der Nahrungsmittelversorgung**

Die Ernährungsversicherungskassen werden dazu angehalten sein, in den Ausbau dieses Versorgungssystems zu investieren. Im kapitalistischen System werden Investitionen durch Kreditaufnahme und Inanspruchnahme von Banken und Finanzmärkten getätigt. Dieses Verschuldungssystem sorgt dafür, dass die Kapitalisten als „Kapitalgeber“ und „Investoren“, die fälschlicherweise als „Unternehmer“ gelten, die Investitions- und Produktionsrichtlinien bestimmen. Die offizielle Politik richtet sich derzeit komplett nach den Dogmen des neoliberalen Produktivismus.

### **Solidarprinzip**

Es gibt zwar Investitionswege, die ohne zinsträchtige Kredite und Kapitalbeteiligung auskommen, insbesondere auf kommunaler Ebene, aber das ist absolut marginal. Dagegen zeigt die Erfahrung, wie die massiven Investitionen – über das allgemeine Versicherungssystem – in das Krankenhauswesen zwischen 1946 und 1983, dass es (auf makroökonomischer Ebene) auch ohne Bankkredite, nämlich mittels Subventionen funktionieren kann. Die derzeitigen Kämpfe im Gesundheitswesen sollten sich dieses Thema zueigen machen.

Hier sollte das Projekt der sozialen Ernährungsversicherung ansetzen, weil dies besser greift als Investitionen mit Steuergeldern, die kein sozialisierter Lohnbestandteil sind, sondern eine Abschöpfung des geschaffenen Wertes, die nach der Verteilung zwischen Arbeit (Lohn und Sozialbeiträge, die als sozialisierte Lohnanteile oder indirekter Lohn bezeichnet werden) und Kapital (Profite und Dividenden) stattfindet. Die Steuer, die erst danach erhoben und verteilt wird, belässt dem System aus Profit, Kapital und Kapitalist\*innen seine nicht gerechtfertigte Legitimität.

Deshalb sind wir für Investitionen mittels Subventionierung über die neuen Ernährungsversicherungskassen, die ihrerseits durch den zusätzlichen Sozialbeitrag für Ernährung aufgestockt werden.

### **Ökologische und bäuerliche Landwirtschaft**

Der Kampf für diese neue Sozialversicherung soll entscheidend dazu beitragen, den dringend gebotenen massiven Umbruch im Ernährungswesen herbeizuführen. Dabei sollen Investitionszuschüsse an vertragsfähige Unternehmen geleistet werden, unabhängig davon, ob es sich um Neugründungen oder die Umwandlung bestehender Unternehmen handelt. Diese Subventionen sind dafür da, dass sich diese Unternehmen aus der Verschuldung befreien können, die hauptverantwortlich für die Unterwerfung unter das kapitalistische und inhärent produktivistische System ist.

Die Kontrolle über die Investitionen erleichtert Allen eine Unternehmensgründung. Mit den von den Ernährungsversicherungskassen gewährten Subventionen sollen neue Kollektive die Chance erhalten, sich unter Einhaltung der Konzessionskriterien niederzulassen. Durch Investitionszuschüsse können auch die bereits bestehenden Unternehmen ihre Produktionsverfahren umstellen, um eine Zulassung zu erhalten.

Dies ermöglicht es sehr vielen Menschen, eine bäuerliche und ökologische Landwirtschaft zu betreiben und sich in selbstverwaltete Arbeitskollektive (Bauernhöfe, Verarbeitungsbetriebe, Lebensmittelläden etc.) zu integrieren, bei garantiertem Lohn und im Rahmen einer Wertschöpfungskette, die frei von bloßem Profitstreben ist. Dies könnte auch dazu führen, dass sich wieder mehr Menschen in ländlichen Gebieten niederlassen. Auf diese Weise wird die gesamte Bevölkerung einen per Sozialkassen abgesicherten Zugang zu hochwertigen Lebensmitteln und eine kostenlose Gemeinschaftsverpflegung bekommen.

### **Ein neues Welternährungssystem**

Für die Umgestaltung des gesamten Ernährungssystems, muss in einer ganz anderen Größenordnung gedacht werden. Um die hier umrissene Sozialversicherung finanzieren zu können, sind die wirtschaftlichen Grundsatzentscheidungen ausschlaggebend. Unser Vorschlag ist, die Prinzipien des allgemeinen Sozialversicherungssystems auf den Nahrungssektor und darüber hinaus auf andere Bereiche auszuweiten, mit dem Ziel einer umfassenden gesellschaftlichen Transformation.

Reichtum wird zwar in der Warenwirtschaft angehäuft, setzt aber das allgemeine Funktionieren der Gesellschaft voraus, einschließlich der Arbeit, die außerhalb der Warenwirtschaft geleistet wird. In der Regel wird diese außerhalb des Marktes stattfindende wichtige Arbeit –

etwa die Hausarbeit, die hauptsächlich von Frauen geleistet wird – unsichtbar gemacht. Eine Gesellschaft, die frei von der Ausbeutung des Menschen durch andere ist, kann nur durch die gemeinsame Nutzung (oder Vergesellschaftung) des in der Produktion erzeugten Mehrwerts (genauer: Mehrprodukts) organisiert werden.

Die monatliche Zuwendung über die Versicherungskarte soll für alle Menschen gelten, die im Land leben, und nicht nur für einen bestimmten Teil der Bevölkerung (etwa prekär Beschäftigte oder bloß die Beitragszahler\*innen). Daher kennt dieses Projekt keine Ausschlusskriterien.

In der ersten Zeit wird diese neue Sozialversicherung nicht verhindern, dass daneben ein kapitalistischer Lebensmittelmittelmarkt weiterbesteht. Aber mit dem neuen Sozialbeitrag für Lebensmittel, mit selbstverwalteten Kantinen, mit der Zahlung einer monatlichen Zuwendung, die nur bei vertraglich gebundenen Unternehmen ausgegeben werden kann, wird unvermeidlich die gesamte Nahrungsmittelbranche umgekrempelt werden. Doch diese „friedliche Koexistenz“ ist eine Illusion und darf nicht auf Dauer angelegt sein, weil hier zwei grundlegend antagonistische Konzepte aufeinanderprallen. Wenn wir nicht von Anfang an für ein umfassendes Konzept eintreten, das alle Sektoren (Produktion, Verarbeitung, Vertrieb und Konsum) umfasst, laufen wir Gefahr, das zu wiederholen, was im Gesundheitssektor mit der Pharmaindustrie passiert: ein Oligopol der großen Einzelhandelsketten. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Beschäftigten zu nutzungsberechtigten Miteigentümer\*innen ihrer Läden, Unternehmen und Restaurants werden und dass sich das Kräfteverhältnis in der Eigentumsfrage niederschlägt.

In ihrem Resümee werfen die Autor\*innen des Buches *Régime général. Pour une sécurité sociale de l'alimentation* (Riot Éditions, 2022) eine Vielzahl von wesentlichen Fragen auf und hoffen darauf, dass eine breite Diskussion entsteht. Damit ist eine wichtige politische Baustelle eröffnet, in der die Antikapitalist\*innen mitreden müssen.

*Übersetzt aus l'Anticapitaliste, Wochenzeitung der NPA (Frankreich) vom 10.2.2022 von MiWe*

1 <https://www.lebensmittelzeitung.net/handel/rankings/ Ranking-Top-10-Lebensmitteleinzelhandel-Frankreich-2018-135055>

2 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/161986/umfrage/umsatz-im-lebensmittelhandel-seit-1998/>

3 Réseau salariat ist ein Verein für Volksbildung, der sich auf die Forschungsarbeiten von Bernard Friot stützt und ein Gesellschaftsmodell vertritt, das den Ausstieg aus dem kapitalisti-

## LANDBESITZ UND EINKOMMEN IN DER LANDWIRTSCHAFT

Das Eigentum an Agrarland ist eine hochpolitische Frage, die in der Landwirtschaft zumeist tabuisiert wird und oft auch mit patriarchalen Strukturen zu tun hat, da drei Viertel der Landwirtschaftsbetriebe Männern gehören.

Wie kann man sich hingegen gemeinsam genutztes Eigentum vorstellen? Es gibt einige Beispiele für kommunalen Landbesitz oder Aneignung von „herrenlosem Gut“ durch die Gemeinden, etwa nach Sterbefällen, aber diese Fälle sind rar. Gemüseanbau in öffentlicher Hand etwa für Schulkantinen oder staatliche Kindergärten sind – so löblich sie auch sein mögen – eher die Ausnahme und nutzen nur wenigen Menschen. Das Projekt einer sozialen Ernährungsversicherung zielt auf eine andere Größenordnung. Es geht dabei um gemeinsam genutztes, selbstverwaltetes Eigentum an Land und Maschinen in Form von Kooperativen und unter kontrollierten Machtverhältnissen innerhalb dieser Kollektive, zur Verhinderung von z. B. patriarchalen oder rassistischen Strukturen. Verstaatlichungen, bei denen das Eigentum in den Händen der Regierung oder von Spitzenbeamten liegt, die den Beschäftigten die Arbeitsbedingungen diktieren, sind dabei absichtlich außen vor.

Den Kollektiven, die hinter dieser Idee stecken, geht es um ein regelmäßiges und lebenslanges Einkommen für die Bäuerinnen und Bauern. Deren Status kann je nach Gliederung des Betriebs variieren zwischen selbständigen Produzenten oder Angestellten der Sozialversicherungskassen. Grundlegender Bestandteil dieses Konzepts ist eine garantierte finanzielle Unabhängigkeit für Frauen.

schon System ermöglicht und sich dabei auf bereits bestehende Mechanismen, insbesondere das allgemeine Sozialversicherungssystem stützt. Das Modell von Réseau salariat basiert auf vier Prinzipien: die Gewährung eines lebenslangen Lohns als politisches Recht, die Abschaffung des profitorientierten Eigentums bei gleichzeitiger Wahrung des Gebrauchseigentums an den Produktionsmitteln, die Einrichtung von Investitionsbudgets und die Stärkung der Budgets für den öffentlichen Dienst.

# GEMEINEIGENTUM vs. BIG PHARMA

In den ersten beiden Teilen dieses Dossiers (erschieden in Heft 1+2/22) wurden der geschichtliche und sozioökonomische Hintergrund der Privatisierung und die kapitalistische Verwertung geistigen Eigentums beleuchtet. Der nun folgende letzte Teil befasst sich mit den Praktiken der Pharmakonzerne zur Sicherung ihrer Extraprofite.

■ **Eric Toussaint**

Die Entwicklung und Herstellung der Covid-Impfstoffe wurden weitestgehend von der öffentlichen Hand finanziert. Der Impfstoff des englisch-schwedischen Unternehmens AstraZeneca wurde von Forscher\*innen der Universität Oxford entwickelt, die von der Firma verlangten, dass sie ihn zum Selbstkostenpreis verkauft.

## Die Mär vom Unternehmerrisiko ...

Es bleibt zu prüfen, ob AstraZeneca diese Verpflichtung tatsächlich einhält. Das ist alles andere als sicher, denn die Unternehmensleitung von AstraZeneca weigert sich, Klarheit sowohl über die Verträge, die sie mit den Käufern des Impfstoffs geschlossen hat, als auch über ihre Produktionskosten zu schaffen. Sicher ist hingegen, dass die Bezüge des Vorstandsvorsitzenden von AstraZeneca, des Franzosen Pascal Soriot, massiv gestiegen sind und 2021 bei 17,9 Millionen Euro lagen.

Die mRNA-Impfstoffe von Pfizer (USA) - BioNTech (D) und Moderna (USA), die in weniger als einem Jahr auf den Markt gebracht wurden, basieren zum Teil auf älteren Patenten. Besonders gilt dies für die Technologie zur Herstellung einer für den Körper unschädlichen Boten-RNA, die von der University of Pennsylvania entwickelt und 2005 zum Patent angemeldet wurde.

Auch die innovative Technik zur Stabilisierung des Spike-Proteins stammt aus der öffentlichen Forschung. Das

von der US-Regierung angemeldete Patent mit der Nummer 10.960.070, besser bekannt als Patent 070, betrifft die Konformation, in der das Spike-Protein im Impfstoff stabilisiert wird, eine Technik, die vom Zentrum für Impfstoffforschung des Nationalen Gesundheitsinstituts (NIH), einer staatlichen Einrichtung der USA, entwickelt wurde. Dies ist ein Schlüsselement des mRNA-Impfstoffs, der 2020 von Moderna und dem NIH gemeinsam entwickelt wurde.<sup>1</sup>

Mehrere Unternehmen zahlen der US-Regierung Lizenzgebühren für die Nutzung des Patents 070 darunter auch das deutsche Unternehmen BioNTech, das seinen Impfstoff gegen Covid-19 zusammen mit Pfizer entwickelt hat. Moderna hat seinerseits keine Zahlungen an die Staatskasse geleistet.

Christopher Morten, stellvertretender Direktor der Technology Law and Policy Clinic an der New York University, meint dazu: „Moderna verletzt das Patent des NIH für jede Impfstoffdosis, die es in den USA herstellt oder verkauft“. In einer Stellungnahme gegenüber der *Financial Times* fügte er im April 2021 hinzu: „Sollte die US-Regierung beschließen, Moderna zu verklagen, wären allein für die bis zum Ende dieses Jahres verkauften Dosen mehr als eine Milliarde US-Dollar fällig.“<sup>2</sup>

In anderen Fällen hat die US-Regierung ihre Patente bereits gerichtlich durchgesetzt. Nach Protesten gegen den Wucherpreis, den das private US-Unternehmen Gilead



Sciences für sein AIDS-Präventionsmedikament Truvada verlangte, verklagte das US-Gesundheitsministerium das Unternehmen 2019 mit der Begründung, es habe ein Regierungspatent verletzt.<sup>3</sup> Zum Zeitpunkt des Beginns des Gerichtsverfahrens lagen die möglichen Kosten für Truvada in den USA bei bis zu 20 000 US-Dollar pro Jahr, während es woanders als Generikum für nur 6 US-Dollar pro Monat verkauft wird. Der Rechtsstreit ist noch immer

Zeneca erhielt 1,3 Milliarden US-Dollar für 300 Millionen reservierte Dosen. Die Biden-Regierung hat diese „Subventionspolitik“ gegenüber den Pharmariesen seit Januar 2021 durch weitere Lieferverträge fortgesetzt.

Auf europäischer Seite wurde im November 2020 bekannt, dass die Europäische Kommission Vereinbarungen mit sechs (potentiellen) Impfmittelproduzenten unterzeichnet hatte: Moderna (160 Millionen bestellte

## “ Für Moderna wie auch für andere Pharma-Konzerne stellt die Coronavirus-Pandemie gewissermaßen einen Glücksfall dar. Der Aktienkurs von Moderna stieg zwischen Dezember 2019 und September 2021 um das 20-fache.“

anhängig.<sup>4</sup> Nebenbei sei darauf verwiesen, dass Gilead Science im zweiten Quartal 2021 mit seinem antiviralen Medikament Remdesivir, das bei der stationären Behandlung von Covid-19 eingesetzt wird, 829 Millionen US-Dollar Erlös hat. Gilead Science geht davon aus, dass der Umsatz von Veklury, dem Handelsnamen von Remdesivir, im gesamten Jahr 2021 zwischen 2,7 und 3,1 Milliarden US-Dollar betragen wird. Im September 2020 hatte die französische Gesundheitsbehörde (HAS) die Wirksamkeit von Remdesivir als „gering“ eingestuft, bevor die Weltgesundheitsorganisation (WHO) im November desselben Jahres von der Verwendung von Remdesivir abriet. Ein weiteres Beispiel für ein privates Unternehmen, das viel Geld mit einem Medikament verdient, dessen Wirksamkeit fraglich ist.

### ... das in Wahrheit beim Staat liegt.

Während der Amtszeit von Donald Trump haben die USA die Forschung, die klinischen Tests und die Produktion mit 11 Milliarden US-Dollar vorfinanziert. Im Einzelnen hatte das US-Unternehmen Johnson & Johnson ab März 2020 über 450 Millionen US-Dollar und später eine Milliarde US-Dollar von den USA für 100 Millionen Impfstoffdosen erhalten. Ab Beginn der Coronakrise erhielten Pfizer und BioNtech von den USA fast 2 Milliarden US-Dollar für 100 Millionen Dosen. Moderna hat den „Jackpot“ geknackt und 2,5 Milliarden US-Dollar für die Finanzierung klinischer Studien und die Herstellung von 100 Millionen Dosen erhalten. Die USA gewährten darüber hinaus dem Biotech-Unternehmen Novavax 1,6 Milliarden US-Dollar für 100 Millionen Dosen. Astra-

Zeneca und Johnson & Johnson (jeweils 400 Millionen Dosen), Sanofi-GSK (300 Millionen Dosen), Pfizer-BioNtech (300 Millionen Dosen) und CureVac (405 Millionen Dosen). Im Jahr 2020 waren dafür 2 Milliarden Euro fällig, aber seitdem sind die Beträge, die an private Firmen gezahlt werden, stark gestiegen.<sup>5</sup> So sind bspw. die Bestellungen der Europäischen Kommission bei Moderna von 160 Millionen auf 460 Millionen Dosen im Frühjahr 2021 gestiegen.

### Moderna als Champion der Steuervermeidung ...

Moderna wurde 2010 gegründet. Bis zur Coronavirus-Pandemie war der Umsatz gering und das Unternehmen machte Verluste. Der Corona-Impfstoff von Moderna, der von der Verbraucherorganisation Public Citizen als „Volksimpfstoff“ bezeichnet wurde, wurde mit öffentlichen Geldern, hauptsächlich von der US-Regierung, entwickelt. Laut Public Citizen wurde die Entwicklung des Impfstoffs vollständig aus Steuergeldern finanziert. Wie bereits erwähnt, machte sich Moderna die Ergebnisse der mRNA-Forschung der Universität Pennsylvania zunutze. Das für die Herstellung des Impfstoffs entscheidende Verfahren wurde von Wissenschaftlern des NIH der USA entwickelt und befindet sich als Patent im Besitz der US-Regierung. Der mRNA-Impfstoff selbst wurde gemeinsam von Moderna und den US-amerikanischen NIH entwickelt, insofern wird das Patent für den Covid-19-Impfstoff gemeinsam von Moderna und der US-Regierung gehalten.

Der Forscher Vincent Kiezebrink von der niederländischen NGO SOMO verweist in einem ausgezeichneten Bericht über Moderna darauf, dass „laut dem US-Ministe-

rium für Gesundheitspflege und Soziale Dienste Moderna 4,1 Milliarden US-Dollar bis Dezember 2020 für die Entwicklung, klinische Erprobung und Herstellung von Impfstoffen erhalten hatte, wovon etwa 1 Milliarde US-Dollar von der Biomedical Advanced Research and Development Authority (BARDA), einer Behörde, die zum US-Ministerium für Gesundheitspflege und Soziale Dienste gehört, bewilligt wurde. Der Vertrag mit der BARDA soll eine Klausel enthalten, die Moderna dazu verpflichtet, den von der US-Regierung finanzierten Teil seiner Investition zu veröffentlichen, was Moderna bislang nicht getan hat.<sup>6</sup>

Vincent Kiezebrink schreibt auch, dass die an der COVAX-Initiative beteiligte CEPI (Koalition für Innovationen in der Epidemievorbereitung), über die wir in Teil 2 berichtet haben, Moderna im Januar 2020 ebenfalls einen Zuschuss in Höhe von 900 000 US-Dollar für die Entwicklung ihres mRNA-Impfstoffs bewilligt hat. Moderna akzeptierte dabei die „Grundsätze des fairen Zugangs“ der CEPI, die besagen, dass Impfstoffe bedarfsgerecht und zu erschwinglichen Preisen an gefährdete Bevölkerungsgruppen, insbesondere in Ländern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen, verteilt werden sollten. Obwohl Moderna die an diese Bedingungen geknüpfte Subvention angenommen hat, hat es seinen Impfstoff bislang hauptsächlich an reiche Länder verkauft.

Das einzige kommerzielle Produkt von Moderna ist sein Impfstoff gegen das Coronavirus, bekannt als mRNA-1273. Insgesamt geht Moderna von einer Umsatzsteigerung für 2021 auf ca. 18,4 Mrd. US-Dollar aus. Es hat bereits Vereinbarungen getroffen, die einen Gesamtumsatz von ca. 1,15 Mrd. Dosen im Zeitraum 2021–2022 abdecken. Etwa 84% der verkauften Dosen werden an die USA und die EU gehen, die 500 Millionen bzw. 460 Millionen Dosen des Impfstoffs bestellt haben.

Für seine Verkäufe an die US-Regierung soll Moderna 15 US-Dollar (12,90 €) pro Dosis berechnen. Ein Vertrag zwischen Moderna und der EU, das sog. „Advance Purchase Agreement“, das im Winter 2020–2021 an die Presse durchsickerte, zeigt, dass die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedstaaten einen Gesamtpreis von 22,50 US-Dollar (19,50 €) pro Dosis vereinbart haben. Moderna kündigte dann im Sommer 2021 an, den Preis für die EU auf 21,50 Euro zu erhöhen.

Moderna geht davon aus, dass die Produktionskosten etwa 20 % seines Umsatzes für 2021 ausmachen werden. Wenn man den erwarteten Gewinn von Moderna durch seinen Umsatz für 2021 teilt, bedeutet dies, dass das Unternehmen für jeden Euro aus Steuermitteln, der für den

Moderna-Impfstoff ausgegeben wird, einen Nettogewinn von 0,44 € erzielt. Folglich wird fast die Hälfte des Umsatzes von Moderna aus Gewinnen bestehen – eine außerordentlich hohe Marge.<sup>7</sup>

Für Moderna wie auch für andere Pharma-Konzerne stellt die Coronavirus-Pandemie gewissermaßen einen Glücksfall dar. Der Aktienkurs von Moderna stieg zwischen Dezember 2019 und September 2021 um das 20-fache. Im Zeitraum zwischen September 2020 und September 2021 stieg die Moderna-Aktie an der Nasdaq-Börse in New York um 500 %, während der gesamte NASDAQ im selben Zeitraum um 31 % stieg.

### ... mit Sitz in Delaware ...

Die Eigentümer von Moderna sind Spezialisten für Steuer- und Vermögensverwaltung. Sie haben die Muttergesellschaft im Bundesstaat Delaware angesiedelt, in dem das Unternehmen weder produziert noch medizinische Forschung betreibt. Delaware ist eine berühmte Steueroase, die weltweit für die extrem niedrigen Unternehmenssteuersätze bekannt ist. Während die Bevölkerung des Staates nicht einmal bei einer Million Menschen liegt (973 000 Menschen im Jahr 2019), sind dort etwa 1,5 Millionen Unternehmen ansässig.

Wie in Teil 2 dieser Artikelserie dargelegt, erzielt die Pharmaindustrie einen sehr großen Teil ihrer Einnahmen aus den Lizenzgebühren für die Nutzung ihrer Patente. Der Bundesstaat Delaware erhebt jedoch keine Steuern auf Einkünfte aus Patenten. Moderna besitzt 780 Patente im Bundesstaat Delaware. Davon beziehen sich 595 auf die mRNA-Technologie, die Modernas Impfstoff gegen das Coronavirus zugrunde liegt. Die Behörden von Delaware erlauben es Unternehmen, die in ihrem Hoheitsgebiet ansässig sind, ihre Einnahmen aus Patenten geheim zu halten, da sie diese nicht bei der örtlichen Steuerbehörde angeben müssen. Dies macht es sehr schwierig, wenn nicht gar unmöglich, die Höhe der Lizenzgebühren (Royalties) aus der ganzen Welt zu bestimmen, die Moderna in Delaware einnehmen wird.

### ... und Basel

Die EU-Länder werden Moderna mehr als 10 Milliarden Euro für 460 Millionen Impfdosen gegen Corona zahlen. Weitere Bestellungen und Zahlungen werden folgen. Um in einem EU-Mitgliedsland keine Steuern auf die Einnahmen aus Verkäufen in der EU zahlen zu müssen, gründete Moderna im Juli 2020 eine Firma im Schweizer Kanton Basel, die Moderna Switzerland GmbH. Dies hat Vincent Kiezebrink für die NGO SOMO in der oben zitierten

Studie aufgedeckt. Der offizielle Steuersatz im Kanton Basel beträgt 13 %, der tatsächlich erhobene Steuersatz liegt jedoch unter 8 %, und es ist wahrscheinlich, dass Moderna mit den Behörden des Kantons ein Tax Ruling (ein Steuerabkommen) ausgehandelt hat, das es ihr ermöglicht, einen noch niedrigeren Steuersatz zu zahlen.

Die Schweizer Abgeordnete Stéfanie Prezioso hat das Manöver von Moderna und die Komplizenschaft der

Schweiz nutzt, um Steuern auf den Verkauf von Impfstoffen in Europa zu vermeiden.

### Beihilfe zum Steuerbetrug

Die Geheimniskrämerei bei den Verhandlungen zwischen der Europäischen Kommission und ihren Mitgliedstaaten mit den Pharmakonzernen flog auf mit der Veröffentlichung zentraler vertraglicher Vereinbarungen zwischen

## “ Außerhalb Nordamerikas und Europas wurden andere Impfstoffe gegen das Coronavirus direkt oder indirekt vollständig mit öffentlichen Mitteln finanziert. “

Schweizer Behörden am 21. September 2021 im Bundesrat der Helvetischen Republik kritisiert. In ihrer Anfrage erklärte Stéfanie Prezioso: „In ihrem Vertrag mit der Europäischen Kommission hat die Firma Moderna verlangt, die Gelder für die Bezahlung ihrer an die EU gelieferten Impfstoffe in der Schweiz, im Kanton Basel, zu erhalten, wo die Moderna Switzerland GmbH (gegründet im Juni 2020, als der Impfstoff bereits entwickelt war!) von der Unternehmenssteuerreform (RFFA) profitieren wird, um lächerlich geringe Steuern zu zahlen.“ Die Abgeordnete stellte folgende Frage: „Das Abkommen, das Moderna mit der Europäischen Kommission geschlossen hat, kommt einer Steuerflucht in Milliardenhöhe zu Lasten unserer europäischen Nachbarn gleich. Ist der Bundesrat nicht der Ansicht, dass dies dem Ziel zuwiderläuft, das er sich nach eigenen Angaben (...) gesetzt hat, nämlich sich „für einen fairen, erschwinglichen und schnellen weltweiten Zugang zu Impfstoffen, Medikamenten und Diagnostika gegen Covid-19“ einzusetzen?“<sup>8</sup>

Über diesen Fall wurde in der Genfer Presse berichtet. Miguel Urban, der spanische Europaabgeordnete von Anticapitalistas, hat diesen Skandal in der spanischen Alternativzeitung *El Salto* ebenfalls angeprangert. Darin behauptete Miguel Urban, dass „der einzige Grund, warum die Zahlungen in die Schweiz geleitet werden, ihr Status als juristische Grauzone, als Steuerparadies ist“. Der spanische Europaabgeordnete richtete mehrere Fragen an die Europäische Kommission (EK), um herauszufinden, ob die EK selbst ein System der „Steuergestaltung“ fördert, mit dem sich die Steuerbehörden der verschiedenen EU-Mitgliedstaaten betrügen lassen, und ob sie erwägt, eine Untersuchung durchzuführen oder die Schweizer Behörden zu konsultieren, um herauszufinden, ob Moderna die

der Kommission und Moderna Switzerland GmbH. Dort ist zu lesen, dass die Kommission Moderna im Voraus 4,50 US-Dollar pro Dosis zahlen wird, was bedeutet, dass die Kommission die Produktionskosten für jede Dosis im Voraus bezahlt hat. Außerdem kündigt sie an, dass Moderna nicht von der Kommission oder den Mitgliedstaaten dafür verantwortlich gemacht würde, falls der Impfstoff, der sich noch im Zulassungsverfahren befand, schwerwiegende (oder gar tödliche) Nebenwirkungen haben sollte. Im Gegenteil, die Mitgliedstaaten verpflichten sich mit diesem Vertrag, Moderna zu entschädigen, falls es für durch seinen Impfstoff verursachte Schäden verurteilt wird. Der Vertrag besagt auch, dass Moderna die Patente für den Impfstoff besitzt und damit nach Gutdünken verfahren kann.

[...] Aus der uns vorliegenden Kopie dieses Vertrags geht hervor, dass die Kommission gleichlautende Verträge mit anderen Pharmaunternehmen unterzeichnet haben muss: Pfizer, BioNTech, Curevac, AstraZeneca etc. Dies wird auch durch die Auszüge aus den Verträgen mit Curevac und AstraZeneca gestützt, die in der Presse durchgesickert sind.<sup>9</sup>

### Impfapartheid ...

Es ist profitabler, die reichen Länder vorrangig zu beliefern, da die Regierungen des Nordens einen Teil der Produktion vorfinanzieren und bereit sind, den höchsten Preis zu zahlen. Seitdem haben die großen Pharmakonzerne diesen Ländern absolute Priorität eingeräumt. Die Zahlen, die die geografische Verteilung der Impfstofflieferungen zeigen, sprechen eine deutliche Sprache. Bei Moderna entfallen 84 % des Gesamtabsatzes auf die Europäische Union und die USA. 98 % der Lieferungen von Pfizer/BioNTech und 79 % der Lieferungen von Johnson & Johnson wurden Ländern

mit hohem oder höherem mittleren Einkommen zugeteilt. Pfizer und BioNTech haben bislang allein an den schwedischen Staat neunmal so viele Impfstoffdosen geliefert wie an alle Länder mit niedrigem Einkommen zusammen.<sup>10</sup>

Zum Zeitpunkt, als diese Zeilen Anfang Oktober 2021 geschrieben wurden, gingen von den weltweit 5,76 Milliarden injizierten Dosen 0,3 % in einkommensschwache Länder, in denen etwa 700 Millionen Menschen leben. Nur 2,1 % der Bevölkerung in den 27 Ländern mit niedrigem Einkommen haben eine Dosis eines Impfstoffs gegen COVID erhalten, während über 60 % der Bevölkerung in Nordamerika und Westeuropa geimpft sind.

In China und Kuba herrscht eine Sondersituation insofern, als die Behörden dieser beiden Länder auf Staatsunternehmen und ihren öffentlichen Gesundheitsdienst zurückgreifen, um Impferen zu produzieren und ihre Bevölkerung zu impfen. In China waren Mitte September 2021 70% der Bevölkerung vollständig geimpft.<sup>11</sup>

Die Regierenden einer Handvoll reicher Länder widersetzen sich der Patentaufhebung, die von über 100 Ländern des globalen Südens gefordert wird. Dazu gehören die Europäische Kommission, die Schweiz und Japan. Zwar hat Präsident Joe Biden seitens der USA im Mai 2021 die Aufhebung der Patente befürwortet, aber bislang nicht die notwendigen Schritte unternommen, um die Regierungen, die dieses Anliegen in der Welthandelsorganisation (WTO) blockieren, zu überzeugen. Ebenso schwer wiegt, dass, obwohl die US-Regierung das Patent 070 auf den Impfstoff besitzt, sie es den Ländern vorenthält, die es nutzen möchten.

### **... und Privatisierung der Gewinne unter staatlicher Beihilfe**

Laut der in Washington ansässigen radikalen US-amerikanischen Verbraucherorganisation Public Citizen hätte die US-Regierung mithilfe des Patents 070 selbst mRNA-Impfstoffe herstellen können und könnte dies noch immer tun. Sie könnte das Patent auch kostenlos an Staaten weitergeben, die den Impfstoff für ihre Bevölkerung und – aus Solidarität – für andere Völker herstellen wollen. Hier ein Auszug aus einer Mitteilung von Public Citizen von Mitte November 2020, in der die Ankündigung von Moderna, den mRNA-1273-Impfstoff herzustellen, kommentiert wird:

„Der Impfstoff gehört dem Volk (...) und nicht nur Moderna. Wissenschaftler\*innen im öffentlichen Dienst haben bei seiner Erfindung geholfen und die Steuerzahler finanzieren seine Entwicklung. Wir alle haben eine Rolle gespielt. Er sollte der Menschheit gehören. Sowohl die

derzeitige Regierung [d.h. Trump, Anm. Eric T] als auch der neu gewählte Präsident Biden haben die Möglichkeit, diesen Impfstoff zu einem kostenlosen und für alle zugänglichen Gemeingut zu machen und dessen weltweite Produktion steigern zu helfen, um eine Rationierung der Medikation zu verhindern, die zu einer Form der globalen Impfpapartheid werden könnte.“<sup>12</sup> In diesem Fall geht es nicht darum, das Patent aufzuheben oder abzuschaffen, sondern es reicht aus, es Dritten zur Verfügung zu stellen. Indem sie sich weigert, dies zu tun, obwohl Organisationen wie Public Citizen sie dazu auffordern, zeigt die Regierung von Joe Biden offen, dass sie die Privilegien der Pharmakonzerne schützen will.

Nach einer neuen, sehr plausiblen Studie von Public Citizen vom Mai 2021 könnten die Regierungen, angefangen bei denen der reichsten Länder, problemlos Milliarden von Impfstoffdosen zu einem Bruchteil der Kosten herstellen, die bislang an private Pharmakonzerne gezahlt wurden. Public Citizen demonstriert dies anhand einer Studie von Forscher\*innen des Imperial College in London. Die Studie belegt überzeugend, „dass die Weltgemeinschaft regionale Zentren einrichten könnte, die bis Mai 2022 acht Milliarden Dosen des mRNA-Impfstoffs herstellen könnten. Dies würde ausreichen, um 80% der Bevölkerung damit zu versorgen“. Die Kosten? 9,4 Milliarden US-Dollar für einen Impfstoff des Typs Pfizer - BioNTech, für 5 Anlagen, 17 Produktionslinien und 1386 Beschäftigte. Eine Zahl, die man mit den zig Milliarden vergleichen muss, die von den Staaten an die Pharmaindustrie verteilt wurden, um nur die Völker der reichen Länder zu impfen... und die Aktionäre mit Dividenden zu bedienen.<sup>13</sup>

Außerhalb Nordamerikas und Europas wurden andere Impfstoffe gegen das Coronavirus direkt oder indirekt vollständig mit öffentlichen Mitteln finanziert, so die von Russland hergestellten Impfstoffe Sputnik 5 und Sputnik light. Oder die von Sinopharm hergestellten chinesischen Impfstoffe BIBP, der von der WHO im Mai 2021 zugelassen wurde, und CoronaVac, der von Sinovac Biotec Ltd hergestellt wird. Desgleichen die kubanischen Impfstoffe Soberana 2 und Abdala.

### **Mondpreise**

Die Preise der Pharmakonzerne für Covid-Impfstoffe sind völlig überzogen. Zwei Beispiele: Nach Schätzungen, die auf Recherchen von Public Citizen beruhen, kostet die Großproduktion des Pfizer/BioNTech-Impfstoffs das Unternehmen nur 1,20 \$ pro Dosis. Moderna kostet der Impfstoff etwa 2,85 \$ pro Dosis.<sup>14</sup> Hingegen verlangt

Pfizer in einigen Ländern bis zu 23,50 \$ pro Dosis und Moderna bis zu 37 \$.

Um hohe Preise für Impfstoffe, Medikamente oder Behandlungen zu rechtfertigen, verweisen die Vertreter der Pharmaindustrie auf die hohen Investitionen in Forschung und Entwicklung und klinische Studien. Dieses Argument ist bereits normalerweise leicht zu widerlegen, aber bei der Herstellung der Covid-Impfstoffe entfällt es direkt, da die Ausgaben für Forschung und Entwicklung und klinische

winnmarge nach der Pandemie auf 1500 bis 2000 Prozent erhöhen, wenn Pfizers Pläne umgesetzt würden. Der Chef von Moderna, Stéphane Bancel, tätigte bereits im August 2020 ähnliche Aussagen wie D'Amelio von Pfizer und stellte klar, dass sich der Preis für den Impfstoff nach der Pandemie nach oben entwickeln werde.<sup>16</sup>

Die privaten Pharmakonzerne haben ein Kartell gebildet, um Wucherpreise für ihre Impfstoffe durchzusetzen, ihre Patente aufrechtzuerhalten<sup>17</sup> und die Preise stark nach

**“ Zum Zeitpunkt, als diese Zeilen Anfang Oktober 2021 geschrieben wurden, gingen von den weltweit 5,76 Milliarden injizierten Dosen 0,3 % in einkommensschwache Länder, in denen etwa 700 Millionen Menschen leben.“**

Studien von der öffentlichen Hand mit Steuergeldern finanziert wurden.

Die Regierungen des globalen Nordens fördern mit ihrem Eintreten für eine dritte Injektion die besonderen Interessen der Pharmakonzerne, die damit ihren Profit weiter mehren können. Wenn die Patente auf Corona-Impfstoffe, Tests und Medikamente nicht aufgehoben oder schlichtweg abgeschafft werden, werden die Pharmakonzerne, die den Pharmasektor beherrschen, 20 Jahre lang riesige Einnahmen auf Kosten der Bevölkerung, der Staatshaushalte und der öffentlichen Gesundheitssysteme erzielen. Es geht also um viel Geld, zumal Boosterimpfungen empfohlen oder vorgeschrieben werden. Angenommen, wir erhalten 20 Jahre lang eine jährliche Auffrischung mit einem patentgeschützten und damit teuren Impfstoff... Dann fließen enorme Renditen.

Notabene erklärte Frank D'Amelio, der Finanzdirektor von Pfizer, gegenüber den Führungskräften und Aktionär\*innen des Unternehmens, dass der derzeitige Preis von 19,50 US-Dollar, den das Unternehmen von der US-Regierung für seinen Impfstoff verlangte, von der Fortdauer der Pandemie abhängig ist. Wenn die Pandemie vorbei sei, wolle Pfizer einen besseren Preis erzielen. D'Amelio sprach von einem „Normalpreis“ von 150 oder 175 US-Dollar pro Dosis,<sup>15</sup> was etwa dem 7,5- bis 9-fachen des derzeitigen Preises in den USA bzw. der EU entspricht. Offenbar liegt die derzeitige Gewinnspanne von Pfizer und seinem Partner BioNTech für jede Impfstoffdosis bei 52 bis 58 Prozent.

Laut Vincent Kiezebrink von der NGO SOMO könnte sich nach den derzeit verfügbaren Informationen diese Ge-

oben zu treiben, sobald die Pandemie ihren Höhepunkt überschritten hat. Sie versuchen, ihre Profite zu maximieren, möglichst wenig Steuern zu zahlen und eine garantierte Rente für mindestens 20 Jahre zu haben. Dieses Verhalten ist aus kapitalistischer Sicht genauso logisch, wie aus Sicht der Interessen der 99 Prozent der Bevölkerung illegitim.

#### **Wer steckt hinter den Pharmakonzernen?**

Die beiden größten Investmentfonds der Welt, die US-amerikanischen Vanguard und BlackRock, sind die Hauptaktionäre der sechs größten Konzerne, die derzeit Corona-Impfstoffe herstellen: AstraZeneca, BioNTech, Johnson & Johnson, Moderna, Novavax und Pfizer. Vanguard und BlackRock haben 66 Mrd. \$ bzw. 62 Mrd. \$ in diese Unternehmen investiert, um deren Entscheidungen zu beeinflussen und maximale Profite zu erzielen. Insgesamt halten die zehn größten Aktionäre 250 Milliarden \$, die in Aktien der sechs oben genannten Unternehmen investiert sind. Diese 10 Aktionäre sind in den USA ansässig, abgesehen vom 10. und „kleinsten“ Aktionär, der Schweizer UBS.<sup>18</sup> Das Ziel dieser Investoren ist eindeutig die maximale Rendite ihrer Investitionen und nicht die bessere Gesundheitsversorgung der Menschheit, und die allseitigen Appelle zur Solidarität interessieren dabei wenig. Das hindert sie jedoch nicht daran, das Gegenteil zu behaupten.

#### **Statt Staatsverschuldung zur Pandemiebekämpfung ...**

Die Regierungen haben sich massiv neu verschulden müssen, insbesondere um Impfstoffe zu erwerben und die

Bevölkerung impfen zu lassen. Diese Schulden werden von den Regierenden als legitim dargestellt, da sie angeblich dem allgemeinen Interesse dienen. Aber sind sie wirklich legitim?

In Wirklichkeit ist ein erheblicher Teil der Neuverschuldung illegitim, denn anstelle neuer Schulden wäre es notwendig und legitim gewesen, die Ausgaben durch eine Steuer auf das reichste Prozent, auf die Pharmakonzerne, auf die GAFAM (Google, Apple, Facebook, Amazon und Microsoft) usw. zu finanzieren. Das reichste 1 % hat sich während der Krise noch mehr bereichert und die Pharmakonzerne und GAFAM haben enorm von der Gesundheits- und Wirtschaftskrise profitiert.

Die Neuverschuldung ist illegitim, weil die Preise, die an die Pharmakonzerne gezahlt werden, völlig überzogen sind. Weil die Pharmakonzerne nicht die Steuern zahlen, die sie zahlen müssten, und sie sich weigern, die Patente aufzuheben.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die weitere Anhäufung von Staatsschulden den Interessen einer privilegierten Minderheit dient, insbesondere den Pharmakonzerne und den Großaktionären der großen Investmentfonds. Wir erleben wieder einmal mehr die Privatisierung der Gewinne und die Sozialisierung der Verluste. Dagegen müssen wir uns wehren.

### ... das Geld dort holen, wo es sitzt

Es sind gewaltige Finanzmittel dringend erforderlich, aber möglichst ohne neue Schulden zu machen.

Dafür gibt es ein einfaches Rezept, nämlich sofort die Rückzahlung der Staatsschulden auszusetzen. Die eingesparten Gelder können dann direkt in die vorrangigen Bedürfnisse im Gesundheitsbereich fließen. Es gibt noch weitere, sehr einfache Maßnahmen, um finanzielle Ressourcen freizusetzen: Erhebung einer Krisensteuer auf große Vermögen und sehr hohe Einkommen, Erhebung hoher Geldstrafen auf Personen und Unternehmen, die für den großen Steuerbetrug verantwortlich sind, dessen Ausmaß nach den Enthüllungen der Pandora Papers (die auf die Panama Papers, Luxleaks und die Arbeiten von Gabriel Zucman folgten) wieder einmal deutlich geworden ist, radikale Senkung der Militärausgaben etc. Konzentrieren wir uns auf die Aussetzung der Schuldenzahlung, da sie in den meisten Fällen den zentralen Hebel darstellt, der die finanzielle Lage eines Staates sehr zügig verbessern kann.

Es gibt drei juristische Argumente für eine einseitige Aussetzung von Schuldenzahlungen oder für die Ab-

schaffung von geistigen Eigentumsrechten an Patenten: *Notstand, grundlegend neue Umstände und höhere Gewalt.*

*Notstand:* Ein Staat kann auf die weitere Rückzahlung seiner Schulden verzichten, weil die objektive Situation (für die er nicht verantwortlich ist) die Bevölkerung ernsthaft bedroht und die weitere Zahlung der Schulden ihn daran hindert, die dringendsten Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Genau mit dieser Situation ist eine große Anzahl von Staaten auf der Welt jetzt konfrontiert: Das Leben der Menschen in ihrem Land ist direkt bedroht, wenn die Staaten nicht in der Lage sind, eine ganze Reihe dringender Ausgaben zu finanzieren, um möglichst viele Menschenleben zu retten.

Der „Notstand“ ist ein von den internationalen Gerichten verwendeter Rechtsbegriff, der im Konventionentwurf der Völkerrechtskommission der Vereinten Nationen zur Staatenverantwortlichkeit in Artikel 25 definiert ist. Wie im Kommentar zu Artikel 25 erläutert, wird der „Notstand“ zur Bezeichnung von Ausnahmefällen verwendet, in denen das einzige Mittel eines Staates zur Wahrung eines elementaren Interesses, das durch eine ernste und unmittelbare Gefahr bedroht ist, vorübergehend die Nichterfüllung einer internationalen Verpflichtung ist, die von geringerem Gewicht oder geringerer Dringlichkeit ist.

Dieses Argument ist außerdem perfekt geeignet, um die Entscheidung einer Regierung zu rechtfertigen, die Abkommen über die geistigen Eigentumsrechte zu ignorieren, Patente aufzuheben und die Herstellung von Impfstoffen und Medikamenten für die Bevölkerung ihres Landes zu organisieren.

*Grundlegend neue Umstände:* Die Erfüllung eines Vertrags (oder eines internationalen Abkommens) kann ausgesetzt werden, wenn sich die Umstände unabhängig vom Willen des Schuldners grundlegend ändern. Die Rechtsprechung zur Durchsetzung internationaler Abkommen und Verträge erkennt an, dass eine grundlegende Veränderung der Umstände die Erfüllung eines Vertrags verhindern kann. Im Fall der aktuellen Krise haben sich die Umstände in den letzten beiden Jahren grundlegend geändert:

- eine weltweit anhaltende sehr schwere Pandemie;
- explodierende Energiepreise;
- ausgeprägter Rückgang der Wirtschaftstätigkeit im Jahr 2020.

Dieses Argument eignet sich auch, um die Entschei-

derung einer Regierung zu rechtfertigen, Patente aufzuheben und die Herstellung von Impfstoffen und Medikamenten für die Bevölkerung ihres Landes zu organisieren.

*Höhere Gewalt:* Die oben dargelegten Umstände sind Beispiele für eine höhere Gewalt. Ein Staat kann sich auf solche Fälle berufen, die eine Vertragserfüllung verhindern.

öffentliche Gesundheits- und Nahversorgungspolitik, was mehr Stellen, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in diesen Bereichen einschließt.

### Weitergehende Forderungen

Angesichts des skandalösen erneuten Beispiels für die Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste ist es von grundlegender Bedeutung, radikale Maßnahmen zu

**“ In Wirklichkeit ist ein erheblicher Teil der Neuverschuldung illegitim, denn anstelle neuer Schulden wäre es notwendig und legitim gewesen, die Ausgaben durch eine Steuer auf das reichste Prozent ... zu finanzieren “**

Wenn sich ein Staat auf Notstand, grundlegend veränderte Umstände oder höhere Gewalt beruft, um die Zahlung von Schulden auszusetzen, spielt es keine Rolle, ob diese Schulden legitim sind oder nicht. Selbst wenn die Schulden, die von dem Land gefordert werden, legitim wären, hindert dies das Land nicht daran, die Zahlungen auszusetzen. Entscheidend ist, dass die Bevölkerung sicherstellt, dass das Geld, das durch die Nichtbedienung der Schulden freigesetzt wird, tatsächlich für die Bekämpfung des Coronavirus, der Wirtschaftskrise und der Umweltkrise verwendet wird. Das bedeutet, dass die Bevölkerung das Vorgehen der Regierung streng kontrolliert, selbst aktiv wird und bereit ist, ihrer Unzufriedenheit Nachdruck zu verleihen, wenn die Regierung nicht im besten Interesse der Bevölkerung handelt, und sie notfalls auch zu stürzen.

Darüber hinaus ist es aus Sicht der Mehrheit der Bevölkerung von grundlegender Bedeutung, dass ein Schulden-Audit mit aktiver Bürgerbeteiligung durchgeführt wird, um die illegitimen, widrigen und illegalen Bestandteile zu benennen, damit diese endgültig annulliert werden. Außerdem müssen alle Staatsausgaben geprüft werden, um festzustellen, ob sie tatsächlich durch die Bekämpfung der gesundheitlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Krise gerechtfertigt sind.

### Sofortforderungen

Es ist wichtig, Sofortforderungen zu unterstützen: Die Aufhebung der Patente auf Impfstoffe und universelle, freie und kostenlose Impfungen sind vorrangig. Die Erhöhung der öffentlichen Investitionen und Budgets für die

unterstützen, so wie die Unterzeichner\*innen des Manifests „Schluss mit dem privaten Patentsystem! Für eine Pharmaindustrie unter Kontrolle der Bevölkerung und ein kostenloses, universelles und öffentliches Impfsystem“, das 2021 vom weltweiten CADTM-Netzwerk<sup>19</sup> ins Leben gerufen wurde.

In dem Manifest heißt es: „Gesundheit und der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und Impfungen sind ein universelles Menschenrecht. Daher müssen Impfstoffe als globales Gemeingut betrachtet werden. Und um ihre universelle Zugänglichkeit zu gewährleisten, muss in allen Ländern die dringend notwendige Aussetzung der Patente mit Maßnahmen zur Verstaatlichung der privaten Pharmaindustrie und mit angemessenen Investitionen zum Aufbau einer Pharmaindustrie in öffentlicher Hand einhergehen. Es bedarf eines entschlossenen Vorgehens, das eine öffentliche Planung der Herstellung und Verteilung von Impfstoffen ermöglicht, indem einheimische Produktionskapazitäten, wo immer möglich, ausgebaut und in anderen Fällen durch verbindliche internationale Solidarität ergänzt werden.“

Wenn man sich die Situation und die tödlichen Folgen der Politik, die an den Privilegien der Pharmakonzerne festhält, genauer ansieht, gelangt man unweigerlich zu der Konsequenz, dass der Pharmasektor dringend enteignet und in einen – im Wortsinn – öffentlichen Gesundheitsdienst unter Bürgerkontrolle eingegliedert werden muss.

Die Unterzeichner\*innen des Manifests stellen acht Hauptforderungen auf:

**1** Aussetzung privater Patente auf alle Technologien, Kenntnisse, Behandlungen und Impfstoffe mit Bezug auf Covid-19.

- 2 Aufhebung von Geschäftsgeheimnissen und Offenlegung von Informationen über die Produktionskosten und die verwendeten öffentlichen Investitionen in einer klaren und für die gesamte Bevölkerung zugänglichen Form.
- 3 Transparenz und öffentliche Kontrolle in allen Phasen der Impfstoffentwicklung.
- 4 Universeller, freier und kostenloser Zugang zu Impfung und Behandlung.
- 5 Enteignung und Vergesellschaftung der privaten Pharmaindustrie unter Bürgerkontrolle als Grundlage für ein öffentliches und universelles Gesundheitssystem, das die Herstellung von Generika und anderer Hilfsmittel fördert.
- 6 Erhöhung der öffentlichen Investitionen und Budgets für die öffentliche Gesundheits- und Nahversorgungspolitik, was mehr Stellen, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in diesen Bereichen einschließt.
- 7 Besteuerung von Reichtum (Vermögen und Einkommen des reichsten 1%), um die Bekämpfung der Pandemie zu finanzieren und einen sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Ausweg aus den multidimensionalen Krisen des globalen Kapitalismus zu gewährleisten.
- 8 Aussetzung der Zahlung von Schulden für die Dauer der Pandemie und Erlass illegitimer Schulden sowie der Schulden, die zur Finanzierung der Bekämpfung der Pandemie aufgenommen wurden.

Zu den Unterzeichner\*innen gehören Noam Chomsky und Nancy Fraser aus den USA, Naomi Klein aus Kanada, Arundhati Roy und Tithi Bhattacharya aus Indien, Silvia Federici und Cinzia Arruza aus Italien, Gewerkschaftsfunktionäre, Vereinsfunktionäre, über 80 Parlamentarier\*innen (aus Deutschland, Bolivien, Brasilien, Kolumbien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Portugal, der Tschechischen Republik etc.), darunter der Präsident des bolivianischen Senats und 22 Mitglieder des Europäischen Parlaments.<sup>20</sup> Mehr als weltweit 250 Organisationen haben ebenfalls unterzeichnet.<sup>21</sup>

### Gemeinsam stärker

Die Jugendlichen, die sich anlässlich des globalen Klimastreiks am 24. September 2021 für Klimagerechtigkeit eingesetzt haben, haben gezeigt, wie man gemeinsam kämpfen und agitieren kann, indem sie den Kampf gegen die ökologische Krise, gegen den Klimawandel, gegen die Corona-Pandemie und gegen die Schuldenkrise des globalen Südens zugleich auf die Fahnen geschrieben haben.

Hier zwei Auszüge aus diesem Aufruf:

„Die Länder, die am stärksten von der Klimakrise betroffen sind, gehören auch zu den am stärksten von der Corona-Pandemie betroffenen. Während die Privilegierten des globalen Nordens über mehr Ressourcen verfügen, um die Pandemie zu bekämpfen, wurden den Völkern der am stärksten betroffenen Regionen systematisch diese Ressourcen vorenthalten, die zur Lösung der Gesundheitskrise benötigt werden. Die Pandemie, die zu anderen langjährigen politischen und sozioökonomischen Problemen hinzukommt, hat weiterhin verheerende Auswirkungen auf die Völker der am stärksten betroffenen Regionen und erschwert es den lokalen Gemeinschaften und Organisationen, für Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zu kämpfen. Die ungerechte Verteilung von Impfstoffen hindert viele Menschen in den am stärksten betroffenen Regionen auch daran, sich an wichtigen klimapolitischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen, wie z. B. an der COP26, die dieses Jahr in Glasgow stattfindet.

Um unseren globalen und intersektionellen Kampf gegen den Klimawandel weiterzuführen, ist es jetzt essentiell, den Aufruf der Gemeinschaften in den am stärksten betroffenen Regionen für einen gleichberechtigten Zugang zu Impfstoffen zu unterstützen. Dazu gehört unter anderem die Aussetzung der Patente an den Corona-Impfstofftechnologien, da diese Beschränkungen den Herstellern aus dem globalen Norden ein Monopol verschaffen (...). Andere Praktiken, wie das Horten von Impfstoffen durch die Länder des globalen Nordens, müssen sofort eingestellt und überschüssige Impfstoffe kostenlos und bedingungslos an die Bevölkerung in den am stärksten betroffenen Regionen verteilt werden.“

„Die Ausgleichszahlungen wurden ursprünglich von der Bewegung gegen Rassismus gefordert, da es ohne sie keine Gerechtigkeit geben kann. Diese Ausgleichszahlungen bedeuten, dass diejenigen, die eine größere Verantwortung für die Klimakrise tragen, den Völkern der am stärksten betroffenen Regionen eine Entschädigung für die Schäden und Verluste an den Subsistenzmitteln, Infrastrukturen und Lebensbedingungen der Gemeinschaften zahlen müssen, die durch die Auswirkungen des Klimawandels verursacht wurden (...) was mit einem Schuldenerlass beginnt. Dies ist das absolute Minimum, das die Länder des Nordens tun müssen, um ihre Schulden für die Schäden und Traumata zu begleichen, die in den Ländern des Südens verursacht wurden.“

Daraus folgt, dass der Kampf für die Verteidigung der Gemeingüter und deren Ausweitung eng mit dem Kampf



gegen illegitime Schulden, gegen die Umweltkrise, gegen die Pandemie und gegen das kapitalistische System als Ganzes verbunden ist.

Aus *cadtm.org* übersetzt von MiWe

- 1 *Financial Times*, Vaccine patent gives US ‘leverage’ over manufacturers. Washington can boost global access to Covid shots by compelling technology sharing, says top NIH scientist, 21. April 2021
- 2 *ibid*
- 3 NBCnews, U.S. sues Gilead, claiming it owns HIV PrEP patent, 7. November 2019,
- 4 POZ, New Twist in the Gilead Patent Lawsuit Over Truvada and Descovy to Prevent HIV, 7. Januar 2021
- 5 Diese Zahlen aus *Les Échos* vom November 2020 werden im AI-Bericht vom September 2021 (Amnesty-Bericht: „Ungleichheit in doppelter Dosis. Pharma-Unternehmen und die Krise der Corona-Impfstoffe“ bestätigt und teilweise sogar noch höher ausgewiesen.
- 6 Vincent Kiezebrink, Moderna’s free ride, vom 13. Juli 2021, <https://www.somo.nl/modernas-free-ride/#printing-Moderna%E2%80%99s%20free%20ride> Auch die folgenden Zitate sind hieraus entnommen.
- 7 *ibid*
- 8 Anfrage von Stéfanie Prezioso im September 2021 im Nationalrat der Helvetischen Republik.
- 9 s. *El Salto* vom 27. und 29. Januar 2021
- 10 Amnesty-Bericht: „Ungleichheit in doppelter Dosis. Pharma-Unternehmen und die Krise der Corona-Impfstoffe“
- 11 <https://ourworldindata.org/covid-vaccinations>
- 12 Public Citizen, Statement: Moderna Vaccine Belongs to the People, vom 16. November 2020,
- 13 Public Citizen, How to Make Enough Vaccine for the World in One Year, vom 26. Mai 2021,
- 14 *ibid*
- 15 [https://s21.q4cdn.com/317678438/files/doc\\_financials/2020/q4/PFE-USQ\\_Transcript\\_2021-02-02.pdf](https://s21.q4cdn.com/317678438/files/doc_financials/2020/q4/PFE-USQ_Transcript_2021-02-02.pdf).
- 16 A Banerjee and C O’Donnell, Moderna prices Covid-19 vaccine at \$32-\$37 per dose for smaller volume deals, Reuters, Aug. 2020
- 17 Amnesty-Bericht: „Ungleichheit in doppelter Dosis. Pharma-Unternehmen und die Krise der Corona-Impfstoffe“
- 18 *ibid*
- 19 <https://www.cadtm.org/Mettons-fin-au-systeme-de-brevets-prives>
- 20 <https://www.cadtm.org/Liste-des-360-premieres-signatures-de-personnes-qui-soutiennent-le-Manifeste>
- 21 <https://www.cadtm.org/Liste-des-organisations-signataires-Mettons-fin-au-systeme-de-brevets-prives>

Jakob Schäfer

**nap**  
new academic press

## Die Warengesellschaft und die Herausforderung der multiplen Krise



### Neuerscheinung

**Einband:** Paperback

**Umfang:** 156 Seiten

**Format:** 15,5 x 22,5

**Auflage:** 1, NAP 2022

**ISBN:** 978-3-7003-2247-4

**EUR:** 17.50

### Die Warengesellschaft und die Herausforderung der multiplen Krise

Wenn es noch einer Bestätigung bedurfte, dann hat die Klimakonferenz 2021 (COP 26) erneut belegt, dass sich die bürgerliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung (vulgo: der Kapitalismus) in einer tiefen Krise befindet. Die daraus sich ergebende Herausforderung ist sicher in puncto Klimawandel die größte und drängendste, aber längst nicht die einzige.

Somit stellt sich – nicht nur, aber vor allem den Aktiven in der Klimabewegung – die Frage nach einer Systemalternative.

# MARKT UND PLAN – EIN FUNDAMENTALER WIDERSPRUCH

---

Zu Guenther Sandlebens Streitschrift gegen die Widersinnigkeit  
des „Marktsozialismus“

■ Jakob Schäfer

---

■ In seinem neuen Buch „Gesellschaft nach dem Geld. Arbeitszeitrechnung als Alternative“<sup>1</sup> argumentiert Guenther Sandleben gegen die Phantasterei, man könne beziehungsweise müsse eine Planwirtschaft mit Marktelementen verbinden. Wie schwach die sozialistische Linke bei der Klärung dieser Frage aufgestellt ist, zeigt sich übrigens daran, dass ein ausgesprochener Verfechter des Marktsozialismus, Klaus Dörre, bei der Vorstellung seines 2021 veröffentlichten Buchs<sup>2</sup> großen Anklang fand. Um so wichtiger also, dass in Sandlebens Buch die entscheidende ökonomische Grundlage herausgearbeitet wird, auf die sich eine nachkapitalistische Gesellschaft gründen muss.

Eine sozialistische Gesellschaft, die tatsächlich eine humanistische Alternative zum menschenverachtenden und die Umwelt zerstörenden Kapitalismus bildet, basiert zum einen auf einer – demokratisch ausgearbeiteten – rationalen Planung der Produktion und zum anderen auf einer egalitären Verteilung der zur Verfügung stehenden Güter und Dienstleistungen. Sandleben hat sich in seinem Buch vor allem der zweiten Frage zugewandt und dabei untersucht, wie eine sozialistische/kommunistische Gesellschaft ohne Geld auskommen kann. Schließlich gehört es zum Grundwissen sozialistischer Politik, dass das Geld immer wieder Quelle neu entstehender sozialer Differenzierung ist und letztlich auf die Neuherausbildung von Klassen hinausläuft.

Sandleben umreißt den Inhalt seines Buchs folgendermaßen: „Was Arbeitszeitrechnung genau heißt, worin ihre

Voraussetzungen und Schwierigkeiten bestehen, in welcher Weise sie bereits praktiziert wird und in welchem Verhältnis sie zur heutigen Kostenrechnung steht, bilden die Themen des Buchs. Dem Kern nach geht es um die von Mises negativ beantwortete Frage, ist eine effiziente Planwirtschaft ohne Geld möglich.“ (S. 10) Im Klappentext wird u. a. ausgeführt: „Guenther Sandleben stellt die Geld- und Kostenrechnung auf den Prüfstand und weist nach, wie zweifelhaft deren Vorzüge sind. Jedoch wird in ihnen die Arbeitszeitrechnung vorbereitet. Erst diese ist mit der Planwirtschaft kompatibel, d. h. sie bildet keine Gefahr für deren Effizienz und Stabilität. ‚Ware-Geld-Beziehungen‘ werden überflüssig, auch die mit einem ‚marktsozialistischen‘ Inhalt. Statt nur anders angewendet zu werden, hat das Wertgesetz seine Gültigkeit verloren. Die neuen ökologischen und sozialen Möglichkeiten, die eine befreite Gesellschaft eröffnet, werden in zwei Szenarien umrissen.“

Diesem Versprechen des Klappentexts wird das Buch uneingeschränkt gerecht. Mithilfe einer theoriegeschichtlichen Betrachtung erläutert Sandleben, wie sich schon für die Frühsozialisten die Frage nach der Verteilung der gesellschaftlichen Produktion stellte. Sodann geht er auf die „unsichtbare Hand der Märkte“ (A. Smith) ein und erklärt – in seiner gewohnten stringenten Art –, warum beispielsweise das „Arbeitsgeld“ keine Lösung ist. Anknüpfend an Marx und Engels (etwa in der „Deutschen Ideologie“) oder an Marx’ „Grundrissen“ und am „Kapital“ erklärt Sandle-

ben die Funktionsweise von *nicht übertragbaren* Arbeitszeiteinheiten (AZE) vermerkt sind. Marx drückt es so aus: „Die Gesellschaft verteilt Arbeitskraft und Produktionsmittel in die verschiedenen Geschäftszweige. Die Produzenten mögen meinetwegen papierne Anweisungen erhalten, wofür sie gesellschaftlichen Konsumtionsvorräten ein ihrer Arbeitszeit entsprechendes Quantum entziehen. Diese Anweisungen sind kein Geld. Sie zirkulieren nicht.“<sup>3</sup> In den „Grundrissen“ verglich Marx einen solchen Schein mit einer Theaterkarte, die bei Nichtbenutzung verfällt. Mit der Konkretisierung der Arbeitszeitrechnung (AZR) gibt Sandleben wertvolle Hinweise, wie die Verteilung im Sozialismus geregelt werden kann. Dabei helfen uns die schon im Kapitalismus extrem ausgefeilten Methoden der Kostenrechnung. Hiermit lässt sich sehr gut berechnen, wie viel Arbeitsaufwand in all den Produkten steckt und welche Arbeitszeit folglich bei der nächsten Planerstellung für die entsprechende Produktion anzusetzen ist. Gleichzeitig ist die jeweils individuell geleistete Arbeitszeit das Maß, das zum Bezug von Gütern oder Dienstleistungen berechtigt.

Im Kapitalismus ist die Kostenrechnung eine Bereicherungsrechnung, in einer gemeinschaftlich geplanten Ökonomie ist sie die Grundlage für eine rationale Verteilung der Produktionsmittel und der aufzuwendenden Arbeitszeit. Sandleben gibt sich neben den theoretischen Erklärungen auch die Mühe, mit Beispielrechnungen eine Verteilung der Güter ohne Geld nachvollziehbar zu machen.

### Welche Rolle spielen die Bedürfnisse?

An einer Stelle allerdings muss ich Guenther Sandleben widersprechen. Er unterstellt, Ernest Mandel verbinde das Absterben der Waren- und Geldwirtschaft „keineswegs mit der Umwandlung warenproduzierender Arbeit in unmittelbar gesellschaftliche Arbeit, sondern mit der erst im Sozialismus möglich gewordenen Beseitigung der Knappheit, d. h. mit der unentgeltlichen Verteilung der Konsumgüter.“ (S. 50) Die Frage ist natürlich nicht, ob Mandel für eine unmittelbar gesellschaftliche Arbeit (also ohne Marktelemente und folglich auch ohne Geldwirtschaft) eintritt. Dazu hat Mandel in zahllosen Schriften gegen den Marktsozialismus argumentiert, nicht zuletzt in der berühmt gewordenen Auseinandersetzung mit Alec Nove in der *New Left Review* im Jahr 1987.

Die Differenz der Betrachtungsweise, die ich hier mit Guenther Sandleben habe, liegt in der Frage, wie die Warenwirtschaft restlos zu beseitigen ist, denn zum einen werden nicht alle Güter mit einem Schlag in unbegrenzter

Menge zur Verfügung stehen und zum anderen werden wir nach dem Sturz des Kapitalismus nicht mit einem Schlag den neuen Menschen haben, also jenen, der sich von dem warenwirtschaftlich basierten Bewusstsein emanzipiert hat. Diese Probleme werden sich nicht automatisch mit der AZR erledigt haben.

Es gibt sicherlich eine Rangfolge von Bedürfnissen: Grundbedürfnisse wie Grundnahrungsmittel, Getränke, Kleidung, Wohnung; sodann zweitrangige Bedürfnisse und dann drittens Luxusbedürfnisse (marginale Bedürfnisse). Alle drei Kategorien, besonders die erste, sind sowohl durch physiologische als auch durch gesellschaftliche historische Momente bestimmt. Vor allem bei wachsender Produktivität und Wohlstand gibt es eine Tendenz zur Sättigung der Grundbedürfnisse. „Rationales Verhalten tritt allmählich mehr und mehr an die Stelle des angeblich instinktiven Wunsches, immer mehr zu konsumieren.“<sup>4</sup>

Welche Produkte und Dienstleistungen später einmal zur zweiten oder dritten Kategorie gehören werden, darüber muss heute nicht befunden werden. Die Gesellschaft wird das souverän entscheiden. Klar aber ist: Die Menschen werden beim Eintritt in eine neue Gesellschaftsordnung nicht mit einem Schlag die Muttermale der alten Gesellschaft abgelegt haben. Es wird also darauf ankommen, sowohl die Produktivität zu erhöhen – um möglichst viele Güter und Dienstleistungen ausreichend und ohne Arbeitszeitscheine (also ohne „Theaterkarten“) verteilen zu können – als auch in bewussten politischen Bildungsprozessen an der Änderung der Bedürfnisstruktur zu arbeiten. Dabei gilt es zu betonen, was Marx in der dritten Feuerbachthese hervorgehoben hat:

„Die materialistische Lehre von der Veränderung der Umstände und der Erziehung vergißt, daß die Umstände von den Menschen verändert und der Erzieher selbst erzogen werden muß. Sie muß daher die Gesellschaft in zwei Teile – von denen der eine über ihr erhaben ist – sondieren.

Das Zusammenfallen des Ändern[s] der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung kann nur als *revolutionäre Praxis* gefaßt und rationell verstanden werden.“<sup>5</sup>

Mit anderen Worten: Wir dürfen nicht vergessen, dass nach der Abschaffung des Kapitals die Wertvorstellungen in Verbindung mit existierenden Bedürfnisstrukturen nicht einfach verschwunden oder restlos ersetzt sind. Für substantielle positive Änderungen der Bedürfnisstrukturen bedarf es grundlegender Änderungen der Gesellschaftsstruktur, der realen Machtverhältnisse, der Herstellung verlässlicher sozialer Sicherheit und der Ausrichtung der

Produktion und der Verteilung an den realen Bedürfnissen der Menschen. Und es bedarf des Erhaltens der natürlichen Lebensgrundlagen. All dies setzt nicht nur eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel voraus, sondern auch den Aufbau einer gemeinsamen solidarischen Lebensgestaltung. Beides hängt eng miteinander zusammen: Je weiter die ökonomischen Voraussetzungen für eine weitreichende freie Verteilung von Gütern (also ohne Arbeitszeitscheine) vorangeschritten ist, desto leichter werden die politischen Prozesse zu gestalten sein, die auf politischer und freiwilliger (!) Basis zu einer Änderung der Bedürfnisstruktur führt. Dies führt uns zu einem wichtigen Aspekt, den Guenther Sandleben leider nicht abgehandelt hat, der aber für die heutige Diskussion von besonderer Bedeutung ist.

### Der Klimawandel erfordert einen Rückbau

In der marxistischen Tradition ist es Allgemeingut, dass im Kapitalismus die Produktivkräfte dazu tendieren, Destruktivkräfte zu werden. Im Unterschied zur Zeit vor hundert oder hundertfünfzig Jahren steuert die Menschheit heute allerdings auf einen *Point of no Return* zu. Will heißen: Speziell der Klimawandel stellt uns vor die gewaltige Herausforderung, nicht nur die Produktion auf umweltverträgliche Verfahren und Produkte umzustellen. Es muss auch insgesamt der Material- und Energiedurchsatz drastisch zurückgebaut werden, wenn die nächsten Generationen überhaupt eine Chance auf ein menschenwürdiges Leben haben sollen. Wir reden hier nicht in Größenordnungen von fünf oder zehn Prozent, sondern global (!) von mindestens einem Viertel. Eine humanistische (weil klimagerechte) sozialistische Politik muss demzufolge darauf orientieren, den Ausstoß klimaschädlicher Gase im globalen Norden um den Faktor 30 zu reduzieren! Auch die Schonung der Ressourcen legt dies dringend nahe.<sup>6</sup> Es versteht sich, dass dies unter kapitalistischen Bedingungen unmöglich ist. Denn einen sozial gerechten Rückbau der Produktion – in einer Weise also, die der großen Mehrheit der Bevölkerung keinen Verlust an Lebensqualität einbringt – ist nur in einer nicht auf Profit basierenden Wirtschaftsweise umsetzbar. Und nur unter dieser Voraussetzung werden die Menschen solche weitreichenden Veränderungen mittragen und sie als einen menschlichen Gewinn erleben können.

Kurzum: Diese gewaltige Herausforderung bedeutet auch eine Beschränkung der Güterproduktion (es wird also gerade nicht alles in Hülle und Fülle zur Verfügung stehen). Gleichzeitig ist dies ein weiteres – heute vielleicht das schlagendste – Argument für einen radikalen Bruch mit der bürgerlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

## ONLINE-DISKUSSION MIT GUENTHER SANDLEBEN

Ist eine effektive Wirtschaftsrechnung ohne Geld, d. h. ohne Kostenrechnung möglich und was verbirgt sich hinter dieser Geldrechnung? Darüber will Guenther Sandleben mit uns diskutieren. Seine Antwort: Arbeitszeitrechnung ist die Alternative. Sie ist keine Utopie. Sie wird bereits unter der sachlich verdrehten Form der Kostenrechnung indirekt angewendet. Befreit von dieser sachlichen Form ist sie der Kostenrechnung überlegen.

Guenther Sandleben wird auf einer ISO-Videokonferenz zentrale Aussagen seines Buchs „Gesellschaft nach dem Geld“ vorstellen und mit uns darüber diskutieren. Wir laden ein für Dienstag, den 17. Mai um 19.00 Uhr.

Zoom-Meeting beitreten: <https://us02web.zoom.us/j/81696810045?pwd=bVVFVWGEyTVFFUFpLdGlaajNpNzNTZz09>

Meeting-ID: 816 9681 0045, Kenncode: 832582

Auch wenn Guenther Sandleben dieses Thema ausgespart hat, so ist sein Buch doch von enormem Wert. Nicht nur erklärt er schlüssig den Gegensatz von Markt und Plan, sondern er erläutert auch gut nachvollziehbar die Leitlinie der AZR. Kurz: Dieses Buch ist so wertvoll, weil es die Widersprüche des Marktsozialismus aufdeckt und damit zum Zerpflücken eines Konzepts beiträgt, das nur in einer Sackgasse enden kann.

**1** Köln (PapyRossa Verlag) 2022

**2** Klaus Dörre: „Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution!“, Berlin (Matthes & Seitz) 2021

**3** MEW 24: 358

**4** E. Mandel: „Zur Verteidigung der sozialistischen Planwirtschaft“ in Oktober-Texte 2. (Berlin Dezember 1989) Seite 10. Hier findet sich die deutsche Übersetzung der Debatte mit Alec Nove. Sie begann mit dem Beitrag von Mandel in *New Left Review* (NLR), Nr. 150 aus dem Jahr 1987, in dem er auf das Buch von Alec Nove: „The Economics of Feasible Socialism“, London (Allen & Unwin) 1985, einging. In NLR Nr. 161 antwortete Nove und darauf erwiderte Mandel in NLR Nr. 169

**5** MEW 3, S. 5 f.

**6** Mehr dazu unter: Daniel Tanuro: „Ungleiches Wachstum oder gerechtes Degrowth“, in: *die internationale* 2/2022, <https://www.inprekorr.de>

# ALAIN KRIVINE (1941–2022)

## DER OPTIMISMUS DES WILLENS

Mit dem Tod von Alain Krivine ist die letzte Leitfigur des Mai 68 von uns gegangen, die zeit lebens ihren Idealen treu und in unseren Reihen politisch aktiv geblieben ist. **Léon Crémieux**

Unser Genosse Alain war über 40 Jahre lang an führender Stelle für unsere Internationale und ihre französische Sektion aktiv und kümmerte sich gleichzeitig um den Aufbau anderer Sektionen. Als einer der wichtigsten Verfechter unserer Ideen und unserer internationalistischen Kämpfe versuchte er stets, die politischen Errungenschaften unserer Bewegung zu bewahren und unsere Organisation mit Geduld aufzubauen. Zugleich drängte er immer darauf, sich neuen Erfahrungen und Kämpfen gegenüber zu öffnen und daran mitzuwirken, immer um Einheit und unsektierisches Handeln bemüht.

Geboren mitten im Zweiten Weltkrieg im von den Nazis besetzten Frankreich, war seine Jugend natürlich von den Verbrechen des Faschismus geprägt, aber auch vom Aufschwung der antikolonialen Befreiungskämpfe und der kubanischen und algerischen Revolution – allesamt wichtige Ereignisse in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die dazu führten, dass eine neue Generation von Zehntausenden junger Menschen entstand, die sich auf allen Kontinenten dem revolutionären Kampf anschlossen. In diesen Jahren begann Alain seinen politischen Weg, der ihn ab dem Ende der 1950er Jahre von der linken Opposition in der PCF (Kommunistische Partei Frankreichs) zur Ligue Communiste/LCR und schließlich zur Gründung der NPA führte. Dabei kreuzte sich sein Weg bald mit der Vierten Internationale.

Wie viele Linke in der Nachkriegszeit begann Alain seine Tätigkeit in der PCF. Als kommunistischer Vorzeigaktivist stieß er sich bald an der Haltung der PCF zum Kolonialkrieg in Algerien und opponierte dagegen. Da er für die Unterstützung der FLN (Nationale Befreiungsfront)

und des algerischen Unabhängigkeitskampfes eintrat, engagierte er sich ab Ende der 1950er Jahre in den Netzwerken zur Unterstützung der FLN und leitete dann als Aktivist der Kommunistischen Studentenunion (UEC) die Antifaschistische Einheitsfront an der Sorbonne in Paris. Nachdem er 1961 der PCI (der französischen Sektion der Vierten Internationale, in der bereits seine beiden Brüder Jean-Michel und Hubert aktiv waren) beigetreten war, spielte er eine zentrale Rolle beim Aufbau der linken Opposition in der UEC, der zum Bruch mit der PCF führte, als diese 1965 die Kandidatur von François Mitterrand unterstützte, und zur Gründung der Revolutionär-Kommunistischen Jugend (JCR). Alain war einer ihrer Hauptaktivisten und beteiligte sich zugleich an der Gründung des Nationalen Vietnamkomitees (CVN), das sich mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes solidarisierte.

Im Februar 68 nahmen Alain und andere Genoss\*innen wie Daniel Bensaïd zusammen mit dem CVN an einer internationalen Kundgebung gegen die US-Intervention in Vietnam teil, die vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) mit Rudi Dutschke in Berlin organisiert wurde. Auf dieser Kundgebung demonstrierten 20 000 Menschen, was den CVN zu spektakulären Demonstrationsmethoden inspirierte.

Er war einer der führenden Aktivisten der Bewegung des Mai 68, wobei die JCR eine herausragende Rolle unter der studentischen Jugend spielte, insbesondere in der Pariser Region. Nachdem alle linksextremen Organisationen, einschließlich der JCR, nach dem Ende des Generalstreiks von der gaullistischen Regierung aufgelöst worden waren, wurde Alain im Sommer 68 zusammen mit anderen Genossen inhaftiert und anschließend zum Militärdienst eingezogen. Gleichzeitig legten die Aktivist\*innen der JCR den Grundstein für die spätere Ligue Communiste (LC), die zusammen mit den Mitgliedern der PCI im Frühjahr 1969 zur französischen Sektion der Vierten Internationale wurde. Von da an sollte Alains Leben mit dem der Ligue Communiste verschmelzen, deren Bannerträger er seit den Präsidentschaftswahlen 1969 wurde, bei denen er für die LC kandidierte. Gleichzeitig engagierte er sich mit anderen jungen Genoss\*innen der Ligue in der Führung der Internationale an der Seite der alten Hasen wie Ernest Mandel, Livio Maitan und Pierre Frank.

In den folgenden 40 Jahren wurde er dann zum wichtigsten politischen Bezugspunkt der LC/LCR-Aktivist\*innen und war hauptverantwortlich für die Tagesarbeit der Leitung und den Kontakt zu den Städten. Bis 2002 war er der einzige wirklich weithin bekannte Wortführer und quasi die Stimme der LC/LCR und unermüdlicher Moderator von Hunderten von Versammlungen der Ortsgruppen der Ligue, ob groß oder klein. In der Organisationsleitung war er sicherlich derjenige, der die Ortsgruppen und Genoss\*innen in den Städten am besten kannte und quasi die lebende politische Landkarte der LCR repräsentierte. Mit äußerster Sorgfalt widmete er sich den politischen Aktivitäten der eigenen Partei und nutzte zugleich jede Gelegenheit, mit anderen linken Strömungen gemeinsame Kampagnen zu organisieren und mit ihnen in Kontakt zu treten und zusammenzuarbeiten.

Auf internationaler Ebene zeigte er dieselbe Energie als unermüdlicher Reisekader, der unsere Internationale von seiner Popularität als Exponent des französischen Mai profitieren ließ und zahlreiche Veranstaltungsreihen durchführte und Initiativen etwa für ein Rotes Europa in Brüssel oder zum Jahrestag der Pariser Kommune 1971 lancierte. Dieselbe Energie verwandte er für die Solidaritätsarbeit mit dem palästinensischen Volk, der FLNKS oder dem Widerstand von Solidarność in Polen oder von Petr Uhl und seinen Genossen in der Tschechoslowakei gegen die herrschende Bürokratie, und für die Kontakte mit den Genoss\*innen in den neokolonial beherrschten Ländern. In sein Büro in der Druckerei Rotographie in Montreuil kamen Hunderte von Genoss\*innen und Vertreter\*innen antiimperialistischer und revolutionärer Organisationen, und umgekehrt war er stets im Einsatz, in andere Länder zu reisen, um dort unsere Positionen zu vertreten und sich mit revolutionären Bewegungen zu treffen.

Als täglicher Leser von *L'Humanité* in den 70er und 80er Jahren verfolgte er aufmerksam, was in und um die PCF und andere KPen herum geschah und wie sich die internationale Krise des Stalinismus entwickelte. Ihm war es immer wichtig, in Frankreich gemeinsame Initiativen mit Strömungen aus der PCF zu entwickeln, denn die LCR sollte sich über sich hinaus zu einer politischen Gruppierung entwickeln, die in der Lage ist, den Platz der PCF in der Arbeiterklasse einzunehmen. Als einer der Ersten erkannte er, wie wichtig solche Protestbewegungen wie die von 1995 (gegen die Rentenreform) und Kämpfe wie die der Sans-Papiers („illegale“ Einwanderer\*innen) sind. Mit einem tief verwurzelten Antikolonialismus im Herzen beteiligte er sich aktiv an den Verbindungen zu den Genoss\*innen und Organisationen in Algerien, den Antillen, Korsika und Kanaky. Nach

der sandinistischen Revolution in Nicaragua nahm er 1984 und 1990 zweimal als Wahlbeobachter teil und reiste auch nach der Bolivarischen Revolution nach Venezuela. Ebenso hielt er Anfang der 2000er Jahre Kontakt zu Genossen, die in Russland eine Organisation der Vierten Internationale gründen wollten.

Seine Wahl zum Abgeordneten des Europäischen Parlaments von 1999 bis 2004, zusammen mit Roseline Vachetta, nutzte er, um dem gelebten Internationalismus noch mehr Resonanz und Möglichkeiten zu verschaffen, zumal damals die Antiglobalisierungsbewegung und die europäischen und weltweiten Sozialforen in Florenz, London, Porto Alegre und Mumbai entstanden. Ihr Mandat verschaffte Alain und Roseline auch mehr Gehör für ihre Unterstützung zahlloser Kämpfe und ermöglichte die wertvolle Zusammenarbeit der Europäischen Antikapitalistischen Linken (u. a. mit der schottischen SSP, Rifondazione aus Italien, der englischen SWP, dem portugiesischen Linksblock und dem Rot-Grünen Bündnis in Dänemark).

Alain war eine der treibenden Kräfte der Kampagne von Olivier Besancenot zur Präsidentschaftswahl 2002 und ein glühender Anhänger der Gründung der NPA 2009. Bis zum Schluss brachte er seine politischen und menschlichen Qualitäten ein.

2015 nahm er am 1. Mai in Kiew teil und später an der Konferenz der ukrainischen Linken, die zur Gründung der Ukrainischen Sozialen Bewegung (Socialnyi Ruch) führte.

Alain hat viel für die Organisation unserer Strömung geleistet, mit seiner konkreten politischen Arbeit unseren Ideen Gehör zu verschafft und gemeinsame Initiativen und direkte Diskussionen mit anderen internationalen Kräften und anderen Strömungen vorangebracht, um darüber zu gemeinsamen Aktionen zu kommen. Er war einer der maßgeblichen Kräfte beim Aufbau und der Öffnung der IV. Internationale, um somit Aktivist\*innen und Organisationen aus anderen politischen Traditionen integrieren zu können.

Mit seiner Intelligenz versuchte er, den Pessimismus aus den politischen Rückschlägen durch den Optimismus des Willens zu kompensieren. Er hat uns einen revolutionären Marxismus ohne Arroganz gelehrt, der die Einheit und stets den Weg zur konkreten Aktion sucht. Wir werden versuchen, ihm treu zu bleiben.

16. März 2022

■ Übersetzung: MiWe



# NACHRUF VON ILJA BUDRAITSKIS, RUSSISCHER GENOSSE DER IV. INTER- NATIONALE

„Eines der Hauptmerkmale des langen und würdevollen Lebens von Alain Krivine war die – unglaublich feste und heutzutage außergewöhnlich seltene – Treue zu seinen Überzeugungen. Als ich Alain zum ersten Mal vor zwanzig Jahren in Moskau traf, war er bereits eine lebende Legende. Für mich und meine Freunde, junge linke Aktivist\*innen, war die Begegnung mit ihm wie eine Begegnung mit der Geschichte. Was wir zuvor nur aus Büchern kannten – den Mai 68 in Frankreich, die Befreiungsbewegung in Algerien, die Proteste gegen den Vietnamkrieg – stand mit einem Mal vor uns, als Vertreter einer politischen Tradition, auf die wir stolz sein konnten. Diese Begegnung mit Alain führte später zur Gründung der russischen Gruppe der Vierten Internationale. In den Folgejahren blieb Alain in ständigem Kontakt mit uns und reiste viele Male nach Russland, um Solidaritätskampagnen und Arbeiterstreiks zu unterstützen. Er besuchte viele Regionen unseres Landes und lernte die Lebensbedingungen der einfachen Bevölkerung und die Risiken des politischen Kampfes sehr gut kennen. Und er blieb ein historischer Optimist, auch wenn er sich einen „Pessimismus des Verstandes“ bewahrte.

Alain erzählte uns, dass sein Werdegang zum antistalinistischen Marxisten ebenfalls in Moskau begonnen hatte, als er 1957 als Mitglied der JCF am Jugend- und Studentenfestival teilnahm. Damals erfasste sein wacher Verstand schnell die Kluft zwischen dem rosaroten Bild der sowjetischen Realität, das die Veranstalter des Festivals zu malen versuchten, und der von Armut und fehlenden Grundrechten der Arbeiterklasse geprägten Realität in der Sowjetunion. Nach seiner Rückkehr aus der UdSSR brach er schnell mit der PCF und schloss sich der trotzkistischen Bewegung

an. Diese Ehrlichkeit sich selbst gegenüber, diese Weigerung, sich zwischen den „Lagern“ zu entscheiden und dabei seine politischen Grundsätze zu verraten, ist heute aktueller denn je. Alains Tod ereignete sich just während der kriminellen imperialistischen Invasion der Ukraine durch russische Truppen. Diese Zeit stellt uns alle, die wir uns hinter dasselbe Banner einreihen wollen, das Alain Krivine mehr als ein halbes Jahrhundert lang getragen hat, vor eine harte Prüfung.“

■ Übersetzung: MiWe

## AUSZUG AUS „EIN UNGEDULDIGES LEBEN“ VON DANIEL BENSAÏD

„Mit seiner Studibrille und seiner „Krawatte“ (Gegenstand des libertären Spotts) hatte er einen romantisch-doktrinären Look. Man soll sich nicht auf die Erscheinung verlassen. Alain ist eher ein hyperaktiver Pragmatiker, belebt von einer Berufung und einer authentischen Leidenschaft für die Politik. Er erwies sich als materiell, medial und moralisch unkorruptierbar. Die Präsidentschaftswahl von 1969 war erst die zweite, die über das Fernsehen betrieben wurde. Ich bin nicht sicher, ob ein anderer, so junger Kandidat den Schmeicheleien und Verführungen der Personalisierung so gut widerstanden hätte. Ausgebildet im Kampf gegen alle Formen der Bürokratie war Alain eine Art von zuversichtlichem großen Bruder und ein Beispiel egalitärer Strenge; immer bereit, seinen Anteil an der Fron zu tragen; immer bereit, auch mitten in der Nacht einem Genossen zu Hilfe zu eilen, der in einem Kommissariat festsaß; immer bereit, sich am bescheidensten Essen zu erfreuen oder sich mit der unbequemsten Gastfreundschaft von Genossen zufrieden zu geben.“

■ Übersetzung: Elfie Müller



# Klima-Klasse-Widerstand

16.06.- 19.06.2022 in Köln-Kalk

## Ökosozialistische Konferenz

Es sollte eine Klimawahl werden. Davon hat aber schon die Bildung der Ampelkoalition nicht viel übrig gelassen. Die hat sich dem "grünen Kapitalismus" – E-Mobilität und "Zukunftsmärkten" und ganz viel Greenwashing verschrieben.

Der Krieg in der Ukraine, bei dem die russische Armee in die Ukraine völkerrechtswidrig einmarschiert, verschärft den Rollback auf allen Ebenen. Die Energiesicherheit der Wirtschaft hat nun Vorrang vor Klima- und Umweltschutz.

In der Klimagerechtigkeitsbewegung und in der Verkehrswendebewegung werden nun Strategiedebatten geführt. Dazu wollen wir als Ökosozialist:innen beitragen.

Wie kann verhindert werden, dass die Wende bei Klima, Energie, Verkehr und Landwirtschaft ganz ausbleibt oder auf Kosten der abhängig Beschäftigten geht?

Was ist die ökosozialistische Alternative und wie können wir sie erreichen?

Welche Organisationsformen, Kampagnen und gesellschaftlichen Bündnisse sind möglich und nötig?

Wir organisieren nun vom 16. bis 19. Juni 2022 eine Saalkonferenz in Köln und diskutieren dort mit

Lorenz Gösta Beutin, Christian Haasen, Verena Kreiling, Stefan Krull, Klaus Meier, Paul Murphy, Bea Sassermann, Helmut Selinger, Heidemarie Schröder, Jess Spear, Kathrin Vogler und anderen mehr.

Das Programm wird nach und nach auf einer Facebook-Seite und auf der Webseite der ISO veröffentlicht: <https://intersoz.org/oekosozialistische-konferenz-2022/>

**Für Anmeldungen, Fragen und Anmerkungen: [konferenz@intersoz.org](mailto:konferenz@intersoz.org)**



Internationale Sozialistische Organisation

[www.intersoz.org](http://www.intersoz.org) – [facebook.com/intersoz.org](https://facebook.com/intersoz.org) – [iso@intersoz.org](mailto:iso@intersoz.org) – [twitter.com/InterSozOrg](https://twitter.com/InterSozOrg)